»Nicht mehr zeitgemäß«

Wieso kommt unsere Wirtschaft nicht in Schwung? Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre, vergleicht deutsche und Schweizer Probleme. **Seite 3**

In göttlicher Mission?

Eigentlich zog Bush los, um den Terror zu bekämpfen, doch die Sorge der islamischen Welt, daß religiöse Aspekte auch eine Rolle spielen, ist nicht unbegründet. **Seite 8**



Aktuell geblieben

Als Immanuel Kant vor 200 Jahren starb, ging mit ihm nicht nur ein großer Philosoph, sondern auch ein Mann, der unser Denken bis heute beeinflußt. Mehr auf **Seite 9**

Mindaugas' Großreich

Unter Hinweis auf dieses Reich und mit diversen geschichtspolitischen Tricks wird Memels Geschichte von litauischer Seite im großen Stil verfälscht. **Seite 13**

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 6
7. Februar 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt

Abschied von Preußen

»Stiftung Preußischer Kulturbesitz« soll neuen Namen bekommen / Von T. HINZ

Es ist eine typische Nachricht aus der Schröder-Republik, in der die Probleme nicht gelöst werden, dafür aber neue, „innovative" Namen erhalten. Am Schluß der Jahrespressekonferenz der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" teilte ihr Präsident Klaus-Dieter Lehmann mit, es müsse über eine Namensänderung diskutiert werden. Die Bezeichnung „Stiftung Nationaler Kulturbesitz" würde das Zusammenspiel von Bund und Ländern in dieser Institution angemessener ausdrücken. Hintergrund solcher Gedankenspiele ist natürlich der Geldmangel von Bund und Ländern. Am schlimmsten sieht es im Land Berlin aus, das mit der Aufgabe, das kulturelle Erbe einer europäischen Großmacht zu verwalten, heillos überfordert ist. Zuletzt hatten die Finanzquerelen beinahe die Sanierung der Berliner Museumsinsel gefährdet. Das Wörtchen „national", so die Hoffnung, würde die Herzen und Geldschatullen leichter öffnen.

Aufs Ganze gesehen ist die Geschichte der Stiftung, die seit ihrer Gründung 1957 den Namen „Preußischer Kulturbesitz" trägt, ein einzigartiger Erfolg, der in der alten Bundesrepublik begann und nach der Wiedervereinigung fortgeschrieben wurde. Sie ist eine Nachkriegskonstrukion, auf die sich Bund und Länder geeinigt hatten, um dem verbliebenen preußischen Kulturerbe in West-Berlin, dem durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs der politische, finanzielle und rechtliche Unterbau weggeschlagen worden war, eine neue Grundlage zu verschaffen. Das Erbe wurde gewahrt, vermehrt und durch die Wiedervereinigung gleichsam verdoppelt. Die zum „Preußischen Kulturbesitz" gehörende Staatsbibliothek zählt trotz immenser Kriegsverluste zu den größten der Welt. Ihre Anfänge reichen bis tief in die Kurfürstenzeit zurück. Die Stiftung steht für die lichten Seiten, für die humane Seele Preußens, für seine Liebe zum Schönen, zur Kunst, zur Bildung, die stets mehr war als die „Kehrseite seines Militarismus".

Ideengeber: *Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz", hofft durch Namensänderung auf Geld vom Bund.* Foto: pa/dpa

Es gibt für die Bestände keinen sinnvolleren Namen als „Preußischer Kulturbesitz". Er verweist auf ihre Herkunft, ihre historische Konkretheit. Im partikularistisch verfaßten Deutschland wurden die Kulturschätze vorwiegend von den Landesfürsten zusammengetragen. Die bedeutendste Leistung vollbrachte Preußen. Natürlich ist seine Hinterlassenschaft Teil des nationalen Erbes, so wie die bayerische, badische, mecklenburgische oder thüringische Hinterlassenschaft auch. Niemand käme auf die Idee, deren regionale Verweise aus dem Namen zu streichen. Durch die Auflösung Preußens 1947 ist es zur gesamtnationalen Aufgabe des föderalen Staates geworden, diesen besonderen Erbteil zu pflegen. Es wäre unhistorisch, unlogisch und unnötig, dem politischen Federstrich der Alliierten nun auch noch den kulturhistorischen Bruch folgen zu lassen.

> Kaiser Wilhelm II. – erfolgreicher »Motor« der Bildungspolitik

Damit würde auch aus dem Blickfeld geraten, welche enormen kulturstaatlichen Leistungen Preußen vollbracht hat. Noch der letzte König von Preußen, der deutsche Kaiser Wilhelm II., war als Motor der Wissenschafts- und Bildungspolitik erfolgreicher als alle demokratisch gewählten Bundesregierungen in den letzten 30 Jahren. Preußen, das neuerdings differenziert betrachtet wird, würde wieder zum „Mülleimer" für alles Negative der deutschen Geschichte werden. Zu bedenken ist auch, daß Preußen territorial weiter gespannt war als das, was wir heute unter dem deutschen Nationalstaat verstehen. Angesichts des verwüsteten historischen Bewußtseins und der politischen Verrücktheiten in Deutschland muß man befürchten, daß nach einer Namensänderung umgehend die einschlägigen „fortschrittlichen Kräfte" auf den Plan treten und kritisch nachfragen, was in einer „Nationalstiftung" überhaupt Archivalien aus Pommern, Schlesien und Ostpreußen zu suchen hätten, wann man diese an ihre „rechtmäßigen" Besitzer in Polen und Rußland „zurückzugeben" gedenke. Und da die Pflege des „nationalen" Kulturbesitzes sich nicht auf die Sonnenseite beschränken darf, wäre der nächste denkbare Schritt die Fusion mit der deutschen Gedenk- und Bewältigungsbranche. In der Folge solcher Begehrlichkeiten stünde für die ursprünglichen Aufgaben nicht mehr, sondern weniger Geld zur Verfügung.

Eine Namensänderung würde, wenn überhaupt, nur einen Sinn ergeben, wenn damit Anspruch und Wille der Bundesregierung verbunden wären, eine großzügige und entschlossene nationale Kulturpolitik in Gang zu setzen und mit den Halbheiten des Kulturföderalismus Schluß zu machen. Der Bund müßte dann bereit sein, wesentliche Teile der kulturellen Infrastruktur Berlin-Preußens – Staatsoper, Universitäten, Akademie der Künste, Archive, Theater – direkt in seine Obhut zu übernehmen und zu nationalen Einrichtungen zu erheben. Die Akademie der Künste Berlin-Brandenburg, deren neues Domizil an historischer Stätte am Brandenburger Tor gerade entsteht, müßte dann eine Rolle wie die Académie française in Paris übernehmen. In diesem Fall würde Preußen nicht ausgelöscht, sondern seine nationale Sendung würde posthum vollendet. Ein derartiger Wille des Bundes, der auch noch den erbitterten Widerstand der übrigen Länder überwinden müßte, ist aber nicht erkennbar. Deshalb also: Finger weg von dem Namen „Stiftung Preußischer Kulturbesitz"! In der Schröder-Republik wird schon genug Schaden angerichtet ... ■

Hans-Jürgen MAHLITZ:

Die »Mutter aller Reformen«

Difficile est saturam non scribere; es ist schwer, (darüber) keine Satire zu schreiben – als Juvenal diese geflügelten Worte niederschrieb, hatte er noch keine Ahnung von den Schwierigkeiten eines Journalisten, der rund 19 Jahrhunderte nach dem römischen Dichter deutsche Politik zu kommentieren hat. Denn was da Tag für Tag in Berlin abgeht, ist als Realsatire nicht mehr steigerungsfähig; insofern ist jeder Versuch, darüber eine Satire zu schreiben, zum Scheitern verurteilt – nähern wir uns also, trotz der von Juvenal vorausgesagten Beschwernisse, Schröders gesammeltem Gemurkse auf halbwegs seriöse Weise.

Da wird uns neun Monate lang die „Agenda 2010" angepriesen als ein Reformwerk, das auf dem soliden Fundament alttestamentlicher Wahrheiten weit in die Zukunft weist: Der Kanzler schenkt Deutschland sieben fette Jahre! Aber was dann kurz vor Weihnachten von den parlamentarischen Gremien letztlich ausgebrütet wird, wäre eher ein Fall für Loriot, den Großmeister der zeitgenössischen Satire, der hier seine umwerfende „Rezension" des amtlichen Kursbuchs der Deutschen Bundesbahn fortschreiben könnte.

Nehmen wir als Beispiel die Bundestagsdrucksache 15/1515 (Entwurf eines Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt), eingebracht von den Koalitionsfraktionen der SPD und der Grünen, mit geringfügigen Änderungen durch den Bund-Länder-Vermittlungsausschuß vom Deutschen Bundestag verabschiedet und am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Hier finden wir etwa auf Seite 41 (von 140) ein herrliches Beispiel sprachschöpferischen Schaffens unserer deutschen Volksvertreter: „In § 29 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b wird das Wort »Bundesanstalt« durch das Wort »Bundesagentur« ersetzt." Eine Formulierung, die gerade durch ihre schlichte Klarheit allen 603 Abgeordneten hinreichend Möglichkeit zur literarischen Selbstverwirklichung gibt. So wird denn das Wort „Bundesanstalt" allein auf dieser Seite 26mal durch das Wort „Bundesagentur" ersetzt. Wer mehr auf Abwechslung erpicht ist, sei auf den fünfmaligen Ersatz des Wortes „Arbeitsämter" durch die Wörter „Agenturen für Arbeit" verwiesen. Vollends auf den Punkt gebracht wird das Reformprojekt Agenda 2010 freilich schon auf Seite 8: „§ 3 wird wie folgt geändert: cc) In Nummer 11 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt." Erst ganz am Schluß, etwa ab Seite 122, streifen die Autoren die Fesseln klassischer Literaturkritik ab und konzentrieren sich auf das Wesentliche, nämlich die zigfach wiederholte Aussage „Folgeänderung zur Änderung des § xyz…"

Natürlich steht in diesen Reformgesetzen hier und da auch wirklich Substantielles. Aber das muß man, zwischen all diesen Sprachmüllbergen, mühsam suchen. Wenn man sich endlich durch die Papierflut hindurchgewühlt hat (ich habe bei 500 aufgehört mitzuzählen, wie oft „Anstalt" durch „Agentur" ersetzt wird), dann wundert man sich jedenfalls über nichts mehr. Nicht über Manfred Stolpes Maut-Debakel, nicht über Ulla Schmidts Gesundheitsreform-Chaos, nicht über so offensichtlichen Unfug wie die Ausbildungsplatzabgabe (gegen den erklärten Willen des zuständigen Ministers Clement!), nicht über das ausufernde Beraterunwesen. Und auch nicht über Gerhard Schröders Zickzack-Kurs in Sachen Pflegeversicherung (Blüms späte Rache).

Übrigens: Seit Inkrafttreten der Reformgesetze hat man nichts mehr gehört vom segensreichen Wirken der neuen „Bundesagentur" – um so mehr aber vom unseligen Intrigenspiel ihrer Führungsriege. Unter dem neuen Namen gibt es in Nürnberg nicht weniger Arbeitslose, sondern einen mehr. Der Mann heißt Florian Gerster und war wohl irgendwie schlecht beraten …

Auf Kants Spuren

Konsulatseröffnung in Königsberg am 12. Februar

Das Datum war mit Bedacht ausgewählt worden: Am 12. Februar, dem 200. Todestag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant, wird in der Ostpreußen-Metropole das neue deutsche Generalkonsulat offiziell eröffnet. Aus Berlin hat sich hoher Besuch angesagt: Bundesaußenminister Fischer unterstreicht durch seine Teilnahme die Bedeutung, die man diesem Schritt beimißt. Zugleich wird aber auch die Zwiespältigkeit der rot-grünen Regierungspolitik – gegenüber den deutschen Vertriebenen wie den einstigen Vertreiberstaaten – deutlich: Das Auswärtige Amt ist bemüht, die Konsulatseröffnung protokollarisch möglichst tief zu hängen. Sowohl Fischers Begegnung mit dem russischen Gouverneur Jegorow als auch sein Besuch am Kant-Denkmal werden amtlich als „Fototermine" behandelt; auch sei nicht damit zu rechnen, daß die Ansprache des Außenministers im Internet veröffentlicht werde.

Derweilen ist der neue Generalkonsul Cornelius Sommer noch auf Quartiersuche. Politische Beobachter in Königsberg spekulieren bereits, ob er vielleicht im Bereich der früheren Schönstraße ein Gebäude findet – dort waren einst einige ausländische Konsulate untergebracht, unter anderem auch das der Sowjetunion. **H.J.M.**

Schuldenerlaß – wer zahlt die Zeche?

Die wirtschaftlichen Konsequenzen des human anmutenden Geldverzichts auf einen Blick / Von R. G. Kerschhofer

Wieder einmal wird viel davon geredet, einem Land Schulden nachzulassen: US-Emissäre touren durch die Welt, um einen Schuldennachlaß für den Irak zu erwirken. Schulden nachlassen – das klingt sehr christlich, aber was bedeutet es wirklich? Wer profitiert davon und wer zahlt die Zeche?

Schauen wir uns die Sache zunächst im kleinen an. Abgesehen von rein privaten Krediten, bei denen alles mögliche mitspielen mag, hat ein Kreditgeber zwei wesentliche Interessen: Er will sein Geld wiedersehen und er will mit Zinsen belohnt werden. Daher fordert er Bürgschaften, Wechsel, Hypotheken, Pfand oder Eigentumsvorbehalte als Sicherstellung. Er kann auch eine Kreditrisiko-Versicherung abschließen oder die Forderung an Dritte verkaufen – Versicherungsprämien oder Abschläge werden dabei in die Preise einkalkuliert.

Ein ordentlicher Kaufmann im rechtlichen Sinn ist verpflichtet, fragwürdige Forderungen im Wert zu „berichtigen" und notfalls „abzuschreiben". Wir beobachten jedoch immer wieder, daß ein größerer Konkurs auch den Konkurs von Gläubigern – meist von Lieferanten – auslöst. Warum? Weil diese bei der Kreditgewährung fahrlässig waren und weil „faule" Forderungen nicht oder zu spät abgeschrieben wurden. Kreditverluste aber treffen immer den Letzten in der Kette.

Der Letzte in der Kette ist immer der Steuerzahler

Banken als gewerbliche Geldverleiher staffeln ihre Zinssätze nach dem Risiko. Ausfälle tragen sie „selber", denn wegen der großen Zahl an Transaktionen können sie wie ein Versicherer „statistisch" kalkulieren. Allerdings verleihen Banken nicht eigenes, sondern geliehenes Geld – und der Letzte in der Kette ist der kleine Sparer, der sich eben mit noch bescheideneren Zinsen begnügen muß. Bei Großkonkursen können sogar Banken ins Trudeln geraten, und dann springt der Staat ein – teils direkt, teils indirekt durch Steuerausfälle – und der Letzte ist der Steuerzahler.

Für Exporte gelten die gleichen Mechanismen, doch kommt oft ein politisches Risiko dazu, das Unternehmer und Banken nie übernehmen würden. Es sei denn, man kann es auf den Staat abwälzen. Eine staatliche Ausfallhaftung wirkt dann als wunderbare Geldvermehrung: In staatlichen oder staatsnahen Betrieben bleiben Arbeitsplätze erhalten, und Parteien und Gewerkschaften können ihre Klientel versorgen. Oder die der Regierung nahestehenden Konzerne machen zusätzliche Profite und bedanken sich mit „Spenden". In staatskapitalistischen Ländern ging oder geht es im Prinzip genauso zu, denn im Grunde wird überall Kaufkraft abgeschöpft, Inflation angeheizt, Ersparnisse, Altersversorgung ausgehöhlt, die Abgabenlast erhöht. Natürlich wollen auch Staaten „Sicherstellungen". Man läßt sich etwa Schürfrechte oder Handelsprivilegien zusichern. Aber die einzige wirkliche Sicherstellung ist seit eh und je das eigene Militär – und selbst das hilft nur gegenüber Schwächeren. Während des kalten Krieges spielten überhaupt strategische Erwägungen eine große Rolle. „Militärhilfe", „Wirtschaftshilfe", „Entwicklungshilfe", „brüderliche Hilfe" – so hießen die Schlagworte, und von beiden Seiten flossen ungeheure Werte an lokale Vernichtungsapparate und Korruptionisten. Und kurioserweise ließ sich der Ostblock einen Teil seiner „Großzügigkeit" durch westliche Kredite finanzieren – die mittlerweile als uneinbringlich abgeschrieben sind.



Iraker Wiederaufbaumesse in Kuwait: *Die USA haben durchblicken lassen, daß nur der, der dem Irak die Schulden erläßt, am Aufbau des Landes mitverdienen darf.* Foto: pa

Der Staat ist eben kein „ordentlicher Kaufmann". Für zukünftige Verpflichtungen – ob nun Exportgarantien oder etwa Pensionszusagen – macht er keine Rückstellungen, denn er erstellt ja nicht einmal eine Bilanz! Was passiert also eigentlich bei einem „Schuldenerlaß"? Gar nichts, denn die Schulden sind längst bezahlt – von anderen, die das nicht einmal mitkriegten! Aber etwas passiert doch: Denn der Schuldennachlaß ist Voraussetzung für neue Kredite, die durch neue Staatsgarantien „gesichert" werden. Und so beginnt der Kreislauf der wunderbaren Geldvermehrung, die eigentlich Vermögensvernichtung ist, aufs neue.

Werfen wir noch einen Blick auf die irakischen Schulden von insgesamt 128 Milliarden Dollar: Größte Gläubiger sind die Ölscheichtümer, deren Kredite an Saddam quasi Schutzgeldzahlungen waren – und über den Ölpreis von Dritten getragen wurden. Weitere Großgläubiger: Rußland, gefolgt von Deutschland und Frankreich – die USA hingegen hatten immer nur gegen Bares an Saddam Hussein geliefert. Was aber sind russische oder französische Schürfrechte wert in einem von den USA besetzten Irak? Und wer entscheidet über die Auftragsvergabe, wenn der Schuldenkreislauf wieder anläuft? Wer profitiert und wer zahlt die Zeche?

Christlich ist es, eigenes Geld zu spenden. Das der Staatsbürger zu verschenken ist und bleibt Veruntreuung. Und wer übrigens im konkreten Falle nicht einmal die „beschenkten" Iraker etwas haben werden. ■

Die Schulden-Uhr:

419 Euro mehr pro Kopf

Vor genau einem halben Jahr, am 9. August 2003, starteten wir die Veröffentlichung der Schuldenuhr. Seitdem ist der Berg der Defizite um 34,9 Milliarden Euro gewachsen. Zum Vergleich: Im selben halben Jahr hat Rot-Grün gerade einmal zwölf Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben. Auf alle 82,5 Millionen Einwohner Deutschlands umgelegt, stieg die Pro-Kopf-Staatsverschuldung in den sechs Monaten um 419 Euro. Nur auf die rund 38 Millionen Erwerbstätigen umgerechnet, wuchs der Schuldenberg jedes einzelnen um über 900 auf jetzt gut 35.100 Euro. Hier der aktuelle Stand:

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.336.099.478.976 €

(eine Billion dreihundertsechsunddreißig Milliarden neunundneunzig Millionen vierhundertachtundsiebzigtausend und neunhundertsechsundsiebzig)

Vorwoche: 1.334.778.160.020 €
Verschuldung pro Kopf: 16.188 €
Vorwoche: 16.172 €

(Stand: Montag, 2. Feb. 2004, 12.00 Uhr. Quelle: www.steuerzahler.de)

Bitte beachten Sie folgende Umstellung: Ab sofort lautet der Benutzername (User-ID) für den Zugang zu unserem Internet-Auftritt nicht mehr **ob**, sondern **paz**.

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1450**

»Auf Kollisionskurs zu Karlsruhe«

Ein Gespräch über die Berliner Reformpolitik mit dem Sozialrichter Jürgen Borchert

Der Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert hat sich als juristischer Berater mehrerer Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht sowie als Publizist mit scharfer Zunge, der sich seit Jahren für Leistungsgerechtigkeit für Familien einsetzt, bundesweit einen Namen gemacht. Er ist in den Parteien wegen seiner Unabhängigkeit ebenso geachtet wie gefürchtet. Über das Hin und Her bei der Pflegeversicherung sprach er mit unserem Mitarbeiter Jürgen Liminski.

***PAZ:** Herr Borchert, wird mit der geplanten Reform der Pflege nicht ein Auftrag des Bundesverfassungsgerichts erfüllt?*

Borchert: Bundeskanzler Gerhard Schröder wollte mit seiner Intervention in Sachen Pflegereform offensichtlich mit Rücksicht auf das Wahljahr 2004 ein Konfliktthema vorerst unter den Teppich kehren. Nun soll nur der Verfassungsauftrag aus dem „Pflegeurteil" des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001 erfüllt werden. Die Rede ist von einem Freibetrag in Höhe von 50 Euro je Kind und Monat, was bei dem Beitragssatz von 1,7 Prozent einer effektiven Entlastung von 85 Cents entspräche. Die Richter in Karlsruhe müssen dies – vollkommen zu Recht! – als Provokation begreifen. Damit geht Berlin auf Kollisionskurs zu Karlsruhe.

***PAZ:** Gilt das auch für andere Bereiche der Sozialsysteme, zu denen Karlsruhe sich geäußert hat?*

Borchert: Und ob. Schon in früheren Urteilen mahnte Karlsruhe die Politik, sich ernsthaft um die Rente zu kümmern. Aber erst recht im „Pflegeurteil" gaben die Richter den gesetzgebenden Mehrheiten auf, die Bedeutung der Entscheidung auch für andere Zweige der Sozialversicherung zu prüfen. Deshalb könnte dieser jüngste Versuch des Kanzlers nach hinten losgehen, denn mittlerweile liegen dem Gericht drei Verfassungsbeschwerden zur Rentenproblematik vor; eine weitere betreffend die Gesetzliche Krankenversicherung folgt in Kürze. Damit hat das Gericht jederzeit die Möglichkeit, die Frage der Familiengerechtigkeit der Sozialversicherung insgesamt wieder auf die Tagesordnung zu setzen – und zwar in einer ungleich größeren Dimension.

***PAZ:** Es ist noch offen, ob die Entlastung durch einen steuerlichen Freibetrag oder durch einen geringeren Beitrag erreicht werden soll. Andererseits soll es keine weitere Belastung mehr geben, auch für Kinderlose nicht. Bleibt hier nicht nur die Lösung über die Steuer?*

Borchert: Die Bundesregierung fährt sich mit ihren eigenen Vorgaben fest. Tatsache ist: Im „Pflegeurteil" hat das Gericht festgestellt, daß die Kindererziehung in den umlagefinanzierten Systemen der Altersversorgung konstitutive Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Systems hat. Die in ihrer großen Mehrheit hochaltrigen Pflegebedürftigen sind auf die Beiträge der Nachwuchsgeneration angewiesen. Während Eltern aber wegen der Kinder Konsumverzicht übten, so das Gericht, erwüchsen Kinderlosen entsprechende Einkommensvorteile. Dies verstoße gegen das Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Gebot der Familienförderung aus Art. 6 Abs. 1 GG. Der zwischen Eltern und Kinderlosen vorzunehmende Ausgleich müsse durch Regelungen erfolgen, welche die Elterngeneration während der Erziehungs- und Erwerbsphase entlasteten. Die Korrektur habe deshalb auf der Beitragsseite stattzufinden und müsse zum 31. Dezember 2004 abgeschlossen sein. Wie die Lösung konkret aussehen soll, hat das Gericht – wie immer – offen gelassen. Die Festlegung auf die Beitragsseite und die Verwendung steuertypischer Begriffe in den Entscheidungsgründen legt jedoch für die Pflegeversicherung den Abzug von Kinderfreibeträgen vom Bemessungsentgelt nahe („Wink mit dem Zaunpfahl"). Mindestens die anerkannten Existenzminima für Kinder sind dabei anzusetzen, alles andere wäre ersichtlich willkürlich und würde unweigerlich sofort eine Klagewelle von Abertausenden Familien zur Folge haben.

Gleichbehandlung von Familie und Singles soll durchgesetzt werden

***PAZ:** Was heißt das konkret in Heller und Pfennig?*

Borchert: Legt man die anerkannten Existenzminima aus den Vorschlägen von Friedrich Merz und Paul Kirchhof in Höhe von 8.000 Euro je Kind zugrunde, so errechnen sich 136 Euro Beitragsreduktion pro Jahr beziehungsweise rund 11,50 Euro pro Monat. Nimmt man die Renten- und Krankenversicherung mit rund 35 Prozentpunkten hinzu, stehen zusätzlich Entlastungsvolumina von 3.500 Euro je Kind und Jahr im Raum. Das dürfte der Orientierungspunkt für die finanzielle Größenordnung der notwendigen Konsequenzen aus dem Pflegeurteil sein. Bei zirka 16 Millionen berücksichtigungsfähigen Kindern ergibt sich pro Jahr allein für die Pflegeversicherung somit eine Summe von etwa 2,2 Milliarden Euro, das sind rund 13 Prozent des Gesamtaufwands der Pflegeversicherung. Der Kompensationsbedarf liegt dann für die zwei Drittel der Versicherten ohne aktuelle Unterhaltsverpflichtung bei etwa sechs Euro pro Monat. Zum Vergleich: Bei dem Vorziehen der Steuerreform 2005 auf 2004 erfährt der Single mit einem Durchschnittsverdienst von 35.000 Euro eine Entlastung von 476 Euro. Übrigens: Diese Beseitigung einer verfassungswidrigen Überlastung der Familien ist alles andere als ein „Bonus", wie der CDU-Sozialpolitiker Andreas Storm in seiner üblichen Verkennung des Problems meint. ■



Setzt sich für die Rechte der Familie ein: *Jürgen Borchert* Foto: ddp

Bitte beachten Sie die Beilage „Die Geschichte der Stadt Königsberg" des Archiv-Verlags

»Regelungen sind nicht mehr zeitgemäß«

Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre, über den Arbeitsmarkt in Deutschland und in der Schweiz

Zu Zehntausenden hat die IG Metall ihre Anhänger in den letzten beiden Wochen zum Streik aufgerufen. Während die Arbeitgeber nur 1,2 Prozent in zwei Stufen auf 27 Monate Laufzeit zahlen wollten, forderte die seit den mißglückten Streiks 2003 in Mitteldeutschland angeschlagene IG Metall vier Prozent für zwölf Monate Laufzeit. Ob solche Forderungen bei einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 1,5 bis zwei Prozent für 2004 und einer Arbeitslosigkeit von über zehn Prozent angebracht sind, bleibt anzuzweifeln. Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre, ist bezüglich des Engagements der Gewerkschaften sogar davon überzeugt, daß weniger Schutz der Arbeitnehmer im Detail in der Summe manchmal mehr Schutz ergäbe.

Das Gespräch führte Rosemarie Fiedler-Winter



Hofft im Interesse der Arbeitnehmer auf eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes: *Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs* Foto: HWWA

PAZ: *Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftspolitische Situation in der Schweiz und bei deren Nachbarn Deutschland generell?*

Straubhaar: Beide Länder sind in den letzten Jahren von der Spitze der europäischen Rangliste, bezogen auf die wirtschaftliche Dynamik, an deren Ende geraten. Ihre Wachstumsschwäche ist offensichtlich geworden. Jetzt gilt es, Wachstum als Ziel an die oberste Stelle der politischen Agenda zu setzen. Wachstum muß für beide Volkswirtschaften die entscheidende Größe sein, um die vorgegebenen sozialstaatlichen Leistungen überhaupt finanzieren zu können. Dazu gehört auch das Durchforsten und Überprüfen von Verpflichtungen und Versprechungen. Die Sozialversicherungssysteme müssen sorgfältig auf ihre Effizienz durchleuchtet werden. In Deutschland heißt das zum Beispiel, die Frage zu klären, was im Krankenversicherungssystem zur Pflicht- und was zur Wahlversicherung gehört, sowie bei der dort ja existierenden Pflegeversicherung Klarheit darüber zu schaffen, in welchem Maße ab sofort höhere Beiträge eingefordert oder Leistungen gekürzt werden müssen.

PAZ: *Welche Rahmenbedingungen sind dafür Ihrer Meinung nach die Voraussetzung?*

Straubhaar: Grundlage für mehr Wachstum sind mehr Innovationen sowie eine bessere Pflege des sogenannten Humankapitals. Das kann durch ein effizientes Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungssystem erreicht werden, das auf mehr Freiheit und weniger Staat setzt. Wir brauchen auch in diesen Bereichen mehr Wettbewerb, mehr Markt und mehr Eigenverantwortung. Leistung muß sich lohnen. Es darf nicht so sein, wie es in Deutschland ganz ausgeprägt und zu Teilen auch in der Schweiz zu finden ist, daß die Leistungsfähigen mit hohen Steuern und die weniger Leistungsfähigen mit hohen Subventionen bedacht werden. Daraus ergibt sich im Endeffekt nur Gleichmacherei, indem man den Leistungsfähigen zu viel wegnimmt und den weniger Leistungsfähigen zu viel gibt.

PAZ: *Und wie soll das erreicht werden?*

Straubhaar: Das wäre zu erreichen, wenn die Spanne zwischen Brutto und Netto kleiner wird. In Deutschland sind die Bruttolohnkosten in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent gestiegen, die Nettolöhne nur um fünf Prozent. Diese Differenz ist im wesentlichen auf die steigenden Sozialabgaben zurückzuführen. Es kommt also darauf an, die sogenannten Lohnnebenkosten zu verringern. Die Renten können eben nicht so schnell steigen wie die Löhne, während im Prinzip die Ansprüche an Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld vielleicht sogar zurückgefahren werden müssen. Das gilt ganz ausgeprägt für Deutschland, aber durchaus auch erkennbar für die Schweiz. In der Schweiz sind die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit von rund zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1960 auf 20 Prozent im Jahre 1990 und auf 28 Prozent im Jahre 2001 angewachsen.

Der Keil zwischen Brutto und Netto wird dabei entscheidend von der Beschäftigungslosigkeit gebildet. All jene, die keine Arbeit finden, vergrößern diesen Keil, weil sie keine Abgaben zahlen, aber doch Leistungen aus der Sozialkasse in Anspruch nehmen. Daraus ergibt sich: jeder Mensch, der in die Beschäftigung zurückgeführt werden kann, trägt zu mehr Wachstum bei. Das heißt aber auch: wir müssen nicht nur mehr Wachstum schaffen, um Beschäftigung zu haben. Wir brauchen vor allem Beschäftigung, um dieses Wachstum zu erreichen. Denn durch mehr Beschäftigung werden die Sozialkassen entlastet, dadurch können die Abgaben gesenkt werden, und es wird attraktiver zu arbeiten.

> Flächentarifverträge und Kündigungsschutz knebeln Arbeitgeber

PAZ: *Worauf ist es dann zurückzuführen, daß die Beschäftigungsschwelle in der Schweiz und in Deutschland so unterschiedlich ist?*

Straubhaar: In Deutschland liegt die Beschäftigungsschwelle bei einem Wirtschaftswachstum von gut einem Prozent. Das bedeutet, daß selbst ein Wachstum in gleicher Größe noch kaum Antriebskraft für mehr Beschäftigung bietet. In der Schweiz ist der Arbeitsmarkt hier viel flexibler. Es ist einfacher, jemanden einzustellen, vor allem aber ist es auch einfacher, einen Mitarbeiter wieder zu entlassen. Es gibt keine Flächentarifverträge wie in Deutschland. In Deutschland trauen die Arbeitgeber geringeren Aufschwüngen nicht. Deshalb fahren sie in Erholungsphasen zuallererst Überstunden.

In der hohen Beschäftigungsschwelle sehe ich neben der Wiedervereinigung in den 90ern die wirtschaftlich größte Belastung für die Deutschen und eine grundsätzliche Ursache für die gegenwärtige Wirtschaftsschwäche. Das führt letztendlich auch dazu, daß heute in Deutschland nur noch 40 Prozent der über 40jährigen einen festen Arbeitsplatz haben, während in der Schweiz immerhin noch 70 Prozent dieser Altersgruppe zu den Arbeitnehmern zählen. In Deutschland werden diese Älteren einfach nicht mehr eingestellt, weil es für sie zu viele Schutzbestimmungen gibt. Sie sind praktisch unkündbar. In der Schweiz gibt es diese Altersschutzvorkehrungen beziehungsweise einen staatlichen Kündigungsschutz für Ältere nicht.

PAZ: *Wie stellt sich vor diesem Hintergrund die Arbeitslosigkeit dar? Welche Unterschiede gibt es zwischen der Schweiz und Deutschland?*

Straubhaar: In der Schweiz liegt die Arbeitslosenquote bei etwa vier Prozent, in Deutschland erreicht sie mehr als zehn Prozent. Das zeigt auf einen Blick: weniger Schutz ist oft der bessere Schutz. Ein besonderes Problem liegt in Deutschland bei der großen „Sockelarbeitslosigkeit" langfristig Beschäftigungsloser. Wenn Menschen die Arbeitslosigkeit rasch überwinden und eine neue Beschäftigung finden können, ist Arbeitslosigkeit durchaus kein so gravierendes Problem. Aber wenn stets dieselben Personen, die heute jene vier oder zehn Prozent bilden, arbeitslos bleiben, dann kann es eine Bedrohung werden.

Es ist sehr bedauerlich, daß in Deutschland die Gewerkschaften, selbst nach den bitteren Erfahrungen in Ostdeutschland, beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in der Regel flexible, betriebliche Bündnisse für Arbeit nur dann unterstützen, wenn die Betriebe bereits krank sind. In der Schweiz ist das alles flexibler. Hier wird die Lohnspreizung zwischen den einzelnen Unternehmen akzeptiert.

Fast alle sozialen Fragen werden betriebsspezifischer behandelt. Es ist leichter möglich, sich auf geringere Einkommen zu einigen, wenn es für den Betrieb existenzrettend wirkt. Die Interessengruppen haben deutlich weniger Potential.

Diese Flexibilität zu erhalten ist eine Basis des Erfolges der Schweizer Wirtschaftspolitik.

PAZ: *Wodurch wird das bewirkt?*

Straubhaar: Das hängt damit zusammen, daß die Schweiz weniger zentral organisiert ist. Hier können auch finanzielle Entscheidungen von größerer Bedeutung auf lokaler Ebene getroffen werden (lokale Steuerhoheit). Eine Bundesanstalt oder „Agentur für Arbeit" existiert überhaupt nicht. Eine Staatsaufgabe zur Vermittlung von Arbeit gibt es in der Schweiz auch nicht im Ansatz. Alles ist überschaubarer. Positiv dürfte es sich in Deutschland auswirken, daß die Verantwortung für die Arbeitslosen jetzt nicht mehr zentral bei der Nürnberger Bundesagentur allein liegt, sondern daß die Kommunen mit lokalen Job-Centers mit eingebunden sind. Als negativ empfinde ich es, daß zum Beispiel die bisher zunehmende Vermittlung von Zeitmitarbeitern seit 1. Januar 2004 ebenfalls einem Tarifvertrag unterworfen wurde. Damit hat man die hilfreiche Idee der „Arbeitsverträge auf Zeit" torpediert.

Der große Unterschied zwischen Deutschland und der Schweiz liegt nicht zuletzt darin, daß die Menschen aufgrund der dezentralen Strukturen überall näher dran sind als bei zentralen Regelungen in Deutschland. Dort ist der einzelne von sehr vielen Einrichtungen und deren Bedingungen weit entfernt, und das führt dazu, daß zahlreiche Normen und Regelungen gar nicht mehr zeitgemäß sind. Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Steuerflucht sind dann oft die Folgen.

PAZ: *Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das in beiden Ländern sehr unterschiedliche Preisniveau?*

Straubhaar: Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel. Die Gütermärkte sind relativ stark reguliert und kartellisiert. Dagegen ist der Arbeitsmarkt relativ liberalisiert. In Deutschland ist es umgekehrt. Dort ist der Kampf auf dem Gütermarkt sehr hart, und die Lebenshaltungskosten sind geringer. Viele Einzelhändler und Kleinbetriebe halten dem Preiskampf nicht stand. Dafür gibt man den Menschen mehr Schutz über den Arbeitsmarkt. Das heißt, die Schweiz erkauft sich den liberalen Arbeitsmarkt dadurch, daß der Beschäftigungsschutz über die Gütermärkte kommt. Die Landwirtschaft, Handwerksgewerbe und Einzelhandelsbetriebe, aber auch freie Berufe sind gegen ausländische Konkurrenz gut geschützt. Dadurch bleiben viele Arbeitsplätze erhalten, die bei freiem internationalem Wettbewerb wegfallen würden.

> Hoher Schuldenberg ist Folge der ungelösten strukturellen Probleme

PAZ: *Wie sehen Sie unter diesen Voraussetzungen Zwang und Möglichkeiten, in beiden Ländern Subventionen abzubauen?*

Straubhaar: Für die Schweiz ist es notwendig, von der Hochpreisinsel runterzukommen. Landwirtschaftliche Subventionen müssen gestrichen und Kartelle müssen aufgebrochen werden. Es gilt, mehr Wettbewerb bei Energie, Post, Bahn und Telekommunikation zu ermöglichen. In Deutschland wie in der EU wurde dafür schon lange der richtige Weg eingeschlagen.

PAZ: *Erkennen Sie in den beiden Ländern Notwendigkeiten und Wege zu einer wirtschaftspolitischen Umsteuerung?*

Straubhaar: In beiden Ländern, in Deutschland wie in der Schweiz, erleben wir ein unglaubliches Ansteigen der Staatsverschuldung. Das heißt, unsere Generation lebt in weitem Maße über ihre Verhältnisse und hinterläßt ihren Nachfahren ungeheure Schulden, weil in beiden Ländern strukturelle Probleme bisher ungelöst geblieben sind.

Für die Bereitwilligkeit zur Umsteuerung, nicht zuletzt, um kommende Generationen zu entlasten, habe ich eigentlich für Deutschland mehr Hoffnung als für die Schweiz. Im vergangenen Jahr ist in der deutschen Öffentlichkeit durch eine ständige Diskussion in den Medien ein starkes Bewußtsein dafür geweckt worden, daß vieles geändert werden muß. Die Rürup-Kommission bietet dafür ein Beispiel. Es sind Nullrunden-Renten durchgesetzt worden. Man spricht über eine Kürzung der Renten, und ich denke, die Rentenaltersgrenze wird demnächst auf 67 Jahre hochgefahren werden. Für die Schweiz kann ich nur hoffen, daß jetzt mit den neuen Personen im Bundesrat manches geändert wird, daß eben Kartelle aufgebrochen und Subventionen gekürzt oder gestrichen sowie die öffentlichen Haushalte saniert und öffentliche Monopolbetriebe weiter liberalisiert werden. Unabdingbar bleibt für beide Länder jedoch die Erkenntnis gültig, daß Wachstum existentiell unerläßlich ist. Beide Länder sollten sich eine Vernachlässigung von Wachstumsdynamik nicht mehr lange leisten. ■

Der Schweizer Thomas Straubhaar ist Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Er wird nicht nur als Professor für „Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik" der Uni Hamburg, sondern auch als Mitwirkender in zahlreichen internationalen Gremien geschätzt, wie zum Beispiel des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kollegs oder der Joachim-Jungius-Gesellschaft und weiterer renommierter Einrichtungen. Er hat nach Studien in Bern und Berkeley sowie Lehraufträgen in Konstanz, Basel und Freiburg auch an der Universität der Bundeswehr Hamburg Volkswirtschaft gelehrt, ehe er an die Alma mater der Hanseaten berufen wurde.

Einmalig in Europa

Die »Stiftung Preußischer Kulturbesitz« in den Fängen der Politik / Von Thorsten HINZ



Die Museumsinsel – vom Krieg schwer getroffen – gehört heute zum Weltkulturerbe: *Die Rotunde mit antiken Gottheiten im Alten Museum* Foto: Caro / Blume

Die vom Chaos geschüttelte Regierung Schröder setzt ihr verheerendes Werk fort: Die „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" soll nicht mehr „preußisch" heißen (siehe Seite 1). Ein Blick auf Arbeit und Umfang der Stiftung beleuchtet die gewaltige Aufgabe dieser einzigartigen Einrichtung:

Zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehören heute in Berlin 17 Museen, das Geheime Preußische Staatsarchiv, die Staatsbibliothek, die in zwei Gebäuden – dem historischen Haus Unter den Linden und dem Scharoun-Bau am Potsdamer Platz – untergebracht ist, sowie weitere Forschungseinrichtungen. Herzstück ist die Museumsinsel in der Stadtmitte, die zum Weltkulturerbe zählt. Die bekanntesten Häuser sind Schinkels Altes Museum sowie das Pergamonmuseum mit dem namengebenden Altar als Hauptattraktion. Das schwer kriegszerstörte Neue Museum soll bis 2009 wiederaufgebaut werden. Das Bode-Museum wird nach Abschluß der Sanierung die Skulpturensammlung aufnehmen.

Am Potsdamer Platz befindet sich das von Hans Scharoun konzipierte Kulturforum, das neben der – nicht zur Stiftung gehörenden – Philharmonie und der Staatsbibliothek mehrere Museen und Galerien umfaßt. 1998 wurde die neue Gemäldegalerie eröffnet, wo die Berliner Bestände, die während der Teilung auf der Museumsinsel (Ost) und im Ausweichquartier Dahlem (West) ausgestellt waren, wieder zusammengeführt wurden. Das alles summiert sich zum größten zusammenhängenden Kulturkomplex in Europa.

Mit der Auflösung Preußens und der Teilung Deutschlands und Berlins waren der Rechtsträger und der Geldgeber der Berliner Kunst- und Kulturschätze entfallen. In der zentralisierten DDR wurde die Rekonstruktion der schwer getroffenen Museumsinsel als gesamtstaatliche Aufgabe wahrgenommen. Zu einer durchgreifenden Sanierung aber war man finanziell nicht in der Lage. Noch schwieriger stellte die Situation sich in der westlichen Teilstadt dar.

Gottfried Benn beklagte 1955 in einer Rede die katastrophale Situation Westberlins: „Kunstschätze hat man uns genommen. Bilder, Pergamonaltar, wir haben keine Bibliothek mehr, die in Jahrhunderten gewachsen war." Einige westdeutsche Länder übernahmen treuhänderisch die Verwaltung der ausgelagerten Berliner Kulturgüter. Um eine feste institutionelle Grundlage zu schaffen, einigten der Bund und die westlichen Nachfolgeländer Preußens sich 1957 auf die Einrichtung der Kulturstiftung. Es folgten Klagen anderer Bundesländer, die eine Aushöhlung ihrer Kulturhoheit fürchteten. Das Bundesverfassungsgericht wies die Einwände zurück. Daraufhin traten sämtliche Bundesländer der Stiftung bei.

Inzwischen sind auch die mitteldeutschen Länder vertreten. Im 20köpfigen Stiftungsrat haben der Bund, Berlin und Nordrhein-Westfalen (als größter preußischer Nachfolgestaat) jeweils zwei, die übrigen Länder eine Stimme. Vorsitzende des Rates ist die Staatsministerin für Kultur, ihr Stellvertreter der Kultursenator des Sitzlandes Berlin. Die Geschäfte werden vom Präsidenten geführt, der in der prächtigen Von-der-Heydt-Villa residiert.

Das von einem Bankier erbaute Haus ist das letzte Überbleibsel des legendären Berliner Tiergartenviertels, das den Krieg und die nachfolgende Abrißwut überstanden hat. Kein anderes kulturpolitisches Amt verspricht soviel Prestige und Gestaltungsmöglichkeit wie das des Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Kein Wunder also, daß es immer wieder in das Kraftfeld parteipolitischer Interessen gerät. So scheiterte Ende der 90er Jahre der damalige Direktor des Deutschen Historischen Museums, Christoph Stölzl, trotz unzweifelhafter Kompetenz mit seiner Kandidatur am Veto von Kulturstaatsminister Michael Naumann, der ihm seine angebliche Kohl-Nähe übelnahm.

Das Budget beträgt 254 Millionen Euro, der größte Anteil wird vom Bund entrichtet. Die Aufgaben sind enorm. Neben der Sanierung der Museumsinsel steht unter anderem die Herrichtung des kriegszerstörten großen Lesesaals der Staatsbibliothek Unter den Linden an. In der Bibliothek des Staatsarchivs ist der Buchverleih eingeschränkt, weil marode Abteilungen baupolizeilich gesperrt sind.

In Polen und vor allem in Rußland liegen noch gewaltige geraubte Kunst- und Kulturschätze der Stiftung wie der berühmte Goldschatz von Troja. Nichts deutet darauf hin, daß die Frage der Beutekunst in absehbarer Zeit gelöst wird. ■

Im Rausch

Von Ronald GLÄSER

Berlin ist seit kurzem um eine Sehenswürdigkeit reicher. Nach Hamburg und Frankfurt, Essen und Saarbrücken sind jetzt in Berlin die ersten beiden Fixerstuben eingerichtet worden. Der zivilisatorische Fortschritt ist unaufhaltsam.

Weil Drogensüchtige in ihrem Rausch auf abwegige Gedanken kommen, heißen die Trägervereine auch so, als seien sie im Rausch „getauft" worden: Odak und Boa. In den Fixerstuben kann unter hygienisch einwandfreien Bedingungen Kokain oder Heroin konsumiert werden.

Die eine Fixerstube liegt zwischen zwei Kindertagesstätten. CDU-Lokalpolitiker im Bezirk Tiergarten machten darauf aufmerksam. Sie initiierten eine Umfrage unter den Anwohnern. Über 90 Prozent stehen dem Projekt ablehnend gegenüber. Der Staat ermuntere durch die Genehmigung die Menschen geradezu zum Drogenkonsum, so der CDU-Bezirksverordnete Thorsten Reschke.

172.000 Euro erhält Odak e.V. vom Staat für den Betrieb des Drogenkonsumraumes pro Jahr. Beim zweiten Verein geben sich die Verantwortlichen bedeckter. Offenbar ist ihnen klar, daß die Öffentlichkeit empört darauf reagieren würde, wenn sie die Höhe der staatlichen Transferleistungen erführe. Zumal in Berlin, der Stadt, in der es eine Grundschule gibt, die kein Geld mehr für Klopapier hat.

So antwortet die Dame aus der Fixerstube am Telefon auf die Frage nach der Höhe der Staatszuschüsse freundlich, aber unbefriedigend: „Sehen Sie, es gibt Senatsmittel, europäische Mittel usw. Für jedes Projekt muß das neu beantragt werden. Deshalb kann ich Ihnen das nicht klar beantworten."

Ist es politisch gewollt, daß Menschen der Sucht anheimfallen? Die haben dann genug eigene Probleme und kümmern sich nicht mehr um Verfehlungen der großen Politik. In der DDR war es auch so: Das einzige, woran es nie mangelte, war Alkohol. Die Machthaber haben sorgfältig aufgepaßt, daß immer genug vorrätig war. Sogar die FDP macht neuerdings mit. Letztes Jahr startete sie eine Gesetzesinitiative, die den Konsum sogenannter weicher Drogen legalisieren soll. In diesem Zuammenhang wurde bekannt, daß die Polizei ohnehin bereits angewiesen ist, Besitzer einer „kleineren Menge" nicht mehr zu verfolgen. Gestritten wird, ob diese bei 15 oder bei 30 Gramm aufhört.

Nach Fixerstuben kommen also demnächst die sogenannten „Coffeeshops", in denen in aller Öffentlichkeit Haschisch geraucht wird. Jede Zivilisation kann sich also immer noch weiter entwickeln!

Gegen Diepgen

In der Berliner CDU regt sich Widerstand gegen das Vorhaben der Parteiführung, den Ex-Bürgermeister Eberhard Diepgen auf dem Landesparteitag am 14. Februar zum Ehrenvorsitzenden zu wählen. Die Junge Union ist dagegen, wie Berlins JU-Chef Tim Peters verlauten ließ: Die Entscheidung für Diepgen sei unvereinbar mit dem Ziel, endlich „aus dem langen Schatten der Diepgen/Landowsky-CDU heraus(zu)treten".

SPD und Verdi schrumpfen

Die Berliner SPD hat 2003 1.100 Mitglieder verloren und liegt jetzt bei nur noch 18.000 Genossen. Die Gewerkschaft Verdi schrumpfte in Berlin und Brandenburg um 10.000 auf 240.000 Mitglieder zusammen. Die Hauptstadt-PDS konnte ihren jahrelangen Genossenschwund hingegen zumindest leicht mildern. Berlins CDU, FDP und Grüne haben 2003 ihre Mitgliederzahlen von 2002 in etwa gehalten.

Der Blankoscheck droht zu platzen

Bankgesellschaft: Volksbegehren fordert Milliarden Steuergelder zurück / Von Markus SCHLEUSENER

An der Parkuhr klebt ein Zettel. „Geld weg?" lautet die Frage, die die Aufmerksamkeit des Lesers hervorruft. So erfährt der Autofahrer, daß das Land Berlin „320 Millionen Euro zum Fenster rausgeworfen hat" – für den Großflughafen Berlin-Schönefeld. Es sind diese kleinen Dinge, die den Protest der Berliner Studenten so sympathisch machen. Berlin ist pleite. Der Schuldenberg beläuft sich auf 52 Milliarden Euro. Und alles wegen der Bankgesellschaft Berlin.

Erinnern wir uns zurück an den Immobilienboom der 90er Jahre: Damals waren Manager aus der Immobilienbranche erstaunt über die Geschäfte der Bankgesellschaft. Ob Mietskaserne oder Eigenheim – die Bankgesellschaft setzte viel zu hohe Erwartungen in den künftigen Geschäftsverlauf. Zudem wurden den Zeichnern der Immobilienfonds Gewinne garantiert. Die Bankgesellschaft verpflichtete sich, für die Miete in Gewerbeparks und ähnlichem aufzukommen, falls sich kein Mieter finden ließe. Und jene Bankgesellschaft war wiederum rückversichert durch den Senat. So haftete schließlich der Steuerzahler für die aberwitzigen Gewinnversprechen der Berliner Bankgesellschaft an die Privatinvestoren.

Der Diepgen-Senat ist darüber gestolpert. Die SPD, die die ganze Zeit mit an der Regierung war, nutzte die Misere geschickt aus. Es gelang den Genossen, die Schuld allein der CDU in die Schuhe zu schieben – nicht zuletzt deshalb, weil Rüdiger Landowsky heimlicher CDU-Strippenzieher und Vorstandsmitglied der Bankgesellschaft zugleich war.

In den 80er Jahren hatte es in der Westberliner CDU schon einmal einen Bauskandal gegeben. Und auch die neue Affäre hat alles, was ein guter Mafiafilm braucht: ein Strohmännersystem, Bilanzfälschung, Untreue und Verquickung persönlicher und politischer Anliegen. Die SPD ist jedoch genauso verwickelt in die Affäre. Nach den Neuwahlen hat das Parlament die Garantie-Erklärungen der Bankgesellschaft übernommen. Auf 21 Milliarden Euro wird das Volumen der Garantie-Erklärungen im schlimmsten Falle geschätzt, weil die sagenhaften Gewinne, zu deren Ausschüttung sich die Bank verpflichtet hatte, natürlich nie eintraten.

Der SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin erlebt tumultartige Szenen, wenn er sich den Bürgern der Stadt stellt. Kita-Gebühren steigen, Straßenzüge veröden, Krankenhäuser werden geschlossen. Für alles wird der Sparsenator verantwortlich gemacht. Das wird schon mal laut. Als Studenten sein Büro besetzten, brüllte er: „Raus, ihr Arschlöcher!"

Die Justiz hat wegen des Umlenkens öffentlicher Gelder in private Taschen lange ermittelt. Unterdessen verzehren die Damen und Herren aus dem Bankenvorstand ihre üppigen Pensionen. Keiner wurde je zur Rechenschaft gezogen. Zehn Staatsanwälte kämpfen gegen die Zeit. Der Skandal scheint ihnen „wegzuverjähren", weil Betrugsdelikte nach fünf Jahren verjähren. Über 5.000 Akten sollen sich in einer früheren Polizeiturnhalle befinden – alles Recherchematerial in Sachen Bankenskandal.

Doch jetzt tut sich etwas. Ein Volksbegehren ist eingeleitet worden. Der Blankoscheck für die Bank solle rückgängig gemacht werden, fordern die Initiatoren. Dann müßte sie Konkurs anmelden. Das würde vielen Fonds-Zeichnern nicht gefallen, ihre astronomischen Gewinne, die nun der Steuerzahler zu berappen hat, wären dahin. Aber die, die es jetzt ausbaden müssen, sind zahlenmäßig mehr als die, die von den Fonds profitieren.

Hier geschieht vielleicht etwas, das demokratietheoretisch ganz wichtig ist. Die Bürger stehen auf und versuchen sich ein Stück von der Macht zurückzuholen, die sie zuvor an eine Kaste von korrupten Politikern delegiert haben. ■

Allein auf weiter Flur

Polenlobby dominierte Podiumsdiskussion über das Zentrum gegen Vertreibungen / H.-J. von LEESEN

Warum hat man in Polen Angst vor einem Zentrum gegen Vertreibungen? Das war die interessanteste Frage, die sich auf einer Podiumsdiskussion am 29. Januar anläßlich der Zweiten Posener Tage der Universität Kiel manchem Zuhörer aufdrängte. Immer wieder stellten die beiden polnischen Gesprächsteilnehmer auf dem Podium die polnischen Ängste in den Vordergrund, die unverständlich sein müßten angesichts der wiederholten polnischen Behauptungen, auch Polen seien Opfer von Vertreibungen gewesen.

Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel pflegt mit der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen seit zehn Jahren eine Kooperation, die ihren Niederschlag in einer Reihe von Veranstaltungen fand. Dazu gehörte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Brauchen wir ein Zentrum gegen Vertreibungen?“, zu der sich der polnische Konsul Gluszko aus Hamburg und der Germanist an der Posener Universität Prof. Dr. Hubert Orlowski eingefunden hatten. Den deutschen Flügel – jedenfalls nach Herkunft und Muttersprache – bildeten der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Ekkehard Klug, von Profession Privatdozent für die Geschichte Osteuropas, sowie der Politologe Prof. Dr. Dr. Ulrich Matthée, der sich als Ostpreuße outete, dessen Familie mit ihm als Baby die Flucht vor den Befreiern gelang.

Die Gesprächsleitung lag in den Händen des Professors für osteuropäische Geschichte an der Kieler Uni Dr. Rudolf Jaworski. Er eröffnete das Rundgespräch mit der Feststellung, er stehe zwar einem ausschließlich vom Bund der Vertriebenen initiierten Zentrum gegen Vertreibungen skeptisch gegenüber, sei jedoch erschrocken gewesen über die überaus heftige Reaktion aus Polen. Konsul Gluszko nannte den Plan der deutschen Vertriebenenorganisation, ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zu errichten, eine Provokation. Er habe in Polen Ängste freigesetzt, da man befürchte, ein solches Zentrum könne eine „Nationalisierung“ bedeuten, was immer das heißen mag. Er unterstellte der Präsidentin des BdV, der CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach, sie habe ein Konzept für das Zentrum festgelegt, um die Geschichte zu verzerren. Grundsätzlich bejahte er ein Zentrum gegen Vertreibung, doch dürfe es kein deutsches sein, sondern ein europäisches, und es dürfe auch nicht in Deutschland stehen.

> Polnische Ängste wurden als Ablehnungsgrund immer wieder angeführt

Der Germanist Prof. Orlowski war skeptisch gegenüber jeder nationalen Gedenkstätte, wobei er stillschweigend polnische ausnahm. Er schlug statt eines Zentrums die Entwicklung eines Konzeptes über Gewaltanwendungen in Europa im 20. Jahrhundert vor. Zentral brauche all das nicht etabliert zu werden, säßen doch überall in Europa die forschenden Historiker, die über ihre Computer sowieso vernetzt seien.

Mit ähnlichen Argumenten lehnte der liberale Politiker Dr. Klug ein vom BdV angeregtes Zentrum ab und setzte sich damit in Gegensatz zu seinem Parteivorsitzenden Guido Westerwelle, der der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zugestimmt hat. Klug warnte vor einer „isolierten deutschen Selbstbespiegelung“, fand aber Gefallen an der Idee, ein dezentrales Forschungszentrum zu betreiben. Mehrmals betonte er seine Skepsis gegenüber einem Mahnmal gegen Vertreibungen wie auch der dabei führenden Rolle der deutschen Vertriebenen. Ein Zentrum gegen Vertreibungen würde die guten deutsch-polnischen Beziehungen gefährden.

Der Ostpreuße Prof. Matthée nahm kein Blatt vor den Mund. Es sei selbstverständlich legitim, daß die Vertreter der deutschen Vertriebenen die Initiative zur Schaffung eines solchen Zentrums ergreifen; es sei an der Zeit, das jahrzehntelang eingehaltene Tabu aufzubrechen und das individuelle Leiden der von der Vertreibung betroffenen Menschen zu thematisieren. Allzulange habe die westdeutsche Öffentlichkeit dieses Thema negiert, ja, das Leid der Vertriebenen mißachtet, wenn nicht gar das Schicksal der Ostdeutschen lächerlich gemacht. Berlin sei der richtige Standort, denn immerhin habe es sich bei der Vertreibung der 15 Millionen Deutschen um die größte Vertreibung gehandelt, die die Weltgeschichte kennt. Er lehnte es ab, das Problem weiter mit der Begründung zu tabuisieren, sonst werde die deutsch-polnische Versöhnung leiden. Er äußerte ein gewisses Verständnis für die Furcht der Polen vor einer solchen zentralen Dokumentations- und Gedenkstätte, denn „wenn es, wie es der Name des Zentrums ausdrücken würde, Vertriebene gibt, dann muß es auch Vertreiber gegeben haben“. Die Polenlobby im Saal atmete hörbar tief durch. Matthée nannte es sinnvoll, eine aus Südafrika stammende Idee aufzugreifen, „Wahrheitskommissionen“ mit deutschen und polnischen Vertretern zu gründen, um die psychologisch aufgeladene Situation zu entspannen.

Aus dem Publikum äußerte ein Vertreter der Deutsch-Polnischen Gesellschaft seine entschiedene Meinung, daß man kein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin benötige, und bezeichnete die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, als „nicht glaubwürdig“. Immer wieder führten die polnischen Gesprächspartner die angebliche Angst der Polen ins Feld, was Matthée zur Replik veranlaßte, nach seiner Ansicht würden die Ängste konstruiert, um von vornherein das Entstehen eines Zentrums gegen Vertreibungen zu verhindern.

Dem kritischen Besucher fiel auf, daß von polnischer Seite der Bund der Vertriebenen und dessen Präsidentin zur alleinigen Zielscheibe der Kritik gemacht wurden und daß man sorgsam verschwieg, daß das Zentrum einen zweiten gleichberechtigten Präsidenten in Gestalt des sozialdemokratischen Politikers Prof. Dr. Peter Glotz aufweist. Ebenso blieb unerwähnt, daß die Nachbarstaaten wie Polen, Rußland und die Tschechische Republik von Anfang an zur Mitarbeit eingeladen waren – ohne Erfolg.

Es fiel ins Auge, daß unter den Zuhörern im Saal kein Vertreter einer Landsmannschaft war, obgleich die Veranstaltung öffentlich war. So blieb die Polenlobby unter sich und Prof. Matthée ohne Unterstützung. ■

Polen berechnet deutsche Kriegsschuld

Um möglichen Forderungen von deutschen Vertriebenen, beispielsweise von der Preußischen Treuhand e.V., nach dem EU-Beitritt im Mai vorzubeugen, beginnt in Polen das große Berechnen der von deutscher Seite verschuldeten Kriegsschäden. So hat der Warschauer Oberbürgermeister Lech Kaczynski nach einer vorläufigen Schätzung eine Summe in Höhe von 31,5 Milliarden Dollar genannt, die dem heutigen Wert des im Zweiten Weltkriegs zerstörten kommunalen und privaten Eigentums der Stadt entspräche. Kaczynskis geplante genaue Berechnung der Kriegsschäden trifft auch in anderen Regionen Polens auf Anklang. **R. B.**

Chancen nutzen

In Berlin startet in diesen Tagen eine europaweite Veranstaltungsreihe der Wirtschaftsjunioren Deutschland, die sich intensiv mit den Chancen der EU-Osterweiterung für den Mittelstand beschäftigt. „Gerade der Mittelstand“, so der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschland, Bert Christmann, „kann von diesem Globalisierungsschub direkt vor der Haustür erheblich profitieren. Die Chancen sind sehr konkret.“ Themen der einzelnen Veranstaltungen sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten, Marktchancen, Netzwerke und Kulturunterschiede. Von den „alten“ Mitgliedern beteiligen sich neben Deutschland Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich und Spanien. Lettland, Polen und Ungarn sind von den „neuen“ Beitrittsländern dabei. Wer sich näher für die Aktivitäten der Wirtschaftsjunioren interessiert, kann unter folgender Adresse Informationen beziehen: Breite Straße 29, 10178 Berlin. **R. B.**

Gedanken zur Zeit:

Leistung muß sich wieder lohnen

Von Lienhard SCHMIDT

Der Reformstau hat mittlerweile einen für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen wahrhaft bedrohlichen Zustand erreicht. Die Behandlung von Symptomen hilft überhaupt nicht weiter, die Politik muß den Ursachen der Misere auf den Grund gehen, um überzeugende Problemlösungen zu finden und durchzusetzen.

Die breite Öffentlichkeit wird unausweichlich gewordenen Änderungen nicht mehr haltbarer Rahmenbedingungen und dem unabdingbaren Abschied von der Vollkasko-Mentalität um so eher Verständnis entgegenbringen, je besser sie informiert ist. Hier sollte eine präzise, sachliche und allgemeinverständliche Darstellung der komplexen Arbeitsplatzproblematik und ihrer Verflechtung mit der Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund stehen. Andernfalls steht Polarisierung sowie die nachhaltige Gefährdung des sozialen Friedens und der Wettbewerbfähigkeit unserer Wirtschaft ins Haus.

Nachstehend der Versuch, Zusammenhänge aufzuzeigen, die in dem Mißklang ständig veränderter Reformprojekte leicht übersehen werden könnten:

Schaffung oder Erhalt von Arbeitsplätzen setzt Nachfrage im Markt nach Produkten oder Dienstleistungen voraus, deren Absatz abhängt von im Vergleich zu anderen Anbietern qualitativ und preislich überlegener Wettbewerbsfähigkeit.

Zur Erreichung ausreichender Wettbewerbsfähigkeit sind hohe Flexibilität in der Anpassung an wechselnde Erfordernisse des Marktes, Innovationskraft, optimale Kostenkontrolle, Mobilität und nicht zuletzt der Wille zur Leistung im volkswirtschaftlich wie betriebswirtschaftlich solidarischen Zusammenspiel der Sozialpartner unabdingbar.

Diese Prämissen gelten für Binnen- und Weltmarkt gleichermaßen. Sowohl die fortschreitende technische Revolution als auch der globale Charakter der Wettbewerbslandschaft zwingen uns zur Anpassung unseres Verhaltens und unserer Rahmenbedingungen an die Realitäten, das heißt konkret: Unaufhörliches innovatives Ringen um bessere, kostengünstigere Angebote an Produkten, Verfahren und Dienstleistungen; radikale Entrümpelung beziehungsweise Reform der relevanten Rahmenbedingungen.

Nur wenn wir immer wieder Vorsprungpositionen mit hoher Wertschöpfung sichern, können wir unsere Erwartungen an Lebensstandard und Sozialleistungen erfüllen, einschließlich der Verantwortung für die (wirklich) sozial Schwachen, denen die gesamte Gesellschaft Hilfe schuldet.

Welche Faktoren gefährden die Erreichung der genannten Ziele, insbesondere aber die Wettbewerbsfähigkeit und unsere Arbeitsplätze in Deutschland?

Hier ist ein in Jahrzehnten gewachsenes Paket sich negativ ergänzender Faktoren zu nennen, insbesondere die sowohl für Unternehmen wie für Arbeitnehmer zu hohen Steuerlasten und Lohnnebenkosten; das teilweise vorhandene Mißverhältnis zwischen Lohn und Leistung/Qualifikation; die im Weltvergleich einmalige Regelungsdichte, deren Zeit- und Kostenaufwand nebst Unsicherheit über den jeweiligen Verfahrensausgang; die verbreitete Technik-/Fortschrittsfeindlichkeit mit ideologischem Hintergrund; der Rückstand in Forschung, Bildung und Ausbildung; die Verdrängung unverzichtbarer Grundwerte durch blinden Egoismus; die ideologisch fundierte Negativierung von Leistung und Eliten; Kommunikationsschwächen im Dialog der Sozialpartner.

> Die deutsche Vollkasko-Mentalität ist nicht mehr zeitgemäß

Diese hausgemachten Belastungen zu beseitigen muß dringendes Anliegen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen sein, im Verein mit Politik und Wissenschaft, von den Medien konstruktiv begleitet.

Das partei- wie auch gesellschaftspolitische Dilemma ist offensichtlich: Viel zu lange standen Problemverdrängung und ideologische Träumerei allen Versuchen im Wege, sich den Realitäten zu stellen, Fehlentwicklungen als solche zu erkennen und abzustellen sowie endlich eine zukunftssichernde Politik zu betreiben. Unser Maxistaat, auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, ist nicht mehr finanzierbar (die Staatsverschuldung hat 1,3 Billionen Euro überschritten, beträgt also rund das Fünffache des aktuellen Jahreshaushalts des Bundes). Keine der noch so vielversprechend angekündigten Reformen wird den bitter nötigen Erfolg bringen, solange der in Deutschland oft zitierte Spruch „Leistung muß sich wieder lohnen“ nicht Alltagsrealität geworden ist. Gemäß neuester Gallup-Studie sind derzeit nur zwölf Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland engagiert tätig, 70 Prozent machen nur „Dienst nach Vorschrift“, und 18 Prozent haben bereits innerlich gekündigt.

Hier sind nicht nur die Betriebsleitungen gefordert, sondern in erster Linie wohl die Träger politischer Entscheidungen, die sich eindeutig von dem Konzept der Vertagung allfälliger Problemlösungen auf die Zukunft und der Verschiebung der Schuldentilgung auf die noch nicht (und in immer geringerer Zahl) Geborenen verabschieden müssen. Das Wohl des deutschen Volkes zu mehren, dieser Verfassungsauftrag an die politische Klasse richtet sich doch vorrangig auf die Gegenwart, ohne freilich Lehren aus der Vergangenheit und Zukunftssicherung auszuschließen. Qualitätsmanagement auf breiter Front ist gefragt – heute! ■

Michels Stammtisch: Kein Ruhmesblatt

„Es gibt noch Recht in Europa“, hieß es am Stammtisch im Deutschen Haus. Das sei gut zu wissen, gerade dann, wenn es in dem einen oder anderen Land durch Zusammenspiel von Legislative, Exekutive und Rechtsprechung jahrelang „weggedrückt worden sei“.

Der Stammtisch stellte fest, daß die Europäische Menschenrechtskonvention eine der größten Errungenschaften unseres Kontinents sei und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg für die 45 Mitgliedsstaaten des Europarates die Einhaltung dieser Menschenrechte sicherstelle.

Viele Staaten hätten schon auf den Pfad menschenrechtlicher Tugend gebracht werden müssen, diesmal sei Deutschland an der Reihe, wo dem Zusatzprotokoll Nr. 1 zum Schutz des Eigentums Rechnung getragen werden müsse, in dem es heißt: „Jede natürliche und juristische Person hat ein Recht auf Achtung ihres Eigentums.“

Der Stammtisch war sich einig: Wie auch immer die Suche nach gerechten Lösungen verlaufen werde, der deutschen Öffentlichkeit sei schlagartig deutlich gemacht worden, daß es Opfer und deren Kinder gibt, über die man jahrzehntelang mehr oder weniger achtlos hinweggegangen sei und die bei der Wiedervereinigung aus welchen Motiven auch immer weggedrückt wurden. Und das sei gewiß kein Ruhmesblatt derjenigen, die damals regierten.

Euer Michel

Blick nach Osten

Polnische Planspiele

Warschau – Im Sejm ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die polnische Regierung verpflichten würde, von der Bundesrepublik Deutschland Entschädigung für Verluste zu verlangen, die aus der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg resultierten. Die aus den Reihen der weit rechts stehenden Partei Liga Polnischer Familien stammenden Verfasser wollen mit ihrem Vorstoß möglichen individuellen Entschädigungsforderungen ostdeutscher Vertriebener an den polnischen Staat nach dessen EU-Beitritt entgegenwirken. Für den „Ernstfall“ propagieren sie eine Nullösung in Form eines zwischenstaatlichen Verzichts auf jegliche Entschädigungsansprüche. Daß solche Planspiele völlig unrealistisch sind, geben nach Angaben der Zeitung *Rzeczpospolita* allerdings auch polnische Fachleute zu. Von drei Gutachten, die bei der Sejmkommission für Auswärtige Angelegenheiten zu dem Thema vorgelegt wurden, kamen zwei zu dem Ergebnis, daß Warschau keinerlei rechtliche Grundlagen für Entschädigungsforderungen an Berlin besitzt. Polen habe bereits 1953 auf solche Forderungen verzichtet, heißt es, und auch der deutsche Zwei-Plus-Vier-Vertrag mit den alliierten Siegermächten schließe zwischenstaatliche Entschädigungen aus.

Finnische Sorgen

Helsinki – Finnland will den eigenen Arbeitsmarkt für Bürger Estlands, Lettlands und Litauens nach dem EU-Beitritt der baltischen Republiken für zwei Jahre sperren. Dies kündigte Ministerpräsident Matti Vanhanen Ende Januar auf einer Wirtschaftskonferenz in Helsinki an. Vanhanen trug damit den Befürchtungen vieler Landsleute Rechnung, daß die an wesentlich geringere Löhne gewöhnten Balten in großer Zahl Arbeit in Finnland suchen könnten.

Vorsicht Kamera

München – Die bayerische Staatsregierung plant für die Zeit nach der EU-Erweiterung im Mai an den Grenzübergängen zu Tschechien eine verstärkte Überwachung mit Videokameras. Nachdem am größten europäischen Grenzposten Waidhaus und einer zweiten Kontrollstelle in den letzten Monaten Autokennzeichen probeweise filmisch erfaßt wurden, um sie mit den Daten im europäischen Fahndungssystem zu vergleichen, muß nun noch der bayerische Landtag über eine entsprechende Gesetzesregelung für sämtliche Übergänge zur Tschechischen Republik entscheiden. Diese würde solange gelten, bis der Nachbar in das Schengener Abkommen einbezogen ist, das die freie Fahrt zwischen allen Unterzeichnerstaaten ermöglicht.

Schlesien:

Verfall und Neubeginn

Hirschberger Gnadenkirchhof und Schloß Lähn / Von Rüdiger Goldmann

Hier liegen Baum in ihrem kühlen Garten/des Herren Hand wird ihrer fleißig warten/ Steh und besinn Dich der Du dieses liest/Was vor ein Baum Du selbst im Garten bist./Wer in der Zeit viel gute Früchte träget,/wird nach der Zeit in ein gut Land geleget...

Diese Inschrift über dem Eingang zur Gruftkapelle Baumgarten drückt die fröhliche Gewißheit aus, daß der fleißige und ehrbare Mensch nach seinem Ableben in den Himmelsgarten kommt.

Als dieses Erbbegräbnis in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf dem die evangelische Gnadenkirche in Hirschberg auf drei Seiten umschließenden Friedhof errichtet wurde, erwartete man eine gedeihliche Entwicklung und wollte den Nachkommen würdige, möglichst sogar prächtige Grabmäler hinterlassen.

Vorausgegangen waren Jahrzehnte der Unterdrückung der evangelischen Bürger durch die katholische Kirche und die Gegenreformation des habsburgischen Kaisers. Die Gesuche der überwiegend lutherischen Hirschberger bei Kaiser Leopold I. blieben ohne Erfolg, bis die Intervention des Schwedenkönigs Karls XII. im Vertrag von Altranstädt 1707 eine Wende zugunsten der Protestanten durchsetzte. Zuvor sollen allerdings über 200 000 Menschen Schlesien aus Glaubensgründen verlassen haben.

Die schließlich „gnadenhalber“ erfolgte Erlaubnis zur Errichtung einer evangelischen Kirche, der Gnadenkirche, und des dazugehörigen Friedhofs brachte Schlesien die „schönste und prächtigste unter allen lutherischen Kirchen“ dieses Landes (G. Grundmann) mit einer prunkvollen barocken Innenausstattung, Deckengemälden und einer vom reichsten Hirschberger Handelsherrn, Christian Menzel, gestifteten Orgel. Der Erbauer Martin Frantz aus Liegnitz nahm sich die Stockholmer Katharinenkirche zum Vorbild.

Flämischer Unternehmer restauriert alte deutsche Schloßanlage

Um das außerhalb der eigentlichen Stadt errichtete Gotteshaus liegen die barocken Gruftkapellen der Kaufleute und Zünfte. Zu den eindrucksvollsten gehören jene der Familien Glafey, Gottfried, Baumgarten, von Buch, Steuer, Menzel, Winckler und Geyer.

Heute sind fast alle beschädigt, die Grabplatten sind zum Teil verschoben oder zerstört, die Gräber erbrochen, manche unversehrt, andere mit Unrat gefüllt.

Im nördlichen Teil konnten einige Kapellen durch den „Verein zur Pflege schlesischer Kunst und Kultur e. V.“ (Görlitz/Lomnitz) restauriert werden. Aber viele andere zeigen die Folgen der Vertreibung der deutschen Bevölkerung und sind stark gefährdet.

Verglichen mit dieser tragischen Entwicklung muten die Streitigkeiten um Begräbnisformen und Begräbnisrechte zwischen Kaufleuten, Handwerkern und der evangelischen Kirche, wie sie sich in den vorausgegangenen beiden Jahrhunderten abspielten, geradezu grotesk an. Da stritt man sich um das Tragen oder Fahren der Verstorbenen, um die Kosten der Erbbegräbnisse und die Friedhofsordnung. In letzterer wurde schon im 18. Jahrhundert festgelegt, daß die „Verrückung der Leichensteine“ nicht erlaubt war.

Die polnische Verwaltung machte sich 1945 schändlicher Übergriffe schuldig: sie vertrieb die evangelischen Pfarrer und beschlagnahmte im Oktober die Gnadenkirche. Beim letzten deutschen Gottesdienst in der Beichtkapelle stürmten polnische Milizsoldaten herein und trieben die deutschen Gläubigen hinaus. Von über 35 000 Einwohnern (1939) waren Anfang 1947 nur noch rund tausend Deutsche in Hirschberg verblieben.



Tragische Folge der Vertreibung: *Viele Gräber auf dem Hirschberger Gnadenfriedhof sehen heute so aus wie das der Familie Linke* Foto: Goldmann

Der Gnadenkirchhof gehört zu den einzigartigen deutschen Denkmälern in Schlesien. Man wünscht sich, daß dieses Ensemble insgesamt wiederhergestellt, erhalten und sorgfältig behütet wird.

Bei meinem Besuch stand immerhin ein Streifenwagen vor dem offenen Gelände des verfallenen Friedhofes, durch das viele der polnischen Einwohner oft hindurchlaufen – auf ihrem Weg in ein Einkaufszentrum...

Im heutigen Schlesien sind aber nicht nur Spuren des Verfalls der alten Kulturgüter zu entdecken, sondern auch ermutigende Zeugnisse eines Neuanfangs.

Es war ein nebliger Novemberabend, als ein dick vermummter Radfahrer vor dem Tor meines Quartiers Schloß Lomnitz auftauchte. Zu dieser Jahreszeit war das eine Überraschung, die noch größer wurde, als sich doch tatsächlich ein Japaner aus der Vermummung schälte.

Am nächsten Morgen fragte ich ihn neugierig, was ihn ins Riesengebirge führe. Seine Antwort: „Ich fotografiere alte Häuser, die es hier noch viel zahlreicher gibt als im übrigen Europa.“– Und nicht nur Häuser, könnte man hinzufügen, sondern auch Schlösser, wie jenes in dem Städtchen Lähn am Boberfluß, dessen polnischer Name „Wlen“ ganz ähnlich klingt. Der Ort liegt nördlich von Hirschberg in einer hügelreichen Region mit tief eingeschnittenen Bachtälern und weiten Wäldern. Viel Wald umgibt auch die Burgruine Lehnhaus, ein schwer zu findendes Felsennest, dessen Ursprünge als Grenzfeste gegen Böhmen und die Lausitz bis ins 11. Jahrhundert zurückreichen.

Als herzogliche Burg war sie Sitz eines Kastellans. Die Gemahlin Herzog Heinrichs I. von Schlesien, Hedwig aus dem bayrischen Geschlecht von Andechs/Meran, soll gerne dort verweilt haben. Eine zwischen der Ruine der im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Burg und dem nahen Schloß Lähn gelegene Hedwigskapelle erinnert an die Schutzpatronin Schlesiens.

Vor einem renovierten, kaisergelb gestrichenen alten Gasthaus empfängt uns der flämische Unternehmer van Houwert. Arbeiter werkeln an der Außenbegrenzung der Gutsanlage, vor dem Eingang stehen Baumaschinen.

Seit der ehemalige französische Oberst Adam von Koulhas im Jahre 1653 unterhalb der zerstörten Lehnhausburg ein Schloß errichtete, besteht dieser vielgestaltige und geräumige Adelssitz. In späterer Zeit befand er sich im Besitz der Familie von Grunfeld und Gutenstätten und war von 1828 bis 1945 Eigentum derer von Haugwitz.

Danach begann eine Tragödie: Der alte Graf wurde von einem Rotarmisten erstochen, die Familie vertrieben und enteignet; das nach Berlin ausgelagerte Familienarchiv ging dort im Bombenhagel unter.

Der polnische Staat bemächtigte sich des Besitzes. Seither verfiel das ausgeplünderte Schloß zusehends, selbst die massiven Gewölbe begannen zu brechen. Erst van Houwert brachte Rettung: Nachdem er das Schloß nach zähen Bemühungen endlich erworben hatte, ging der Flame mit bewundernswerter Energie an die Wiederherstellung des Besitzes einschließlich des Verwaltungsgebäudes, der Wirtschaftshäuser und des Konzerthauses. Sogar der ehemalige Barockgarten soll neu erstehen.

Der Ausblick gen Süden zum Riesengebirge, nach Osten auf das Städtchen Lähn und über das Bober/Katzbach-Gebirge ist überwältigend, ja vom alten begehbaren Bergfried der Ruine geradezu grandios zu nennen. Der neue Besitzer von Lehnhaus möchte dort nicht nur wohnen, er will ein Museum einrichten und die Kultur und Geschichte dieses schlesischen Kleinods wieder sichtbar machen.

EU-Strukturpolitik:

Tücken der Bürokratie

Milliardenhilfen für den ländlichen Raum harren der Nutzung

Die Landbewohner der ostmitteleuropäischen Beitrittsstaaten konnten erst einmal die Freudentrompeten erschallen lassen: Die Europäische Union stellt für den Zeitraum 2004-06 satte 5,76 Mrd. Euro zugunsten der Entwicklung des ländlichen Raums der „Neulinge“ bereit.

Das ist mehr, als man angesichts der fortdauernden Querelen nach der Ablehnung einer Unionsverfassung erwarten konnte, denn während der Beitrittsverhandlungen hatte man sich eigentlich auf „nur“ 5,11 Mrd. Euro geeinigt.

Die zugesagten Mittel sollen den Landwirten im Osten bei der Modernisierung ihrer Höfe und der Erreichung der EU-Produktionsstandards helfen. Außerdem sollen sie, um eine abgedroschene Phrase grüner Umweltpolitik zu zitieren, zu einer „sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung“ beitragen. In den „Ziel-1-Gebieten “, also da, wo ein gesamtwirtschaftlicher Rückstand gegenüber dem Unionsdurchschnitt festgestellt wurde, kommen folgende Bereiche für eine Unterstützung durch Brüssel in Frage: Hilfe für „benachteiligte“ Landstriche oder Regionen mit umweltspezifischen Einschränkungen, Agrarumweltmaßnahmen und Tierschutzvorhaben, Aufforstungen landwirtschaftlicher Flächen und Programme zur Hebung der Lebensmittelqualität.

Ferner stehen Gelder bereit für die Förderung von Betrieben unterhalb der Existenzgrenze, die sich in Umstrukturierung befinden, für die Gründung von Erzeugervereinigungen für bestimmte Produkte sowie für Vorruhestandsregelungen bei Bauern.

Fast das gesamte Territorium der neuen Mitgliedsstaaten fällt unter „Ziel 1“; Ausnahmen sind Zypern sowie kleine Teile der Tschechischen Republik und der Slowakei, nämlich die Gebiete rund um die Hauptstädte, die als Ziel-2-Gebiete eingestuft sind, in denen nur Teilrückstände gegenüber dem EU-Durchschnitt ermittelt wurden.

Doch der Empfang der großzügigen Geldmittel an sich löst noch keine Probleme. Die Kernfrage ist, ob die finanziellen Ressourcen sinnvoll verwendet werden. Und hier stimmen die Erfahrungen in den neuen Bundesländern wenig zuversichtlich. Der Mittelabfluß von EU-Hilfen (also die tatsächlich ausgezahlten Summen), war dort mit 45 Prozent miserabel, weil die regionalen bzw. örtlichen Strukturen diese nicht umsetzen konnten.

Zu der Zeit, als es das EG-Programm PHARE für die ehemals sozialistischen Länder noch gab, standen je nach Größe des Empfängerstaates zwischen zehn und 200 Millionen Euro aus Brüssel bereit. Die Schwierigkeiten bei der Nutzbarmachung dieser Mittel waren extrem. Die Prüfer der EU-Finanzkontrollbehörden und ihre Kollegen auf nationaler Ebene kamen damals in die abstruse Situation, ständig beanstanden zu müssen, daß nicht etwa zuviel, sondern zu wenig Geld verbraucht wurde. Entgegen ihrem Auftrag lieferten sie daraufhin Anregungen für Projekte zum mehr oder weniger (meist weniger) sinnvollen Geldausgeben.

In Polen führte beispielsweise die aus heutiger Sicht geringe EU-Mitfinanzierung des „Vorruhestandes“ von Landwirten, den es auch schon im Sozialismus gab, zu einem explosionsartigen Anstieg der ohnehin florierenden Schwarzbrennerei von Schnaps aus Zucker und Kartoffeln.

Seither hat sich wenig geändert: Die EU-Kommission wirft noch immer mit Geld um sich, und künftige Finanzkontrolleure werden wohl wieder bemängeln, daß es erneut nicht gelungen sei, „Strukturen zu schaffen, die eine produktive Transformation der bereitgestellten Mittel (...) möglich machen“. **Dietmar Stutzer**

»Wie leeres Stroh dreschen«

Rußlands Reaktionen auf das Kyoto-Protokoll / Von Wolfgang Thüne

Auf der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ im Jahre 1992 in Rio de Janeiro/Brasilien hatten nahezu alle Staaten dieser Erde die „Klimarahmenkonvention“ beschlossen und sich zum „Schutz des Weltklimas“ verpflichtet. Diese unverbindliche Absichtserklärung wurde im Jahre 1997 in Kyoto/Japan konkretisiert, wobei für die wichtigsten Industrienationen feste Reduktionsquoten für das „Klimakillergas“ Kohlendioxyd (CO_2) in dem „Kyoto-Protokoll“ festgeschrieben wurden.

Dieser Vertrag hat bis heute keinerlei völkerrechtliche Verbindlichkeit, weil der US-amerikanische Präsident George W. Bush unmittelbar nach seinem Amtsantritt kurz und knapp die Welt wissen ließ: „Ich lehne das Kyoto-Protokoll ab!“ Seit dieser Zeit konzentriert sich alle Aufmerksamkeit der „Klimaschützer“ auf Rußland und seinen Präsidenten Putin. Mit seiner Unterschrift könnte „Kyoto“ noch gerettet und die Welt vor der drohenden „Klimakatastrophe“ in letzter Sekunde bewahrt werden.

Zu diesem Zweck hatte man extra eine der Klimakonferenzen im Oktober 2003 nach Moskau gelegt. Trotz aller Bemühungen, vor allem der EU mit England, Frankreich und Deutschland, blieb Rußland bei seiner ablehnenden Haltung, weil die Grundlagen des Protokolls „wissenschaftlich fehlerhaft“ seien. Der Sonderberater Putins, Alexander Illarionow, bedauerte auf einer Pressekonferenz am 3. Oktober, daß die Klimafrage über Gebühr politisiert und emotionalisiert worden sei, ohne die wissenschaftlich strittigen Fragen zu klären. Illarionow zählte elf Punkte auf und faßte zusammen: „Daher hat das Kyoto-Protokoll keine wissenschaftliche Substanz.“

Doch die international vernetzte und verschworene „grüne“ Klimaschutzbewegung, die CO_2 nicht nur zum „Klimakiller“, sondern zum „Umweltgift“ verurteilt hat, das am besten sequestriert und in den Tiefen der Ozeane oder Kontinente versenkt würde, gab nicht auf und rief im Dezember 2003 zu einer weiteren Klimakonferenz nach Mailand/Italien. Die Zeitung *Die Welt* meldete am 12. Dezember: „Rußland schwenkt ein auf Kurs Klimaschutz.“ Sie berief sich auf den russischen Premierminister Michail Kasjanow, der am Ende der UN-Konferenz diplomatisch signalisierte: „Rußland bereitet seine Unterschrift vor.“

Zuvor waren von der internationalen Klimaschutzbewegung alle Register der Demagogie und Propaganda gezogen worden, um der Angst vor der Klimakatastrophe noch mehr Wirkmacht zu geben. Offensichtlich waren die Eiferer dann aber doch zu weit gegangen. Aus dem Bundesumweltministerium Trittins ließ man verlauten, daß man daran denke, weltweit für alle Staaten bis zum Jahre 2050 „den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxyd auf jährlich 0,3 Tonnen pro Kopf“ zu beschränken. Die USA müßten ihre Emissionen auf ein Sechzigstel, Deutschland auf ein Dreißigstel zurückführen. Da dies biologisch unmöglich ist, denn ein normaler Mensch emittiert allein zum Leben bei der Verbrennung der Nahrung im Körper das Doppelte bis Dreifache dieser Menge, würde das zwangsläufig bedeuten, daß ein Großteil der ausgeatmeten Luft besteuert werden muß, um das unsinnige Gespenst „Klimakatastrophe“ zu bändigen. Damit wäre der Weg frei zur Besteuerung der Atemluft, denn dieser wird beim Einatmen ja auch Sauerstoff entzogen.

Es war alles perfekt aufeinander abgestimmt. Neben der Politik trat auch die Wissenschaft mit berühmten „Klimamodellbastlern“ auf den Plan, allen voran Klaus Hasselmann, der langjährige Direktor des Max-Planck-Institutes für Meteorologie und geistige Mentor der Professoren Graßl und Latif. In einem *Science*-Artikel verschärfte Hasselmann alle bisherigen Prognosen. Doch das Echo blieb nicht aus. In Rußland erhob Viktor Potapow, Leiter der Projekte im Staatskomitee für Hydrologie und Meteorologie in Moskau, seine Stimme: „Von einer Verminderung der Treibhausgase kann keine Rede sein. Der Handel mit Quoten ist wie leeres Stroh dreschen.“



Schmelzende Eisscholle im Arktischen Meer: *Daß das Eis schmilzt, steht außer Frage, doch inwieweit der Mensch daran beteiligt ist, bleibt umstritten.* Foto: pa

Präsident Putin wäre gut beraten, wenn er von seinem Kurs nicht abwiche. Hierfür gibt es zwingende logische Gründe. Einen findet er bei dem berühmten Königsberger Physiker Kirchhoff, der im Jahre 1858 zusammen mit Bunsen die Spektralanalyse entwickelte und den „Schwarzen Körper“ definierte. Beide bestätigten das von Sir Isaac Newton um 1670 formulierte „Abkühlungsgesetz“. Danach kann sich kein Körper in einer kälteren Umgebung erwärmen, da er mehr Wärmestrahlung aussendet, als er aus der Umgebung empfängt. Einzig und allein die Sonne kann die Erde aus der Erstarrung reißen und Leben auf ihr ermöglichen. Und Leben wäre ohne CO_2 in der Luft nicht möglich. Alle grünen Pflanzen brauchen es als Grundnahrungsmittel zum Wachsen und zur Traubenzuckerbildung, auch zur Produktion von Sauerstoff.

Dies ist elementares Wissen der Menschheit, das durch die künstliche Nebelwand „Klimakatastrophe“ verschleiert und durch irreale „Klimaängste“ verschüttet wird. Den Klimapolitikern sei empfohlen, den Botanischen Garten in Berlin aufzusuchen und sich die Bedeutung folgenden Spruchs am Eingang vor Augen zu führen: „Hab Ehrfurcht vor der Pflanze, alles lebt durch sie!“ ■

Akzeptanz und Vertrauen auf beiden Seiten

Polen und Deutsche entdecken die wirtschaftlichen Chancen im jeweiligen Nachbarland / Von Bernhard Knapstein

Die reinste polnische Wirtschaft!“ – So lautet noch heute hierzulande oft die vom Entsetzen geprägte Antwort über Mißwirtschaft und Desorganisation, sei sie nun im privaten Haushalt oder in der Wirtschaft anzutreffen. Das könnte sich bald ändern. Jedenfalls brummt die polnische Wirtschaft derzeit ordentlich. Polnische Unternehmen haben von Januar bis November 2003 Waren im Wert von 42,7 Milliarden Euro exportiert. Dies entspricht einem Wachstum von 6,8 Prozent. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Schweden, den Niederlanden und Tschechien haben dabei einen besonders starken Ausbau erfahren. Dennoch, Deutschland ist noch mit 32,5 Prozent des polnischen Exports der wichtigste Handelspartner Polens. Deutschland ist, gemeinsam mit Rußland, aber auch das wichtigste Importland.

Daß die deutsche Wirtschaft Interesse am polnischen Markt hat, kann man schon am Erscheinungsbild der Industriegebiete und Einkaufszentren erkennen. Deutsche Supermarktketten breiten sich auf dem polnischen Markt aus. Der Metro-Konzern hat in Polen bisher allein 1,125 Milliarden US-Dollar investiert und liegt damit auf Platz zwölf der größten Auslandsinvestoren überhaupt. Der Konzern hat in Polen inzwischen 240.000 Beschäftigte und ist damit der größte Arbeitgeber in der Branche der Supermarktketten. Er ist mit Märkten wie Metro/Makro C&C, Real, Extra, Media-Markt, Saturn, Praktiker und Kaufhof vertreten. Allein der Real-Markt ist mit 27 Supermärkten in Polen vertreten, die inklusive Nebenbetrieben über 8.000 Menschen Lohn und Brot geben. Die zwei größten deutschen Supermarktketten in Polen sind Plus-Discount mit 150 Filialen und Lidl mit 70 Filialen.

Polnische Investitionen in Deutschland erkennt man zum Beispiel an der Ausbreitung der polnischen Orlen- und Star-Tankstellen, die sich unter die Tankstellen der altbekannten Öl-Giganten Shell/Dea und Aral/BP mischen. Die 130 Orlen- und 330 Star-Tankstellen in Deutschland gehören zu 28 Prozent dem polnischen Staat. Der Deutschland-Chef der börsennotierten PKN Orlen, Jean-Jacques Verschueren, gibt sich nach Angaben der *Berliner Morgenpost* optimistisch. „Wir waren eine unbekannte Marke, und dann noch von polnischer Herkunft. Jetzt sind wir akzeptiert.“

Investitionen machen sich bezahlt. Dieser Grundsatz gilt auch für den polnischen Arbeitnehmer, denn der konnte sich konsumfreudig verhalten und kaufte zum Beispiel Mobilfunkgeräte, Computer und Neuwagen. Das Mobilfunkgerät erobert den polnischen Markt handstreichartig. Die Anzahl der Handynutzer ist im Vorjahr um 3,5 Millionen auf 17,4 Millionen Personen angewachsen. Inzwischen kommen auf 100 Einwohner 43 Handys. Im selben Jahr wurden in Polen 1,2 Millionen Computer verkauft. Für 2004 wird ein Zuwachs von 15 bis 20 Prozent erwartet. Auch die Witze über die Herkunft polnischer Autos dürften hierzulande etwas nachlassen. Obwohl der durchschnittliche Pkw-Preis für einen Neuwagen 2003 um 12.000 Zloty gestiegen ist, wurden im Jahre 2003 350.000 Neuwagen verkauft. So viele wie nie zuvor.

> Die polnische Wirtschaft wächst und mit ihr der private Konsum

Doch auch für den Staat wird sich der Wirtschaftsboom bezahlt machen. Die Anhebung von Verbrauchs- und Mehrwertsteuer zum 1. Mai 2004 wird nach Schätzung der *Gazeta Lubuska* Preissteigerungen in allen Lebensbereichen nach sich ziehen. Der Pkw wird um fünf bis sieben Prozent teurer werden. Im Bereich der Lebensmittel etwa wird ab Mai 2004 eine schrittweise Preissteigerung für Zucker um 40 Prozent und für Brot um 20 Prozent erwartet. Ab Mai gilt auf Kosmetika eine Verbrauchssteuer von 65 Prozent. Die Preise für Wohneigentum werden ab Mai um bis zu 22 Prozent steigen, da eine entsprechende Mehrwertsteuer auf Baumaterialien, Baugrundstücke und Bauleistungen erhoben wird. Schmerzhaft dürften für die zumeist kinderreichen Familien auch die künftig 22 Prozent Mehrwertsteuer auf Kinderartikel und Schulutensilien sein.

Der Wohlstand in Polen steigt ungeachtet dieser Preissteigerungen, ohne daß sich eine Wohlstandsschere zwischen arm und reich überdeutlich abzeichnen dürfte. Und mit diesem Zuwachs an Wohlstand schwindet, auch wenn ein innerer Zusammenhang nicht belegbar ist, das Vertrauen in die Gewerkschaften. Nach einer Umfrage der *Rzeczpospolita* sind 85 Prozent aller Befragten der Ansicht, daß Gewerkschaften nur die Interessen ihrer Funktionäre vertreten. Mehr als 50 Prozent der Befragten sind überzeugt, daß Streikaktionen nicht dem Wohle aller Mitarbeiter dienen.

Eines steht jedenfalls fest: Die polnische Wirtschaft gewinnt an Vertrauen und gewinnt deutsche Kunden. Das ist nicht zuletzt auch ein Verdienst deutscher Unternehmen, die in Polen den künftigen EU-Binnenmarkt erobert haben. ■

Frankreichs Ehrgeizlinge

Innenminister Sarkozy meldet schon jetzt Interesse am Präsidentenamt an

Obgleich die nächste Präsidentschaftswahl in Frankreich erst für den Frühling 2007 vorgesehen ist, hat an der Seine das große Spiel zwischen den möglichen Kandidaten schon begonnen. Anlaß dafür sind die Äußerungen des ehrgeizigen Innenministers Nicolas Sarkozy gegenüber dem staatlichen Fernsehsender *France 2*, wonach er „sogar beim Rasieren“ daran denke. Der einzige Politiker von Format im Regierungslager, der sich dem Ehrgeiz Sarkozys entgegensetzen könnte, wäre der Chef der Partei der Anhänger Chiracs, Alain Juppé, doch der darf zur Zeit nicht kandidieren, da das Strafgericht der Pariser Vorstadt Nanterre ihn wegen einer Affäre um politische Scheinstellen hart verurteilt hat. Für ihn bleibt also nur die Hoffnung, daß die Richter im laufenden Berufungsverfahren ihn in dem Fall um die Finanzen der ehemaligen gaullistischen Partei RPR (Rassemblement pour la République) derart milde aburteilen werden, daß er kandidieren könnte. Für den Fall, daß Juppé nicht antreten darf, schließen Pariser Beobachter nicht aus, daß Jacques Chirac sich abermals zur Wahl stellt.

Sarkozy ist noch vergleichsweise jung, Jahrgang 1955. Seit seinem 22. Lebensjahr ist der Rechtsanwalt in der Politik tätig, doch ist er keineswegs sonderlich beliebt. Mit 38 Jahren war er zur Zeit der Kohabitation zwischen den Gaullisten und dem sozialistischen Staatsoberhaupt François Mitterrand Finanzminister unter Premier Edouard Balladur.

Im Falle eines erneuten Sieges der Bürgerlichen im Jahre 2007 sind keine Grundsatzänderungen in der Außenpolitik Frankreichs zu erwarten. Mit Juppé im Elyseepalast wäre vielleicht mit einer festeren Einbindung der Fünften Republik ins erweiterte Europa zu rechnen, während Sarkozy verstärkt auf eine festere Zusammenarbeit mit den Mittelmeerstaaten setzen dürfte.

Als Alain Juppé Außenminister war, äußerte er sich mehrmals positiv hinsichtlich eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, so daß man von vornherein vermuten kann, daß die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris mit Juppé reibungsloser als mit Sarkozy verlaufen würde. Auf jeden Fall ist die Fünfte Republik auf dem gaullistischen Dogma der nationalen Unabhängigkeit und einer ehrgeizigen Arabienpolitik gegründet, was weder Juppé noch Sarkozy anzutasten wagen würden. Eine mögliche Wahlentscheidung für Sarkozy oder Juppé beziehungsweise Chirac dürfte sich vor allem an innenpolitischen Themen festmachen. Mit einer starken muslimischen Minderheit auf französischem Boden und dem Scheitern der Integrationspolitik der Republik konfrontiert, will Sarkozy eine Politik der sogenannten positiven Diskriminierung durchführen. Hiernach sollen Zuwanderer bei Stellen im öffentlichen Bereich bevorzugt werden. Die erste Maßnahme in diese Richtung war die gegen den Widerstand des Staatspräsidenten vollzogene Ernennung eines moslemischen Einwanderers zum Präfekten des Départements des Juras.

In einem langen Interview mit dem Wochenmagazin *L' Express* betonte Nicolas Sarkozy ausdrücklich, es gehe ihm darum, daß die Republik „ihren republikanischen Willen“ zeige.

Wie die Franzosen die verfrühten Kandidaturankündigungen ihrer Politiker bewerten, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall werden die Regionalwahlen im nächsten Monat schon einen weiteren Eindruck über Wählermeinung und Selbstdarstellung der Parteien vermitteln. **P. C. / R. B.**

Mit göttlicher Mission betraut?

Was als Terrorbekämpfung begann, entpuppt sich allmählich als moderner Kreuzzug / Von Carl Gustaf Ströhm

Mit der Regierung Bush hat es in den USA eine besondere Bewandtnis. Einesteils kann sich das offizielle Washington im Lichte einiger Erfolge sonnen: einmal der Verhaftung Saddam Husseins in einem Erdloch bei Tikrit, dann aber auch sticht die plötzliche butterweiche Nachgiebigkeit einiger „Schurkenstaaten“ ins Auge. Libyen mit seinem erratischen Staatschef Oberst Ghaddafi ist nur das hervorstechendste Beispiel. Man kann also durchaus von einer Erfolgsserie amerikanischer Politik sprechen, die aber auf Angst beruht: Es ist die Angst orientalischer Gewaltherrscher, eines Tages ebenso wie Saddam Hussein auf demütigende Weise der internationalen Öffentlichkeit „vorgeführt“ zu werden.

Wie lange diese Angst und damit der amerikanische Erfolg anhalten, steht auf einem anderen Blatt. Eines nicht allzufernen Tages kann sich die Angst auch in ihr Gegenteil verkehren. Die Irak-Lage ist um so undurchsichtiger, als der Widerstand – sei es fundamentalistisch-islamischer oder auch saddamtreuer Kräfte – mit der Verhaftung des Diktators keineswegs gebrochen wurde (hier zeigt sich die erste amerikanische Fehleinschätzung). Eine Art Guerilla, gepaart mit Terrorismus brutalster Art, hat sich entwickelt. Seltsam daran ist, daß der Widerstand, anders als zum Beispiel in Palästina, nicht in der Verantwortung einer Organisation und weitgehend ohne politisches Programm erfolgt. Man muß immer noch rätseln, wer denn die „Absender“ der verschiedenen Selbstmordattentate in Bagdad sind.

Hinzu kommt die inneramerikanische Situation: Bushs ehemaliger Finanzminister, der sich im Streit vom Weißen Haus trennte, übt in einem Buch heftige Kritik an Fehlentscheidungen des US-Präsidenten. Sogar Außenminister Colin Powell nahm dieser Tage in der Frage der „Massenvernichtungswaffen“ – im Gegensatz zu früheren Aussagen – eine vorsichtigere Haltung ein. Es sei nicht erwiesen, daß der Irak überhaupt solche Waffen besessen habe, sagte der Außenminister. Damit steht die gesamte Begründung für das militärische Irak-Unternehmen der USA auf äußerst wackeligen Beinen.

> Bush ist ein Produkt der ultrakonservativen Protestanten des Südens

In dieser Situation hat in Frankreich ein Buch des Politologen und Bestseller-Autors Eric Laurent Furore gemacht. Das Buch unter dem Titel „Die neue Welt des George W. Bush“ ist in deutscher Übersetzung im S. Fischer-Verlag erschienen – einer Adresse, der man nun wirklich nicht die übliche Antisemitismus-Keule zwischen die Beine werfen kann. Laurents These ist ebenso einfach wie verblüffend: Nicht so sehr die israelisch-zionistische Lobby und auch nicht die vielzitierte „Ostküste“ der USA hätten Bush mit seiner proisraelischen und antiarabischen Politik an die Macht gebracht – sondern die ultrakonservativen Protestanten des „Bible Belt“ im Süden der USA. Ein Bündnis der ganz schlichten Protestanten, welche darauf bestünden, die Bibel nur wortwörtlich auszulegen, mit dem Staat Israel und einer starken, vor allem im Rüstungs- und Erdölbereich einflußreichen Gruppe – Wolfowitz und Perle sind hier zwei Namen für viele – bestimmten den Kurs der gegenwärtigen US-Politik. Zur „Vision“ des heutigen US-Präsidenten gehöre, wie Laurent schreibt, eine „ehrgeizige Umgestaltung der Welt durch verschiedene, notfalls auch unilaterale Maßnahmen“ – und zwar, „um das Leid zu vermindern und Frieden zu schaffen“.



Religiöser US-Präsident: *Bush findet nach eigenen Aussagen im Bibelstudium einen mentalen Ausgleich.* Foto: getty-images

Gleichzeitig weist der französische Autor darauf hin, daß Präsident Bush mit Büchern nicht viel anfangen könne. Bush wörtlich: „Ich verlasse mich lieber auf meinen Bauch.“ Bushs Instinkt stelle praktisch seine zweite Religion dar. Bush sei das Produkt der „äußerst konservativen und religiösen Staaten im Süden der USA“, in denen „die Gläubigen die Schriften der Bibel wörtlich befolgen“. Im Bibelstudium habe Bush jun. mentalen Ausgleich und geistige Disziplin gefunden, um sein inzwischen überwundenes Alkoholproblem zu bewältigen.

Bei Bush gebe es einen Hang zu festen Meinungen und zu Schwarz-Weiß-Denken bei der Lösung von Problemen. Nach dem New Yorker Terrorüberfall vom 11. September prägte Bush den Satz: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ 1986 wurde Bush „wiedergeboren“: er entdeckte Gott aufs neue. Im Gegensatz zu seinem Vater, Bush senior, der bei der Wiederwahl gegen den Demokraten Bill Clinton durchfiel, kümmerte sich Bush junior intensiv um die sogenannten „christlichen Konservativen“, die fast 18 Millionen Wähler stellten. Bush senior hatte in den Augen dieser „Konservativen“ den unverzeihlichen Fehler begangen, Israel unter Druck zu setzen. Hier zeigte sich, daß die „christlichen Militanten“ kompromißlos der Position der israelischen Rechten folgen. Laurent spricht von einem „ziemlich befremdlichen und zweideutigen Bündnis“. Laurent zitiert zwei US-Journalisten, die nach ausgiebigen Recherchen über den US-Präsidenten erklärten, „daß Bush von der Gewißheit beseelt sei, mit einer göttlichen Mission betraut zu sein“. Bei einem Treffen mit Vertretern protestantischer Kongregationen legte Bush so etwas wie ein Geständnis ab. Er sagte: „Wissen Sie, ich hatte Probleme mit Alkohol. Eigentlich müßte ich jetzt in einer Bar in Texas sitzen und nicht hier im Oval Office. Es gibt nur einen einzigen Grund, warum ich hier und nicht in jener Bar bin: Ich habe zum Glauben zurückgefunden, zu Gott. Nur die Kraft des Gebets hat mich hierhergebracht.“ Der amerikanische Schriftsteller Norman Mailer bezeichnete dies als eine „gefährliche Aussage“. Schon der dänische Philosoph Kierkegaard habe als erster erkannt, „daß wir nie mit Gewißheit sagen könnten, wohin uns unsere Gebete führen. Wenn wir glauben, Gott am nächsten zu sein, helfen wir vielleicht gerade dem Teufel.“

Der französische Autor – ganz in der laizistischen Tradition seines Landes – bemerkt süffisant, das gesamte Personal des Weißen Hauses sei gehalten, an täglichen Bibelgruppen teilzunehmen. Der Präsidentensaal wirke wie ein großer Gebetssaal, „in dem die Männer zwischen zwei gemeinsamen Lesungen des Alten oder des Neuen Testaments die Geschäfte Amerikas und der Welt führen“.

Für Bush verkörpere Osama bin Laden das „Böse“ schlechthin. Im November erklärte der US-Präsident in einem *Newsweek*-Interview, daß Saddam Hussein für ihn ebenfalls das „Böse“ verkörpere. Daraus entwickelte sich dann die „Achse des Bösen“: Irak, Iran und Nordkorea. Ein US-Experte meint: „Bush steht dem messianischen und apokalyptischen Gedankengut der militanten evangelischen Christen nahe. Er teilt ihre Weltanschauung, daß zwischen dem Guten und dem Bösen ein gigantischer Kampf im Gange ist, der seinen Höhepunkt in einer letzten Schlacht erreichen werde. Menschen, die diesem Glauben anhängen, gehen häufig unangemessene und erschreckende Risiken ein, denn sie meinen, daß alles dem göttlichen Willen unterliegt.“

Aus der Sicht eines militanten Christen befinde sich Amerika in einem bedauernswerten Zustand. Lasterhafte Unterhaltungsmedien, die Kinder könnten zwar kaum lesen, aber vom Sex verstünden sie etwas. Daher sei in den Augen konservativer Patrioten der jetzige Krieg die bestmögliche Lösung. Das französische Buch kommt dann auf umfangreiche Geschäfts- und Finanzinteressen im Zusammenhang mit irakischem Erdöl und dem Nahen Osten zu sprechen. Besonders interessant ist die vom Autor behauptete Verbindung zwischen dem Staat Israel und den „christlichen Zionisten“. Diese folgen lediglich dem Ruf Gottes – wie sie sagen –, wenn sie die großisraelische Politik des Likud unterstützten. In den USA liege der Kirchenbesuch 20mal höher als in Westeuropa. Dabei betrachteten die „christlichen Zionisten“ das Bündnis mit Israel als eine im Grunde vorübergehende Angelegenheit, schreibt Laurent. Manche jüdischen Führer Amerikas würden durchaus erkennen, daß die christlichen Zionisten das jüdische Volk nicht wirklich liebten. „Ich glaube, daß wir in Israel den schwierigsten Konflikt der Epoche erleben“, schreibt Eric Laurent. Der Widerstand der Palästinenser werde sich durch eine Schwächung Syriens nicht bewältigen lassen. Der Sturz weiterer arabischer Führer beinhalte große Risiken. Ariel Sharon wende auf den hebräischen Staat das gleiche Rezept an, wie es die „Falken“ in den USA gegenüber arabischen Staaten praktizieren wollten. An der Spitze der Weltmacht Amerika stehe ein gänzlich „unintellektueller“ Präsident.

Und Laurent zitiert eine nachdenkliche Stimme aus dem Bush-Lager: Amerika laufe Gefahr, mit dieser Politik in der ganzen Welt eines Tages allein zu bleiben. Allen anderen schaudere vor soviel Selbstgerechtigkeit. ■

Eine Brücke namens Kant

Zum 200. Todestag von Immanuel Kant / Von Dr. Waltraud Loos

Als Kant am 12. Februar 1804 im Alter von fast 80 Jahren starb und in seinem Haus aufgebahrt wurde, schien ganz Königsberg von Trauer überwältigt zu sein. Einer seiner Freunde berichtet, daß eine Reihe von Tagen hindurch „eine förmliche Wallfahrt von Vornehm und Gering stattfand, vom frühen Morgen bis zum Abenddunkel: jeder wollte den berühmten Philosophen noch einmal sehen, manche kamen sogar mehrmals wieder“. Und „ein so großartiges Leichenbegängnis“, wie es dann am 28. Februar sich vollzog, „hatte Königsberg noch nicht gesehen“. Zwölf Studenten trugen den Sarg zu der traditionellen Begräbnisstätte der Professoren, einem gotischen Gewölbe an der Nordseite des Domchors: Dort wurde er „dem Sinne des Verstorbenen gemäß – ohne weitere kirchliche Zeremonien in die ihm bestimmte Gruft gesenkt“.

Der Verstorbene war lebenslang Bürger dieser um ihn trauernden Stadt gewesen; er hatte sie nicht nur als seine Heimatstadt geschätzt, sondern auch als ein weltoffenes Zentrum von Handel und Kultur. Ihre Vorzüge hat er in einer seiner späten Schriften einmal aufgezählt: „Eine große Stadt, die eine Universität (zur Kultur der Wissenschaften) und dabei noch die Lage zum Seehandel hat, welche durch Flüsse aus dem Inneren des Landes sowohl, als auch mit angrenzenden entlegenen Ländern von verschiedenen Sprachen und Sitten, einen Verkehr begünstigt – eine solche Stadt, wie etwa Königsberg am Pregelflusse kann schon für einen schicklichen Platz zu Erweiterung sowohl der Menschenkenntnis als auch der Weltkenntnis genommen werden; wo dies, auch ohne zu reisen, erworben werden kann.“

An diesem „schicklichen Platz“ war Immanuel Kant am 22. April 1724 zur Welt gekommen, er wuchs als 4. Kind einer ehrsamen Handwerkerfamilie auf, in einer häuslichen Atmosphäre, die von Arbeitsamkeit, Rechtschaffenheit und pietistischer Frömmigkeit geprägt war. Von letzterer, wie überhaupt von jeglicher kirchlichen Gläubigkeit, wandte er sich allerdings schon in frühen Jahren ab. Nach dem Besuch des Friedrichskollegs begann er 1740 an der philosophischen Fakultät der Albertina das Studium der Naturwissenschaften, Mathematik und Philosophie. Damit verfolgte er einen Bildungsweg, der – anders als Theologie oder Rechtswissenschaft – nicht unmittelbar in einen Beruf führte, sondern auf eine akademische Laufbahn abzielte. Nach dem Abschluß des Studiums (1746) ging er, wie es üblich war, zunächst für einige Jahre als Hauslehrer zu adligen oder wohlhabenden ostpreußischen Familien ins Königsberger Umland, wobei er seine Studien fortsetzen

Seine Einkünfte als Privatdozent waren eher bescheiden

und erweitern konnte. Im Jahre 1755 wurde er zum Magister ernannt und erhielt die Venia legendi, das heißt, die Erlaubnis, Vorlesungen an der Universität zu halten.

Seine Stellung entsprach in etwa der eines heutigen Privatdozenten, wobei seine Einkünfte bescheiden waren: sie beschränkten sich auf Hörergelder und Honorare für Publikationen. Schon dies gab ihm Anlaß, eine umfangreiche Vorlesungstätigkeit auszuüben, die etwa 20 Stunden in der Woche umfaßte und sich auf ein breites Fächerspektrum – Geographie, Anthropologie, Philosophie, Pädagogik – erstreckte. Kant erwies sich als ein begabter und erfolgreicher Lehrer. Seine Vorträge waren – was die Hörer bestätigen – flüssig und geistvoll, gelegentlich sogar witzig. Wenn er über fremde Länder und Städte sprach, glaubte man, daß er dies alles aus eigener Anschauung schildere. Außer den Studenten kamen bald auch städtische Bürger, Offiziere und Durchreisende, um seine Vorlesungen zu hören.

Neben den Vorlesungen gehörte zu seinem Arbeitspensum eine umfangreiche und vielseitige wissenschaftlich-schriftstellerische Tätigkeit. Bereits 1746 hatte er beim Abschluß seines Studiums eine physikalische Abhandlung verfaßt über „Gedanken von der wahren Schätzung der lebendigen Kräfte“, in der



Immanuel Kant: *Lithographie von Heinrich Wolff*

es, in einer Auseinandersetzung mit Leibniz, um die „Kraft“ bewegter Körper in Abhängigkeit von Masse und Geschwindigkeit ging. Besondere Beachtung fand 1755 die „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“, in der er seine Ansichten über den „Ursprung des ganzen Weltgebäudes“ und die Entstehung des Sonnensystems darlegte, und deren Grundgedanken später zusammen mit denen des französischen Forschers Laplace als „Kant-Laplacesche Theorie“ in die Geschichte der Astronomie eingingen. Eine Schrift aus dem Jahre 1763 „Der einzig mögliche Beweisgrund zu einer Demonstration des Daseins Gottes“ behandelte die philosophischen Grundlagen der Theologie. Diesem Themenkreis verwandt war 1764 die „Untersuchung über die Deutlichkeit der Grundsätze der natürlichen Theologie und Moral“.

Kant gewann aber nicht nur als akademischer Lehrer und Wissenschaftler hohes Ansehen, sondern man schätzte ihn auch als gern gesehenen Gast in der besseren Königsberger Gesellschaft, wo er, stets elegant gekleidet, mit Charme, Humor und geistvoller Beredsamkeit die Unterhaltung der Tischrunde zu bereichern verstand. Einen eigenen Haushalt hat er damals nicht geführt, und er hat auch nie versucht, eine Familie zu gründen.

Nach 15 Jahren der Lehrtätigkeit und der Ablehnung zweier Berufungen an andere Universitäten erhielt er endlich im Jahre 1770 an der Albertina die erwünschte Professur für Logik und Metaphysik, die er bis an sein Lebensende innehatte. Als Wissenschaftler vollzog Kant um diese Zeit eine grundlegende Wende, die ihn etwa zehn Jahre lang in der literarischen Öffentlichkeit verstummen ließ, bis in der Zeit von 1781 bis 1790 die drei großen „Kritiken“ erschienen, die gleichsam eine „kopernikanische Wende“ in der Philosophie bedeuteten. Das erste der drei Werke, die „Kritik der reinen Vernunft“, stellte das bis dahin vorherrschende System der rationalistischen Philosophie in Frage, indem es die Grundlagen aller Erkenntnisse einer radikalen Analyse unterzog. Die „Kritik der praktischen Vernunft“ verkündete Kants Ethik, den Gedanken der Pflicht in den Mittelpunkt rückend. Die „Kritik der Urteilskraft“ schließlich erörterte die Problematik der Ästhetik und Wertsetzung.

Diese Werke, insbesondere die „Kritik der reinen Vernunft“, bewirkten eine geistige Revolution und forderten zu Zustimmung oder Widerspruch heraus. An fast allen deutschen Universitäten wurde die Kantische Philosophie gelehrt und in ganz Europa unter Gelehrten und Schriftstellern diskutiert. Schiller gewann aus Kants Lehre das philosophische Fundament für seine Weltanschauung und Dichtung. Goethe schätzte besonders die „Kritik der Urteilskraft“ und die naturwissenschaftlichen Schriften „unseres herrlichen Kants“. Man interessierte sich nun auch für das Äußere des zu Ruhm gelangten Philosophen: so wurden Portrait-Stiche in Publikationen für die gebildete Leserschaft verbreitet.

Wer allerdings dem Gelehrten persönlich begegnen wollte, mußte schon eine Reise ins ferne Ostpreußen unternehmen. Kant hat Besucher, die ihn zu sprechen wünschten, stets liebenswürdig empfangen. Sehr anschaulich berichtet über seinen Besuch der russische Schriftsteller Nikolai Karamsin, der am 18. Juni 1789, aus St. Petersburg kommend, in Königsberg eintraf, das für ihn eine der „größten Städte Europas“ war; schon am Nachmittag dieses Tages machte er einen Besuch „bei dem berühmten Kant, einem scharfsinnigen und feinen Metaphysiker ... den einst der verstorbene (Philosoph) Mendelssohn den alles zermalmenden Kant nannte“. Der „kleine hagere Greis, von einer außerordentlichen Zartheit und Blässe“ führte drei Stunden lang mit dem fremden jungen Mann ein lebhaftes Gespräch, dessen Gehalt dieser in seinem Reisebericht wiederzugeben versuchte.

Zu Kants damaliger Häuslichkeit bemerkt Karamsin: „Er bewohnt ein kleines, unansehnliches Haus. Überhaupt ist alles bei ihm einfach, ausgenommen seine Metaphysik.“ Das „unansehnliche“ Haus lag in der Prinzessinstraße, nicht weit entfernt von Schloß und Universität. Kant hatte es im Jahre 1787 bezogen und damit zum erstenmal einen eigenen Haushalt begründet. Es bot genügend Raum für den Hausbesitzer, einen Diener und eine Köchin (nebst Hund und Katze). Im Untergeschoß war ein Hörsaal eingerichtet; der Speiseraum lag im Obergeschoß. Dort empfing Kant die Gäste seiner mittäglichen Tafelrunde, zu der er jeweils einige seiner Freunde einlud. Das Mahl und die Gespräche dauerten von 1 bis 4 (oder 5) Uhr. Danach machte Kant einen Spaziergang. Er hielt sich in seinem Tageslauf an eine genau festgelegte Ordnung und hat es dadurch geschafft, trotz seiner schwächlichen Konstitution bis ins hohe Alter gesund zu bleiben.

In den späten Jahren veröffentlichte Kant noch weitere bedeutende Schriften, so etwa 1793 „Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“, in welcher er „Religion“ vom „Kirchenglauben“ unterschied und dadurch einen Konflikt mit dem preußischen Ministerium heraufbeschwor, das unter König Friedrich Wilhelm II., dem Nachfolger des großen Friedrich, eine engherzige Zensur ausübte. Viel Beachtung fand die Schrift „Zum ewigen Frieden“, 1795, die unter dem Eindruck der ersten Revolutionskriege entstand und in der Kant – ohne in pazifistische Illusionen zu verfallen – für den Zusammenschluß der Staaten in einem Völkerbund plädierte.

Im Jahre 1796 mußte er aber doch wegen zunehmenden Kräfteverfalls seine Vorlesungen aufgeben, einige Jahre später auch jegliche wissenschaftliche Tätigkeit. Die Anhänglichkeit treuer Freunde begleitete ihn in seiner letzten, stillen Lebensphase.

Kants Freunde kümmerten sich auch um seine Grabstätte und ließen einen schlichten Gedenkraum errichten. Aus ihrer Gemeinschaft erwuchs die „Gesellschaft der Freunde Kants“, die 1880/81 eine Umbettung des Toten und den Bau einer Kapelle anregte. Auf dem Paradeplatz erinnerte an Kant das von Christian Daniel Rauch errichtete Denkmal, das bis 1885 in der Prinzessinstraße gestanden hatte. Zum 100. Todestag wurde an der westlichen Schloßmauer eine Tafel mit dem berühmten Ausspruch aus der „Kritik der praktischen Vernunft“ angebracht: „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht ... der bestirnte Himmel über mir, und das moralische Gesetz in mir“. Im Kant-Gedenkjahr 1924 ließ die Stadt das von Friedrich Lahrs entworfene Grabmal an der Nordostecke des Doms errichten, das seitdem zu den Wahrzeichen Königsbergs zählte.

Auch in der Wissenschaft blieb Kant aktuell. Die Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts setzte sich auf verschiedenen Wegen mit seiner Ideenwelt auseinander. 1904 wurde in Halle/S. die – noch heute bestehende – international tätige Kant-Gesellschaft gegründet, die in den „Kant-Studien“ zahllose Untersuchungen zu Kants Leben und Lehre veröffentlichte.

An der Königsberger Universität war das geistige Erbe Kants bis in die letzte Phase ihres Bestehens gegenwärtig geblieben. Professor Kowalewski leitete im Sommer 1944 eine Lesegemeinschaft über Kants „Metaphysik der Sitten“, die Schrift, in der Kant seinen Grundsatz einer allgemeinen Ethik, den „kategorischen Imperativ“ formuliert hatte. – 1945, am Todestag Kants, dem 12. Februar, legten Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde Kants“, unter persönlicher Gefährdung durch Artilleriebeschuß, einen Kranz am Grabmal nieder, das wie durch ein Wunder bei den Bombenangriffen im August 1944 unzerstört geblieben war.

Mit der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee im April 1945 endete die deutsche Geschichte Königsbergs, und es begann die Umwandlung der Stadt in „Kaliningrad“, eine Ansiedlung sowjetischen Typs. Es dauerte einige Jahrzehnte, bis sich aufgeschlossene Bewohner für die Geschichte der Stadt und die Traditionen des alten Königsberg zu interessieren begannen. Einige beherzte Wissenschaftler setzten es durch, daß im Kant-Gedenkjahr 1974 an der russischen Universität Königsberg/Kaliningrad ein erster Kant-Kongreß zugelassen wurde. Kant-Forschung konnte sich dort allerdings erst nach dem Zerfall der Sowjetunion (und dem Ende der ideologischen Bevormundung) frei entfalten. Seit jenem Beginn werden Kant-Lesungen mit internationaler Beteiligung veranstaltet und Kant-Jahrbücher ediert. 1990 entstand eine russische Kant-Gesellschaft, deren Vorsitz Professor Leonard A. Kalinnikow in Königsberg innehat. Das Kant-Grabmal am – weitgehend restaurierten – Dom wird von Einheimischen und Touristen gern besucht; im Nordturm des Domes ist ein Kant-Museum eingerichtet, das sich über mehrere Stockwerke erstreckt. Seit Mai 1992 steht eine Nachbildung des Kant-Denkmals von Christian Rauch auf dem alten Sockel; eine zweisprachige Tafel mit dem Ausspruch aus der „Kritik der praktischen Vernunft“ wurde im September 1993 in der Nähe der früheren Stelle angebracht.

Das Engagement für Kant und seine Philosophie ließ neue Verbindungen zwischen Ost und West aufkommen. An der Akademie der Wissenschaften in Moskau arbeiten Experten – mit deutscher Unterstützung – an einer zweisprachigen Kant-Edition in 6 Bänden. Russische Forscher werden zu interna-

Deutsche und russische Wissenschaftler forschen zum Thema Kant

tionalen Treffen geladen; an den Universitäts-Jubiläumsfeiern in Königsberg im Jahre 1994 nahmen deutsche Kant-Experten teil, und seitdem sind die Kontakte nicht abgerissen.

In der Begegnung mit der deutschen Kant-Forschung stellt sich den russischen Wissenschaftlern aber auch die Frage, welche Bedeutung die Lehre Kants für ihren eigenen Kulturkreis hat und welchen Einfluß sie auf dessen große Denker ausübte. Leonard Kalinnikow nannte Kant einmal den „russischsten“ der deutschen Philosophen, weil seine Denkweise, die nicht so einfach zu interpretieren sei wie etwa die Fichtes oder Hegels, der russischen „Seele“ besonders nahestehe. Auch hätten die russischen Philosophen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ihre Gedanken immer in der Auseinandersetzung mit Kant entwickelt, was etwa bei Wladimir Solowjew, Nikolaj Berdjajew und Pawel Florenskij besonders deutlich geworden sei. – Noch universeller sieht es J. E. Golosowker, ein Autor, der wie durch ein Wunder Stalins GULAG überlebte. Er bekennt in seinem Werk „Dostojewskij und Kant“: „Woher und wohin auch ein Denker auf dem philosophischen Wege schreitet, er muß über die Brücke, deren Name Kant ist“. ■

Hannas Kette

Von Ruth Geede

Der Fernzug läuft auf dem Hauptbahnhof ein und hält. Türen werden aufgerissen, Winken, Rufen, Freude des Wiedersehens, zögernde Begegnungen. Der Lautsprecher verkündet einen Zehn-Minuten-Aufenthalt.

Ein älterer Herr lehnt in einem der offenen Zugfenster, zündet sich eine Zigarre an und blickt dann mit dem müden, etwas gelangweilten Gesicht eines Mannes, der oft auf Reisen ist, auf den Bahnsteig. Er winkt einen Zeitungshändler herbei und tritt in das Abteil an der anderen Seite des Wagens zurück.

Der Mann setzt sich in eine Fensterecke des Abteils, fingert nach der Brille in seiner Westentasche und starrt auf das Nachbargleis, auf dem gerade ein Personenzug einfährt. Ihm genau gegenüber befindet sich nun ein Fenster des anderen Zuges. Er kann das Abteil sehen, in dem sich die Menschen zur Ausgangstür drängen. Nur eine Frau bleibt leicht zurückgelehnt in der gegenüberliegenden Fensterecke sitzen.

Eine Frau mit weißem Haar. Sie hebt einmal flüchtig den Kopf. Die dunklen Gläser der Sonnenbrille lassen nicht erkennen, wohin sie blickt. Dann neigt sie sich wieder über das aufgeschlagene Buch. Der Herr rückt seine Brille zurecht und schlägt die Zeitung auf. Aber er liest nicht. Sein Blick trifft die Armbanduhr, doch er sieht die Zeiger nicht. Irgend etwas war doch eben da, was bekannt, ja vertraut schien. Eine Erinnerung – woran? An einen Sommer vor langen, ach wie langen Jahren. An einen Sommer an der See, da oben irgendwo – ja, in Ostpreußen!

Aber was war es gewesen? War es so plötzlich gekommen, ganz ohne Grund? Er hatte doch nie mehr an diesen Samlandsommer gedacht. Höchstens einmal sehr flüchtig, wenn das Gespräch auf Ostpreußen kam. Ja, da bin ich auch gewesen ...

Er schüttelt den Kopf und zieht die Brauen zusammen. Sein Blick fällt auf die Frau am anderen Fenster. Man kann nur das Haar sehen, die Brille, den Nasenrücken, den Hals.

Die Kette! denkt der Herr im Kopenhagen-Expreß. Natürlich, das war es! Die Kette!

Es ist eine Bernsteinkette, aus unregelmäßigen, rohen Stücken zusammengefügt: braune, rötliche, gelbgraue, matte und dann leuchtend helle, honigfarbene.

Hanna! denkt der alte Herr.

Ja, sie hieß Hanna. Sie trug solch eine Kette. Er und sie hatten die Bernsteinstückchen aus dem Muschelrand des Meeres gesucht, damals in jenem Samlandsommer, als er drei Monate lang in Groß-Kuhren wohnte. Oder war es Klein-Kuhren? Ach, wer soll das jetzt noch wissen?

Aber Hanna ist noch da. Hanna mit ihren hellen, fast grünen Augen, die genau so waren wie der Himmel über der See, dieser unfaßbar helle, perlmutterne Sommerhimmel. Hanna, das ist blondes, glattes Haar, ist sonnenbraune Haut, ist ein großer Mund, der so gut lachen kann. Hanna, das ist eine feste, ein wenig rauhe Mädchenhand, die in der seinen liegt, das sind schlanke, kräftig ausschreitende Beine, um die auslaufende Wellchen kreiseln, ist ein nasses Gesicht unter glatter Badehaube, das sich hinter der brandenden Woge emporreckt. Hanna, das ist Kühle der See und Glut des Sommertages, sind blaue Lupinen – wo hat er je wieder solche blühenden Lupinenhänge gesehen wie an der Steilküste da oben?



Ursel Dörr: *Eisige Fluten (Aquarell)*

Sie arbeitete in jenem Sommer in einer kleinen Pension, die einer Tante gehörte. In den zwei spärlichen Mittagsstunden, wenn sie sich an der Bank bei den Vogelbeerbäumen trafen – Quitschen, sagte Hanna, so fällt es ihm ein –, war Hanna oft müde. Dann gingen sie zum Strand hinab, Hanna kuschelte sich in den warmen Sand, und es geschah nicht selten, daß sie dabei einschlief. Er beobachtete dann auf in den Sand gestützten Ellenbogen ihr Gesicht, das wie eine großflächige, vertraute Landschaft war mit dem im Schlaf leicht nach oben gezogenen Bogen der vollen Lippen, mit den dunklen, dichten Brauen, die in solch reizvollem Gegensatz zu den blonden Haaren standen und mit der geraden Nase, durch deren Flügel das Sonnenlicht schimmerte.

Das Gesicht begann zu leben, wenn Hanna erwachte und die Augen aufschlug. Er hatte die Augen oft gemalt, aber das Helle, Leuchtende, hatte er nie wiederzugeben vermocht. Ja, damals hatte er noch die Illusion gehabt, Maler zu werden. Deshalb war er für jenen Sommer nach Ostpreußen gegangen, „dort, wo das Licht zu Hause ist!“ hatte sein alter Professor gesagt.

In welch einem anderen Leben war das gewesen? Und was hatte ihn zurückgeführt? Ach ja, die Kette!

Er blickte wieder hinüber zu der Frau, die nicht aufsieht. Aber die Kette ist da, die Kette aus Bernsteinstücken. Hannas Kette! Fast jeden Tag hatten sie etwas am Strand gefunden, kleine honiggelbe Splitter und größere, matte, fast hornige Stücke. Eines Tages war Hanna zu ihm gekommen und hatte ihre Schachtel mitgebracht. Sie hatten die schönsten, meist klaren Stücke herausgesucht, sie mit einer glühenden Nadel durchbohrt und auf eine Schnur gezogen. Als er Hanna die Kette um den Hals legte, hatte er sie geküßt. Es gibt nichts, was dir besser stehen könnte, Hanna – hatte er gesagt. Und dann hatte er sie gemalt.

Wo war das Pastell, wo waren die Bilder aus jenen Tagen? Irgendwo in Berlin unter Mauerschutt. Unter neuen Wohnblocks, unter Straßenpflaster, unter grünen Anlagen. Verbrannt, verweht, vergraben – als wären sie nie gewesen.

Und er? Heute ein erfolgreicher Immobilien-Makler, auf Großprojekte spezialisiert. Wie der Schwiegervater, dessen Firma er übernommen hatte. Irene, die Frau, die eine sichere Existenz wollte (nur keine Halbheiten, mein Lieber!), das Haus am Rand der großen Stadt, ein schöner Besitz, gepflegt, viel bewundert und noch mehr beneidet. Die Kinder, die Töchter verheiratet, gut situiert, der Junge selbstsicher wie der Großvater. Und dann die Enkel, zwei, bald drei ...

„Wenn wir eine Tochter haben, soll sie Hanna heißen wie du ...“ Hatte er das wirklich einmal gesagt?

Der Mann schreckt auf: Sein Zug fährt ab. Er beugt sich vor und sieht noch einmal zu der Frau in dem stehenden Personenzug hinüber. Sie hat das Buch sinken lassen, nimmt die Brille ab. Nun sind sie ganz nahe beieinander. Sie hebt den Kopf und blickt ihn an.

Es ist ein stilles Gesicht mit einem dünnen Mund, blaß und sehr müde. Ein fremdes Gesicht mit fremdem Blick. Nur die Augen sind so, als warteten sie darauf, in den Himmel zu blicken: ganz hell, von grünlichem Blau. Augen, die Weite suchen, um sich darin wiederzufinden.

Dann ist alles vorbei. ■

*

(Entnommen aus Ruth Geede, „Kurische Legende und andere Erzählungen“, Hamburg 2003).

Mein Fenster ist angelehnt

Von Christel Poepke

Ich laß
mein Fenster angelehnt,
falls der Abend sich verspätet,
falls er nicht daherkommt,
stolz und schön
aus den Ebenen,
mit Kirschenaugen
und jadgrünem Haar,
sondern müd und grau,
auf dünnhäutigen Sohlen,
den silbernen Stirnreif
in Händen.
Er weiß:
mein Fenster ist angelehnt –
das Kissen für ihn ist gewärmt.
Und während mein Zeisig
das Käppchen ihm bringt,
– das aus dem fünffachen Samt,
stopf ich ihm die Pfeife
mit kleinen Geschichten.

Er zwang angenehm zum Selbstdenken

Immanuel Kant aus der Sicht seines Schülers Johann Gottfried Herder



Immanuel Kant

Ich habe das Glück genossen, einen Philosophen zu kennen, der mein Lehrer war. Er in seinen blühendsten Jahren hatte die fröhliche Munterkeit eines Jünglings, die, wie ich glaube, ihn auch in sein greisestes Alter begleitete. Seine offene, zum Denken gebaute Stirn war ein Sitz unzerstörbarer Heiterkeit und Freude; die gedankenreichste Rede floß von seinen Lippen; Scherz und Witz und Laune standen ihm zu Gebot, und sein lehrender Vortrag war der unterhaltendste Umgang. Mit ebendem Geist, mit dem er Leibniz, Wolff, Baumgarten, Crusius, Hume prüfte und die Naturgesetze Keplers, Newtons, der Physiker verfolgte, nahm er auch die damals erscheinenden Schriften Rousseaus, seinen Emile und seine Héloise und kam immer zurück auf unbefangene Kenntnis der Natur und auf moralischen Wert des Menschen.

Menschen-, Völker-, Naturgeschichte, Mathematik und Erfahrung waren die Quellen, aus denen er seinen Vortrag und Umgang belebte; nicht Wissenswürdiges war ihm gleichgültig; keine Kabale, keine Sekte, kein Vorteil, kein Namenehrgeiz hatte je für ihn den mindesten Reiz gegen die Erweiterung und Aufhellung der Wahrheit. Er munterte auf und zwang angenehm zum Selbstdenken; Despotismus war seinem Gemüt fremd. Dieser Mann, den ich mit größter Dankbarkeit und Hochachtung nenne, ist Immanuel Kant.

Johann Gottfried Herder über Kant in seinem 49. Brief zur Beförderung der Humanität



Johann Gottfried Herder mit seiner Gemahlin Caroline

Herz und Format

Zum 100. Geburtstag von Rudolf Platte

Am 12. Februar hätte der Schauspieler Rudolf Platte seinen 100. Geburtstag begehen können. Während sich der Darsteller im Fernsehen („Der Hauptmann von Köpenick") und auf der Bühne längst als Charakterschauspieler von Format ausgezeichnet hatte, war es der deutschen Filmproduktion – bis auf wenige Ausnahmen, etwa seinem glanzvollen Charakterpart in „Mamitschka" (1955) als Partner der 1973 verstorbenen Mila Kopp – nicht gelungen, das etablierte „Platte-Klischee" zu revidieren und diesen großen Schauspieler doch noch seinen Fähigkeiten entsprechend einzusetzen. So drehte er in den 50er Jahren, „was so recht und billig war" („Maharadscha wider Willen", „Die Frauen des Herrn S.", „Der Weibertausch", „Das singende Hotel", „Liebeskrieg nach Noten", „Damenwahl"), und dennoch: Er war ein Meister der Nebenrollen. Die Kinogänger liebten ihn, und so mancher Hauptdarsteller mußte sich in der Tat kraftvoll anstrengen, um neben „Rudie" bestehen zu können.



Rudolf Platte: *Meister der Nebenrolle*
Foto: Archiv kai-press

Rudolf Platte wurde 1904 als Sohn eines Ingenieurs in Dortmund-Hörde geboren, besuchte das Jesuiten-Internat in Hildesheim und ging bereits mit fünfzehn Jahren zum Theater. Sein erstes Engagement fand der junge Platte in einem Harzer Wintertheater, das für die Bauern in Scheunen Vorstellungen gab, später gelangte er nach Hannover, Hildesheim, Wuppertal und Breslau. Eigentlich hat er immer schwere Charakterrollen gespielt, etwa den Franz Moor, den Shylock, den Geßler oder sogar Richard III.; erst in Berlin kam er zum komischen Fach und zum Kabarett.

Im Jahre 1929 meldete sich der Film. „Revolte im Erziehungshaus" hieß der noch stumme Streifen. Renate Müller und Oskar Homolka waren damals seine Partner. Am 1. September 1941 übernahm Platte die Direktion des Theaters in der Behrenstraße, das früher unter der Leitung von Ralph Arthur Roberts einen ganz besonderen Platz unter den Berliner Bühnen einnahm. Auch nach dem Krieg war Platte gleichzeitig Leiter zweier Berliner Bühnen.

1969 wurde der Mime mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet, 1978 folgte das Filmband in Gold für langjähriges Wirken im deutschen Film.

In erster und dritter Ehe war Platte mit der Schauspielerin Georgia Lind verheiratet, die am 10. Dezember 1984 verstorben ist. Nur acht Tage nach dem Ableben seiner Ehefrau starb der Volksschauspieler Rudolf Platte am 18. Dezember 1984 in Berlin im Alter von 80 Jahren.
kai

»Kaum zu glauben!«

Der Maler Günther Johannes ist begeistert vom Computer-Malprogramm



Günther Johannes: *Ostpreußen*

Mit leichtem Pinselstrich, so scheint es, hat Günther Johannes seine Motive auf die Leinwand gebannt. Landschaften vor allem, aber auch Abstraktes. „Ich male nicht, was ich sehe", hat er einmal gesagt. „Ich male, was ich fühle. Es ist für mich nicht wichtig, wie etwas aussieht, sondern wie ich es empfinde. Vieles kommt aus meinem Inneren und das ist sehr aufregend, ein nie endender Prozeß."

Geboren wurde Günther Johannes am 21. Juli 1933 in Königsberg. Ist es ein Zufall, daß sein großer Landsmann Lovis Corinth am gleichen Kalendertag das Licht der Welt erblickte?

Johannes besuchte das Gymnasium Altstadt-Kneiphof in seiner Vaterstadt, doch zog es ihn schon im Alter von 19 Jahren in die Ferne. 1952 ging der Ostpreuße nach Amerika, wo er an der Universität von Utah Malerei, Bildhauerei und Pädagogik studierte und mit dem Titel Master of Fine Arts abschloß.

Jahrzehntelang wirkte Johannes als freier Maler und als Lehrer in den USA, wo er auf dem Stammesland der Uthee Indianer ein Studio besaß – 2.000 Meter hoch in den Bergen gelegen. Dort, umgeben von Erinnerungen an die unvergessene Heimat Ostpreußen, entstanden zauberhafte Bilder. Landschaften, die Titel tragen wie „Abend am Haff", „Bernsteinküste" oder auch „Lied der Nachtigall", Blumenbilder und Abstraktes. Immer wieder ist es die Erinnerung an „eine sehr schöne Kindheit in einem unvergessenen Land", die Günther Johannes zu seinen Arbeiten anregt – noch heute. „Wo manch einer ein Buch schreibt aus der Erinnerung, male ich ein Bild."

Vor einiger Zeit nun ist der rüstige Preuße, in dessen Paß als Geburtsland Ostpreußen steht und nicht Deutschland (!), aus den Bergen in die Stadt gezogen. In Salt Lake City ging er eines Tages in die Stadtbibliothek und fragte dort, „wo die Karteikarten jetzt sind. Man führte mich in einen Raum mit Computern. Erbarmung! Ik on de Generoal, wi stoane wie twe Oape, sagte man in Königsberg. So mußte ich in meinem Alter noch lernen, wie man mit Computern umgeht", staunte Johannes. Seit zwei Jahren ist er nun schon dabei, probiert alles aus und kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Malprogramme haben es dem Künstler besonders angetan, aber auch solche, in denen dreidimensional gearbeitet wird, faszinieren ihn.

„Das Malprogramm bietet dem Künstler mehr Material, als er sonst in einem Laden finden kann." Johannes ist beeindruckt. „Papiere, Leinwand, Kreide, Ölfarben, Aquarell, Pinsel, 'ne Million von Pinseln. Wer weiß, wie viele Pinsel für die Aquarellmalerei da sind! Aber auch Schwämme, Malmesser und so viel anderes. Die Farben kann man nach Herzenslust mischen, naß oder trocken verwenden. Und man muß nicht warten, bis eine Schicht endlich trocken ist. Phantastisch! Selbst den Pinseldruck und die Richtung kann man einstellen. Die Farbe verläuft und vermischt sich wie beim richtigen Aquarell. Andere wieder kann man so dick auftragen wie man will", staunt der Künstler. „Das ist kaum zu glauben, das muß man sehen!"



Günther Johannes: *In der Nähe von Elbing*

Die Ergebnisse können sich bereits sehen lassen. So sind die beiden, auf dieser Seite abgebildeten Arbeiten von Johannes mit dem Computer erstellt worden. Doch wer Günther Johannes kennt, weiß, daß der Künstler immer weiter an sich – und an dem Umgang mit dem Computer arbeitet. Wer sich weitere Bilder von Günther Johannes ansehen möchte, findet sie im Internet unter www.geocities.com/johaltiner.
Silke Osman

Er ist ein Meister des Floretts

Münchner Literaturhaus würdigt Kritiker Joachim Kaiser mit einer Ausstellung

Was hat denn der Kaiser geschrieben? – Theaterleute, Literaten und Musiker gleichermaßen wollten (und wollen) zuerst einmal wissen, wenn es um die Sichtung von Kritiken ging, was Joachim Kaiser in der *Süddeutschen Zeitung* geschrieben hatte. Das hatte Autorität, das hatte Gewicht. Vielleicht gab es dann auch so manchen Musiker, der wünschte, Kaiser möge doch mehr über das Theater schreiben, und so manchen Schauspieler, der den Kritiker eher in die Konzertsäle verbannt sehen wollte. Viele fürchteten ihn und sein Urteil, doch es war gerecht und keineswegs mit dem Holzhammer vorgetragen.

Joachim Kaiser ist ein Meister des Floretts, nicht des Schwertes. Selbst sein „Kontrahent" in Sachen Kritik, Marcel Reich-Ranicki, konnte nicht umhin, Kaiser zu würdigen. Bei der Verleihung des Ludwig-Börne-Preises 1993 betonte er, Kaiser sei „ein Sachwalter der Vernunft und Toleranz, ein leidenschaftlicher und heiterer Aufklärer im Reich der Kunst". Er sei „der einzige deutschsprachige Kritiker von Rang und Format, der gleichermaßen unterhaltsam und belehrend, geistreich und urteilssicher über Musik, Literatur und Theater zu schreiben vermag".

Geboren wurde Joachim Kaiser 1928 im ostpreußischen Milken, Kreis Lötzen, wo sein Vater als Arzt wirkte. 1933 zog die Familie nach Tilsit. Immer aber begleitete sie die Musik, schließlich wäre der Vater gern Geiger geworden. Joachim begeisterte als junger Mann nach dem Krieg seine Mitschüler an einem Hamburger Gymnasium mit seinem Klavierspiel, daran erinnerte sich ein ehemaliger Klassenkamerad und späterer Kollege im Feuilleton der *Süddeutschen*. Aber auch an gemeinsame Theaterbesuche und -aufführungen. Literatur oder Musik? Joachim Kaiser entschied sich für beides und entwickelte eine wahre Meisterschaft, „alles in Geschriebenes zu verwandeln", wie Joachim Fest es in der Laudatio zu Kaisers 60. Geburtstag formulierte. Er stecke „voller unermüdlicher kritischer Ausdruckslaune ..., als sei die Welt dazu da, in einer Rezension zu enden. Er hat von früh an einen überaus persönlichen, ganz unverwechselbaren Ton gefunden", so Fest. „Stets konnte und kann man seine Artikel schon an der Überschrift erkennen, an den aus Subjektivität, Leichtigkeit und Treffsicherheit hergestellten Wortverbindungen. Er hat alles gelesen und nahezu alles schon einmal gesehen oder gehört. Doch ist ihm dies nie zum Ballast geworden. Der Impulsivität seines Urteils, seiner Lust zur Bewunderung und am Überschwang, hat es nicht anhaben können." Und so gehört Joachim Kaiser tatsächlich wohl zu einer aussterbenden Spezies. Kein Wunder also, wenn eine Ausstellung zu Ehren des 75jährigen den Titel trägt: „Ich bin der letzte Mohikaner", zu sehen noch bis zum 22. Februar im Münchner Literaturhaus am Salvatorplatz. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht der bisher unveröffentlichte Briefwechsel Kaisers mit „den Dichtern, Richtern und Verlegern seiner Generation". Manuskripte und Fotos, auch Reclamhefte der Theaterstücke, die Kaiser rezensierte, sind zu sehen. Das Privatleben jedoch ist meist ausgespart, so sind nur einige Fotos aus der Schulzeit, des Elternhauses in Milken und das Musikhausbuch der Familie zu entdecken. Was zählt ist Joachim Kaiser, der Kritiker aus Leidenschaft, der Mann des Wortes, der Zwischentöne. Gäbe es doch mehr!
SiS



Joachim Kaiser: *Ein Mann des Wortes*
Foto: Harenberg Verlag

Ein Fenster zur Welt

Lebensleitsprüche gesammelt



Die Deutschen ein Volk von Klageweibern? Ein Volk von Pessimisten? Vielen kann es in der Tat nicht schnell genug gehen mit dem Wohlstand. Sie sind geprägt von materiellen Werten, nehmen Gesundheit, Glück in der Familie als selbstverständlich hin. Andere jedoch wissen ein Lied davon zu singen, was es heißt, gerade die Gesundheit einzubüßen. Die 59jährige Barbara Sixt zum Beispiel; sie leidet seit zwei Jahrzehnten an Multipler Sklerose, einer bis jetzt noch nicht heilbaren Erkrankung des zentralen Nervensystems. Die Frau ist seit langen Jahren an den Rollstuhl gefesselt und so in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Oft hat sie herbe Rückschläge erleben müssen, und doch gibt sie nicht auf. Ihre positive Einstellung zum Leben, ihre Kraft, das Schicksal zu meistern, das ihr auferlegt wurde, strahlt auf andere über. So jedenfalls auf Florian Langenscheidt, Autor und Herausgeber vieler Bücher. Ihn hatte Barbara Sixt angeschrieben und ihm von ihrer umfangreichen Sammlung mit Lebensleitsprüchen prominenter Zeitgenossen berichtet. Langenscheidt suchte die Frau auf und war fasziniert. „Woher nahm sie die Kraft, woher die Inspiration? Durch die Lebensleitsprüche großer Persönlichkeiten?" Leitz-Ordner um Leitz-Ordner war gefüllt mit diesen Schätzen, die Barbara Sixt im Laufe der Jahre zusammengetragen hatte. „Ob nun Heinz Rühmann oder Sir Yehudi Menuhin, jeder gab Frau Sixt geistigen Proviant für ihr eingeschränktes Leben, öffnete ein Fenster zur Welt", staunte Langenscheidt. Gemeinsam machte man sich nun daran, noch mehr Prominente zu bitten, doch ihr Lebensmotto zu verraten, damit daraus ein Buch entstünde. Sportler und Politiker, Schauspieler und Sänger, Maler und Modeschöpfer, alle haben sie geantwortet und dazu beigetragen, daß dieses Buch nun vorliegt: **Motto meines Lebens** (Heyne Verlag, München. 150 Seiten, geb., 10 Euro). Eine Fundgrube für alle, die optimistisch ins Leben blicken.
os



Diffamierende Greuelgeschichten: *Die Niederschlagung des Herero-Aufstandes durch die Kaiserliche Schutztruppe jährt sich 2004 zum 100. Mal. Von vielen Seiten wird das deutsche Vorgehen als Völkermord bezeichnet und dem Militär werden zahlreiche Greueltaten angehängt. So sollen, will man dieser Zeichnung glauben schenken, deutsche Soldaten angeblich Schädel von getöteten Herero für Forschungszwecke gesammelt haben.* Foto: Archiv

Deutsche Sprache durch Reform weiter geschwächt

Betr.: „Rechtschreibreform – Zurück zum Duden 91"

Ich möchte mich heute einmal bei der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* dafür bedanken, daß sie sich von Anfang an (damals noch als *Ostpreußenblatt*) der Umgestaltung (besser: Verunstaltung) der deutschen Rechtschreibung widersetzt hat. Diese Reform weist in sprachwissenschaftlicher Hinsicht unzählige Fehler auf, und es ist ein Skandal, daß ausgerechnet die Kultusminister, die sich doch der Erhaltung der deutschen Kultur in besonderer Weise verpflichtet fühlen müßten, ein solches Machwerk unterstützt und überhaupt erst ermöglicht haben. Als Folge dieser ebenso unnötigen wie dümmlichen Reform wird nun unsere Muttersprache, für die es durch sprachpolitische Versäumnisse (keine Gleichstellung des Deutschen in der EU mit Englisch und Französisch trotz größerer Verbreitung) sowie durch einen Mangel an Pflege (Duldung der Anglizismenschwemme) ohnehin nicht zum besten steht, noch weiter geschwächt.

Schade übrigens, daß die Deutschen nicht mit einer ganz einfachen Maßnahme die Rücknahme der Rechtschreibreform erzwungen haben: Hätte nur ein Drittel der Abonnenten damals aus Protest ihre Tageszeitung gekündigt (Ich habe es getan!). Nach wenigen Monaten wäre der unerfreuliche Spuk zu Ende gewesen.

Gunther Hotz, Birkenau

Greueltaten immer unentschuldbar

Betr.: „Schuldstolz statt historische Wahrheit" (Folge 1 und 2)

Ich kann es nicht mehr hören! Immer wieder versuchen die gleichen Leute, ein Verbrechen durch ein anderes zu begründen oder zu behaupten, wenn es A (Hitler) nicht gegeben hätte, wäre auch B (Verbrechen der Alliierten) nicht möglich gewesen. Wenn es nicht irgendwann Adam und Eva beziehungsweise die ersten Schon-Menschen gegeben hätten, sähe es heute auf unserer Erde sicher ganz anders aus.

Niemand hat die Briten gezwungen, Dresden und Potsdam zu bombardieren, niemand hat ihre Wissenschaftler gezwungen, Bombenabwurftechniken zu entwickeln, die zum Ziel hatten, möglichst viele Zivilisten in einem Flammenmeer verbrennen zu lassen. Niemand hat wen auch immer gezwungen, wehrlosen Menschen, Babies, Kindern, Frauen, Männern, Greisinnen und Greisen Gewalt anzutun. Unzählige an Deutschen begangene Greueltaten sind unentschuldbar wie auch die von Deutschen begangenen Greueltaten unentschuldbar sind. Alle sind unentschuldbar!

Simon Moog, Duisburg

Potential nutzen

Betr.: „Zeugnis unreifer Führung" (Folge 2)

Unglaublich wie stark das Echo auf die Initiative „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann" war. Welche Konsequenzen soll man daraus ziehen? So ein Potential will genutzt werden. Daher schlage ich vor: Aus der Initiative des Fritz Schenk wird die „Frische-Aktion". Diese bereitet die Gründung des Vereins „Kritische Union" vor. Der Sitz des Vereins ist Berlin. Sein Zweck ist die Pflege der Meinungsfreiheit und die der persönlichen Verantwortung.

Hans Bogon, Kahl

Diffamierungen erinnern an Wehrmachtsausstellung

Betr.: Herero (Folge 3)

Was im Wochenrückblick so überzogen klingt, daß man es schon lustig findet, wird gerade in diesen Tagen gar nicht so lustige Wirklichkeit: Die Diffamierung der deutschen Schutztruppe im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika.

Die 100. Wiederkehr der „Schlacht" am Waterberg 2004 wirft schon seit langem ihre Schatten voraus. Seit 2002 erscheinen regelmäßig Aufsätze in den Zeitungen – auch in denen, die bisher als seriös galten – die die Völkermordthese an den Hereros systematisch verbreiten. Mit der Beherrschung des kleinen Einmaleins der Propaganda wird dem Leser von immer denselben sogenannten Historikern, oftmals mit marxistischer Vergangenheit, eingetrichtert, welche Greueltaten die Schutztruppen an den Hereros und sogar an deren Frauen und Kindern begangen haben sollen. Da wird mit Ausrottungszahlen nur so um sich geworfen, obwohl gar keine genauen Zahlen über die nomadisierende Vorkriegsbevölkerung und Kriegsopfer vorliegen. Es gibt nur verschiedene Schätzungen, die zum Teil auf Zählungen der Missionsstationen beruhen, die aber sämtlich viel niedriger sind. Daß der Aufstand der Hereros mit militärischer Gewalt niedergeschlagen wurde, ist unstrittig, daß es dabei zu erheblichen Opfern kam, ebenfalls. Nur daraus die These vom Völkermord und Genozid zu leiten, ist unwissenschaftlich und unwahr. Es war ein damals normaler Kolonialkrieg! Und die von den Hereros zuvor ermordeten und versklavten Damaras zählt heute niemand!

Das alles hindert auch die ev.-luth. Kirche nicht, die Völkermord-These zu vertreten und die „Notwendigkeit eines Schuldbekenntnisses" als „Voraussetzung für Versöhnung" zu fordern. Dazu paßt auch die für Februar in Köln geplante Interdisziplinäre Ausstellung des Rautenstrauch-Joest-Museums für Völkerkunde, Köln, mit dem Titel „Namibia – Deutschland, eine geteilte Geschichte – Kolonialkrieg – Völkermord – Erinnerungen". Die Schutztruppe wird in dieser Ausstellung Opfer einer beispiellosen Propagandaschlacht. Mit angeblichen Fotos aus der Kolonialzeit, die sich zum Teil schon beim näheren Betrachten als Zeichnungen entpuppen, will man die Greueltaten der deutschen Schutztruppe belegen wie „Kisten mit Hereroschädeln verpackt für Berlin zu Vermessungszwecken", „zwangsarbeitende Hererofrauen in deutscher Gefangenschaft". Und die im Land errichteten Sammellager – teils von den Missionsstationen – werden dann pauschal Konzentrationslager genannt. Wenn man dann aus dem Aufsatz von Jürgen Zimmerer in der *FAZ* vom November 2002 zitiert, „der genozidale Krieg von 1904–1908 sei der erste von Deutschen verübte Völkermord gewesen, der darüber hinaus einen wichtigen Schritt hin zum nationalsozialistischen Vernichtungskrieg darstellte ...", dann merkt man schon, wohin man mit dem Begriff Konzentrationslager geführt werden soll. Diese Ausstellung, die nach Köln auch in Windhoek und Berlin gezeigt werden soll, scheint sich fatal an die Reemtsma-Wehrmachtsausstellung anzulehnen.

Da bleibt nur die Frage: Wer schützt die deutsche Schutztruppe vor diesen haßerfüllten Angriffen und Diffamierungen?

Ulla Schroeder, Großhansdorf

Ehrendes Gedenken

Betr.: „Finish her off with torpedos"" (Folge 51/52)

Zum 60. Jahrestag der Versenkung des Schlachtschiffs „Scharnhorst" am zweiten Weihnachtstag 1943 ist in der *PAZ* ein Bericht über das Seegefecht im Eismeer erschienen. Er gibt das tragische Geschehen nach der Literatur überwiegend zutreffend wieder, wenn auch einige Angaben und Bewertungen fehlerbeziehungsweise laienhaft sind.

Als Teilnehmer an diesem letzten großen Flotteneinsatz hätte ich mir ein ehrendes Gedenken an meine (Crew-)Kameraden aus der Feder eines kundigen Beteiligten gewünscht. Aber im Gegensatz zu manchen Marinepublikationen ist die *PAZ* für das Erinnern an den Tod von fast 2.000 Seeleuten zu loben.

Friedrich Borchert, Stade

Es ist eine Selbstverständlichkeit

Betr.: „„Blonde haben mir nichts zu sagen"" (Folge 1)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß man sich als Ausländer an die Gesetze des Gastlandes hält! Sollte Herr Mutlu bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, was ich auf Grund seiner Mitgliedschaft zum Berliner Abgeordnetenhaus vermute, hätte er um so mehr Grund, sich an die Gesetze seines neuen „Heimatlandes" zu halten.

Wenn Herr Mutlu meint, daß er das nicht nötig hat, empfehle ich ihm, in die Türkei zurückzukehren. Dort geht man bei einem Benehmen, wie er es an den Tag gelegt hat, sehr viel schneller zur Tagesordnung über.

Theodor Preuss, Immenstaad



Schon surreal: *So manche Berliner Innenhöfe sind dringend sanierungsbedürftig, doch es fehlen Geld und Investoren.* Foto: bavaria.com

Finanznot nicht nur selbstverschuldet

Betr.: „Rufer in der Mahnmal-Wüste" (Folge 4)

Berlin braucht viele Rufer, denn der finanzielle Sumpf ist viel zu tief. Aus ihm kann sich die Stadt nicht alleine retten.

Wenn der Bund erklärt, daß in Berlin keine Notlage herrsche, ist das eine unverschämte Frechheit. Dies auch darum, weil die Regierungen Kohl und Schröder diese Notlage mit herbeigeführt haben. Und daß das lange abgeschnittene Berlin Industrie verloren und die Verwaltung aufgebläht hat, ist nur zum Teil Selbstverschulden.

Wir Berliner wissen, daß die Begeisterung für den Umzug nach Berlin gering war und sehr viele Politiker viel lieber im beschaulichen Bonn geblieben wären. Nur die PDS hat einmal etwas Gutes getan und mit ihren Stimmen für den Umzug die alte Hauptstadt wieder an ihren Platz gesetzt.

Man darf wohl vermuten, daß die Aversionen gegen die Hauptstadt fortleben, auch wenn ehemalige Berlin-Gegner wie der Bundespräsident sich inzwischen in der Hauptstadt wohlzufühlen scheinen. Gerade hat Präsident Rau unsere islamischen Zuwanderer erfreut, in dem er sich schon zum zweiten Mal gegen das Verbot des Kopftuchs wandte. Er hätte sich besser für die Belange der deutschen Hauptstadt eingesetzt, und das gestern, heute und morgen.

Dr. Hansjörg Kandolf, Berlin-Wilmersdorf

Wir brauchen keine moralische Nachhilfe

Betr.: „Deutsche Fragen" (Folge 1)

In Ihrer Neujahrsausgabe erinnert Herr v. Gottberg an die im Dezember 2003 „einstimmig" verabschiedete Resolution des Bundestages, „mit welcher zum Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung aufgerufen wurde".

Eine Nachforschung hat ergeben, daß während der Debatte mindestens 540 Stühle von Bundestagsabgeordneten, denen die Teilnahme an dieser Beschlußfassung keineswegs ein Anliegen gewesen ist, frei geblieben sind. Während der rund zweistündigen Veranstaltung waren im Schnitt nur 60 der insgesamt 603 Bundestagsabgeordneten anwesend. Der Hinweis auf „Einstimmigkeit" ist also nicht sehr eindrucksvoll.

Vielleicht haben die fehlenden 90 Prozent aller Abgeordneten erkannt, daß feierliche Erklärungen dieser Art höchst problematisch sind. Auch wenn selbstverständlich Antisemitismus zu verurteilen ist, geht es nicht an, daß die von uns in freien Wahlen gewählten Abgeordneten durch solche Deklamationen der ganzen Welt immer wieder vorspiegeln, das deutsche Volk sei antisemitisch und bedürfe permanent durch die von ihm selbst gewählten Abgeordneten von Zeit zu Zeit einer moralischen Nachhilfe. Wir wählen unsere Bundestagsabgeordneten, damit sie im Auftrag des Volkes ihre Arbeit machen und nicht damit sie als Erziehungsberechtigte ihrer eigenen Wähler auftreten. In Deutschland passieren weit weniger antisemitische Ausschreitungen als in anderen Ländern. Außerdem ist ein Teil solcher zu verurteilenden Aktivitäten in unserem Land nicht auf Deutsche, sondern auf solche zugewanderten Täter zurückzuführen, deren problemlose Einreise nach Deutschland seit Jahrzehnten ein besonderes Anliegen des selben Bundestages ist. Der „Fall Hohmann" war nicht geeignet, eine solche Debatte auszulösen, seine Rede bewegte sich zwar auf „vermintem Gelände", antisemitisch war sie nicht. Nochmals: Wir sind mündige Bürger und brauchen keine „Oberpriester".

Dr. Wolfgang Philipp, Mannheim

Heimatvertriebene müssen klagen

Betr.: „Teuer, aber gerecht" (Folge 5)

Eine ähnliche Klage wäre jetzt bestimmt von der Seite der ostdeutschen Heimatvertriebenen zu erwarten. Hier hat sich die Deutsche Bundesregierung ebenfalls gegen die internationale Gesetzgebung vergangen. Die Anerkennung der Annexionen Ostdeutschlands durch Rußland und Polen wären nur dann juristisch statthaft gewesen, wenn die Heimatvertriebenen als die davon selbst Betroffenen für diese Annexionen gestimmt hätten. Wie wir aber wissen, haben diese Abstimmungen nie stattgefunden.

Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Litauen fälscht Memels Geschichte

Die Geschichtspolitik der Baltenrepublik ist eines EU-Mitgliedes unwürdig / Von Beate Szillis-Kappelhoff

„Wir sind ein Volk, ein Land, ein Litauen" lautet die Inschrift von Memels letztes Jahr eingeweihtem Triumphbogen. „Ein Volk, ein Land" mag ja noch angehen, aber was hat Litauen mit Memel zu tun, das einen solch überdimensionierten Triumphbogen rechtfertigt? Die Jahre der NS- und der russischen Herrschaft einmal großzügig mitgezählt, gehört die Stadt doch erst 80 Jahre lang zur Republik Litauen.

Unter den Worten steht eingemeißelt eine Unterschrift: „E. Simonaityte". Das erschließt vieles, denn die Schriftstellerin Ieva Simonaityte (1897–1978) ist so etwas wie eine Nationalheilige, die ihre Sozialisation zwischen den Weltkriegen erfahren hat und sich der sogenannten „klein-litauischen" Bewegung angeschlossen hatte. Diese Bewegung entstand als Gegenbewegung zur Bismarck'schen Minderheitenpolitik und war ein Protest gegen die Germanisierung der baltischen Ethnien im nördlichen Ostpreußen. Eine analoge Bewegung gab es bei den slawischen Ethnien im südlichen masurischen Teil.

Litauens Nationalisten erheben selbst auf Königsberg Anspruch

Es ist nicht zu leugnen, daß ab dem 15. Jahrhundert viele Litauer in Ostpreußen siedelten, weil sie vor der polnisch-litauischen Adelsherrschaft in das mildere Recht des Deutschen Ordens und später aus dem zaristischen Rußland in den geschützteren Raum Preußens flohen. Vor diesem Hintergrund konstruierte die „klein-litauische" Protestbewegung aus dem Namen „Preußisch-Litauen" den ahistorischen Begriff „Klein-Litauen" und eine Zugehörigkeit zu dem nicht existenten „Groß-Litauen". Bei der ländlichen Bevölkerung fanden diese sogenannten Kleinlitauer allerdings wenig Zuspruch. Die Menschen wußten zwar, daß etliche ihrer Vorfahren Litauer waren, doch fühlten sie sich in erster Linie als loyale preußische Staatsbürger. Sie waren im Gegensatz zu den Litauern jenseits der Grenze protestantisch und der deutlich niedrigere, ja primitive Lebensstandard in Russisch-Litauen konnte kaum jemanden verlocken, die Seiten zu wechseln. Lediglich die kulturellen Veranstaltungen und die in Tilsit erscheinenden Zeitungen in litauischer Sprache fanden Zuspruch. Einige Führer dieser Bewegung optierten nach dem Ersten Weltkrieg für Litauen, ließen sich jedoch vom Deutschen Reich repatriieren, als Litauen unter Stalins Herrschaft kam. Hervorgehoben sei hier der preußische Pfarrer Wilhelm Gaigalat (1870–1945), der es besonders gut verstand, sein Fähnlein in den politischen Wind zu hängen. Die Nachkommen dieser „Kleinlitauer" leben heute in den USA und in Kanada und finanzieren sehr spendable Projekte, die die Existenz „Klein-Litauens" beweisen sollen.

Doch das Memelland reicht ihnen nicht. So hoffen sie, langfristig auch das Königsberger Gebiet für die Republik Litauen gewinnen zu können. Auch hierfür wird Geschichte umgeschrieben. Weil die litauische Sprache schon während der polnisch-litauischen Zeit praktisch nur noch von der Unterschicht gesprochen wurde und auszusterben drohte, wurde in Königsberg mit Hilfe der damals noch nicht ganz ausgestorbenen prußischen Sprache die litauische Schriftsprache entwickelt und wurden die ersten litauischen Bücher gedruckt, was dieser Sprache wieder auf die Beine half. Der „Kleinlitauische Rat" (Lithuanian Minor) legt diese Fakten nun derart aus, daß Königsberg eine urlitauische Stadt sei, die nur zwischenzeitlich von Deutschen okkupiert worden sei. Folglich zeigen etliche litauische Landkarten eine Grenzziehung, die das Königsberger Gebiet als litauisches Gebiet ausweist. Als Beispiel sei hier Nijole Strakauskaites vor drei Jahren erschienenes Buch „Kursiu Nerija" genannt, das auf der Titelseite die Kurenkahn-Wimpel rund um das Kurische Haff zeigt, wobei großräumig der russisch verwaltete Teil Ostpreußens bis zur Grenze mit der Republik Polen einbezogen wird.

Während Literatur und Karten der litauischen Archäologen und Linguisten die Geschichte Ostpreußens einschließlich des Memellandes korrekt wiedergeben, bieten etliche litauische Historiker nur als haarsträubend zu bezeichnende Verfälschungen an. Als gutes Beispiel mag der litauische Geschichtsatlas für Schulen dienen (Lietuvos istorijos atlasas, Briedis Verlag, Vilnius). Auf ein und derselben Seite zeigt eine obere Karte vom 13. Jahrhundert die Lage aller baltischen Stämme in nicht zu beanstandender Weise, wobei Litauen als kleines Gebiet weit im Binnenland in kräftig grüner Farbe hervorgehoben ist. Direkt darunter erscheint auf einer zweiten Karte vom 13. Jahrhundert jedoch unvermittelt ein Großlitauen, das Samogitien und die kurischen Gebiete sowie weite Teile Nord-Ostpreußens einschließt. Und genau in dieses aufgeblähte Dunkelgrün stechen nun die blauen Pfeile der Attacken des Deutschen und Livländischen Ordens. Weder Vykintas noch Trenotia finden Erwähnung, allein Litauen wurde angegriffen und allein Mindaugas hat die Angriffe abgewehrt. Eine Deutung, die heutige Litauer szemaitischer Abstammung schwer verstört. Sie fühlen sich von den Hochlitauern mehr als herablassend behandelt. Daß das nördliche Ostpreußen, das Stammgebiet der prussischen Nadrauer, auch Mindaugas zugerechnet wird, beweise eine angebliche Urkunde über eine Schenkung Mindaugas an den Livländischen Orden, die zwar unauffindbar ist, aber über die in der Livländischen Reimchronik geschrieben wird. Selbst wenn diese Schenkung tatsächlich stattgefunden hat, hat Mindaugas etwas verschenkt, was ihm gar nicht gehörte. Und selbst wenn Nadrauen ihm gehört hätte, so weiß schon der Volksmund, daß geschenkt geschenkt ist. Bei weiterer Durchsicht dieses Geschichtsatlasses wundert es dann auch nicht mehr, daß die Karten vom 19. und 20. Jahrhundert ebenso die Geschichte verfälscht darstellen. So lernen litauische Schüler litauische Geschichte.



Das Kleinlitauische Museum: *Nicht nur in Museen wie diesem, sondern auch in Schulbüchern und Tourismusprospekten werden die Fakten verdreht.*

Und auf diese Weise indoktriniert werden sie Ostpreußen und das dazugehörige Memelland als kurzfristig von Deutschen annektierten Teil Großlitauens betrachten und glauben in folgerichtiger Konsequenz Ansprüche auf das Königsberger Gebiet, und wer weiß, vielleicht auch noch auf Weißrußland und die Ukraine erheben zu können, sobald Mütterchen Rußland zu schwächeln beginnt.

Die Museen Memels sind nicht besser. Das „Kleinlitauische Museum" (Mazosios Lietuvos istorijos muziejus), in der Ausstellung selbst mehr um Seriosität bemüht, hält es eher mit Verschleierungstaktik. Bis zum Ersten Weltkrieg zeigt es die Geschichte des Memellandes recht korrekt, wird dann aber für die Jahre 1919 bis 1923 merkwürdig schwammig. Die Annexion 1923 wird so kommentiert, daß „beide Teile Litauens" sich wieder „natürlich" vereinigen wollten. Daß die von den Siegermächten geforderten und von Litauen zugesagten Volksabstimmungen systematisch verhindert wurden, wird ebenso unterschlagen wie die Tatsache, daß in den gewählten Gremien des Memellandes nie mehr als fünf litauische unter 29 Abgeordneten saßen und daß die Rechte der Memelländer stark beschnitten wurden. Die von Ribbentrop, wenn auch nicht ohne erheblichen Druck des Deutschen Reiches, vertraglich erreichte Angliederung des Memellandes an das Reich im Jahr 1939 wird als Nazi-Okkupation dargestellt. Statt der reichlich vorhandenen Bilder jubelnder Memelländer wird ein Foto weinender „Kleinlitauer" gezeigt. Man bedenke hier noch einmal die zahlenmäßig geringe Stärke der „Kleinlitauer" im Verhältnis zu den Deutschgesinnten: Von mehr als 150.000 Bewohnern optierten gerade einmal 585 Personen für Litauen (Arune Arbushauskaite, Litauens Optanten 1939, Memel 2001).

Deutscher Herkunft sind scheinbar nur Kasernen und Forts

Weit entfernt von Seriosität ist der im Informations-Büro ausliegende Prospekt. Hier wird die Ostseeküste vor 12.000 Jahren von Balten bewohnt, dann wird plötzlich die Memelburg vom Livländischen Orden gegründet, aber hinsichtlich des Namens der nun entstandenen deutsche Stadt gibt es keine Informationen. Das Gebiet ringsum wird als von Litauern bewohnt dargestellt und „Klein-Litauen" genannt. Wieder ein Gedankensprung, und 90 Prozent der Bevölkerung werden nach Deutschland und Sibirien „evakuiert".

Das sehr schön eingerichtete Schmiede-Museum zeigt vorwiegend Grabkreuze und -einfassungen, die von zerstörten memelländischen Friedhöfen eingesammelt wurden. Dies ist an sich löblich, denn auch gegenwärtig machen sich noch Friedhofsräuber über „Altmetall" her und veranstalten Schießübungen auf Grabsteine mit deutschen Namen. So wenigstens blieb ein Teil der Kulturgeschichte erhalten. Nur sehr zurückhaltend finden sich Hinweise auf die systematische Zerstörung und Einebnung deutscher Friedhöfe.

Das Uhrenmuseum ist das „einzige in Litauen" und zeigt in einer „englischen Kaufmannsvilla aus dem 19. Jahrhundert" sehr schöne Uhren, ohne daß man etwas über ihre Herkunft erführe. Überhaupt finden sich an etlichen historischen Gebäuden Bronzetafeln, die auf ein „litauisches Architektur-Denkmal des 19. Jahrhundert" hinweisen, während Kasernen und militärische Anlagen als „deutsch" deklariert werden und die Ausstellungen dort mit deutschen Militärmärschen beschallt werden. Da nahezu systematisch der Anschein vermieden werden soll, es habe sich bei Memel um eine über Jahrhunderte deutsche Stadt gehandelt, verwundert die Aussage eines Prospekts, der auf die „westliche Architektur Klaipedas" verweist, die so ganz anders sei als in den übrigen litauischen Städten. Ja, wie mag sie dort nur entstanden sein?

Studieren wir Prospekte, die von Tourismus-Agenturen herausgegeben werden wie beispielsweise „Exploring Klaipeda 2003", wird die Geschichte des Memellandes geradezu schamlos verfälscht. Auch hier wird der Name „Memel" konsequent ausgeblendet. Hier wird die „Stadt Klaipeda" 1252 gegründet. Einige Absätze weiter folgt die Information, daß der Name erstmals 1418 erwähnt wird. Nach der Stadtgründung reitet man im Schweinsgalopp durch 600 Jahre Geschichte, in der die Stadt in scheinbar schneller Abfolge von Szemaiten besetzt und dann ein Teil Preußens wird, dann einer Schwedens, dann wieder Preußens, dann Rußlands. Es entsteht der Eindruck, die deutschen Epochen seien nur kurze Episoden gewesen, bis die Stadt im 18. Jahrhundert nur noch aus Forts und Kasernen bestand. Doch unvermittelt wird man konkret: „1871–1919 gehörte die Stadt Kaiserdeutschland an. Zu der Zeit hat man sich bemüht, Klaipeda zu verdeutschen, man stoß aber auf ein Widerstand der Litauer." Dieses Zitat ist ein Beispiel für eine noch relativ gute deutsche Übersetzung. Auffallend ist, daß in allen erhältlichen Prospekten die Absätze in Deutsch miserabel und teilweise sinnentstellend übersetzt sind, obwohl in der Region viele Menschen leben, die hervorragend deutsch sprechen. Angesichts der Tatsache, daß der überwiegende Teil der Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland kommt, drängt sich die Frage auf, ob das absichtlich geschieht und ob darin Geringschätzung ihren Ausdruck findet.

Eine derartige Geringschätzung wäre um so bemerkenswerter, als Litauen inzwischen erkannt hat, daß es im Gegensatz zu seinen baltischen Nachbarländern den Tourismus als Einnahmequelle bisher stark vernachlässigt hat. Oder steht dahinter die Erkenntnis, daß man den Deutschen – auch als Touristen – fast alles zumuten kann? ■

Mindaugas' Großreich

Das Standardargument der litauischen Nationalisten

Befaßt man sich mit der Geschichte Litauens, so muß man feststellen, daß es nur die kürzeste Zeit ein eigenständiger Staat gewesen ist, was wohl zu dem heute zu beobachtenden überkompensierten Minderwertigkeitskomplex beiträgt. Das ostbaltische Litauen war um das Jahr 1200 ein kleines Gebiet östlich von Kaunas zwischen den Flüssen Memel (Nemunas/Njemen) und Beresina, also ein Binnenland. Fürst Mindaugas (1236–1263) eroberte weite Gebiete in südlicher Richtung bis ans Schwarze Meer und machte Litauen zu „Groß-Litauen". Auf dem heutigen Territorium der Republik Litauen lebten an der Küste und am Memelfluß die westbaltischen Kuren und Schalauer, während auf der Hochebene im Binnenland die ostbaltischen Samogiten/Szemaiten, die sogenannten Niederlitauer, wohnten, auch Zemaiten oder Schameiten genannt. Dies war ein sehr kämpferischer Stamm, der den Deutschen und Livländischen Orden viele handfeste Probleme bereitete und letztlich erfolgreich am Untergang des vereinigten Ordens beteiligt war. Dessen Fürst Vykintas fiel im Kampf gegen Mindaugas, der selbst verwundet überlebte. Vykintas Nachfolger Trenotia verfolgte wie sein Vorgänger eine andere Politik als Mindaugas, der Frieden mit dem Livländischen Orden schloß, sich taufen ließ, dann aber wieder heidnisch wurde, als die Zeiten dies günstiger erscheinen ließen.

Was hat Mindaugas' Großreich mit dem heutigen Litauen zu tun, mag man sich verwundert fragen. Für nationalgestimmte Litauer ist es die Quelle ihres gesamten Selbstbewußtseins und alles, was sie sich für ihre Zukunft erträumen, leiten sie aus der vermeintlichen Ausdehnung des Reiches Mindaugas' ab. Auch den Anspruch auf das Memelland und das Königsberger Gebiet leiten sie wie selbstverständlich hieraus ab. Die Stadt Memel steht voller Plakatwände, die an die Feiern zu Mindaugas' Krönungstag erinnern; auch der Triumphbogen hätte ursprünglich an diesem Tag eingeweiht werden sollen, was jedoch am Arbeitstempo der Bauarbeiter scheiterte. Und letztlich muß Mindaugas auch dafür herhalten, das schlechte Gewissen wegen der widerrechtlichen Annexion des Memellandes im Jahre 1923 und seiner Einverleibung nach dem Zweiten Weltkrieg zu beruhigen. **BSK**

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

zuerst heute etwas in eigener Sache. Sie haben sicherlich meine gereimte Laudatio auf unsere Silke Osman gelesen. Die war eigentlich nur als persönlicher Glückwunsch zu ihrem 30jährigen Redaktionsjubiläum im Kollegenkreis gedacht. Sie selber hatte sich als „Fossil“ bezeichnet, weil ihrer Meinung nach 30 Jahre Redaktionsarbeit beim *Ostpreußenblatt* doppelt zählten. Daraufhin hatte ich als „Urgestein“ geantwortet – als freie Mitarbeiterin bin ich ja seit Beginn dabei – und ihr ein echtes „Fossil“ überreicht, eine versteinerte Muschel aus der Sahara. Ich hatte nicht gedacht und schon gar nicht geplant, diese launigen Riemels zu veröffentlichen – nun war ich die Überraschte. Aber ich möchte bei dieser Klarstellung doch noch einmal betonen, wie glücklich wir sein können, daß wir „unsere Silke“ haben, die nicht nur die versierte Bewahrerin und Interpretin ostdeutscher Kultur ist, sondern auch jüngeren Schriftstellern die Möglichkeit bietet, ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Sie ist eben, wie ich betonte, „eine Brücke vom Gestern zum Heute“ und mir immer eine besonders liebe Kollegin gewesen und geblieben, mit der die Zusammenarbeit eine nie getrübte Freude war. Und das ist in der deutschen Zeitungslandschaft sehr selten! Deshalb hier noch einmal: Herzlichen Glückwunsch, liebe Silke Osman! Moak man wieder so!

Und wir machen auch weiter. Zuerst mit dem Wunsch von **Anneliese Schmidt** aus Köln. Sie hat bisher vergeblich versucht, Informationen über das Taubstummenheim in Tilsit zu bekommen. Vor allem ist sie an einer Namensliste der Heimbewohner interessiert, denn ihr Onkel **Franz** Schmidt müßte darauf auch verzeichnet sein. Da er bis zum bitteren Ende dort gewohnt hat, ist anzunehmen, daß er mit den anderen Bewohnern auf die Flucht gegangen ist. Wer kann Auskunft darüber geben, ob sie vertrieben wurden oder noch in der Heimat verblieben sind, was unter den Russen mit ihnen geschah? Franz Schmidt wurde 1916 in Damerau-Grünwalde, Kreis Stallupönen, als Sohn von **Heinrich** Schmidt und **Maria**, geb. **Rieck**, geboren. Er hatte noch vier Geschwister: **Frieda**, **Paul**, **Fritz** und **Ernst**. Seine Nichte wäre dankbar, wenn sie endlich Näheres über das Schicksal der taubstummen Heiminsassen, vor allem über das ihres Onkels, erfahren würde. (Anneliese Schmidt, Mülhauser Straße 5 in 50739 Köln, Telefon: (02 21) 17 51 08)

In jene grausame Zeit führt auch der Suchwunsch von **Helga Henschke** zurück, aber diesmal geht es um ein Kind, das in den Wirren der letzten Kriegstage verschwunden ist: um **Günther Koppetsch**, den Vetter von Frau Henschke. Es war Ende Januar 1945 bei Heiligenbeil. Bis dorthin war die Familie Koppetsch aus Großstamm, Kreis Sensburg, mit einem Treck des Freiherrn von **Paleske** geflohen. Alle Männer des Trecks wurden hier zum Volkssturm eingezogen, auch der Vater **Fritz Koppetsch**. Weil es hieß, daß es in der Stadt Brot gäbe, liefen einige Frauen über die Brücke des kleinen Flusses und konnten dann nicht mehr zurück, weil diese gesprengt wurde. So wurde die Mutter **Frieda** Koppetsch mit ihrer fünfjährigen Tochter **Ilse** von ihrem Stiefsohn **Günther** getrennt, den sie mit dem Gepäck auf der anderen Flußseite zurückgelassen hatte in der Annahme, daß der Volkssturmtrupp mit seinem Vater dort vorbeikommen würde. Aber Fritz Koppetsch wurde an jenem Tag schon durch einen Kopfschuß getötet, wie seine Frau erst sehr viel später erfuhr. Die Mutter erlebte mit ihrer kleinen Tochter noch eine furchtbare Zeit unter den Russen. Sie kehrte in das kleine Walddorf im Kreis Sensburg zurück. Später fand sie die älteste Tochter **Edith** wieder, die damals auf einer Fachschule im Nachbarkreis gewesen war und von dort flüchtete. Von Günther aber fehlt bis heute jede Spur. Augenzeugen berichteten nach Jahren, daß an jenem Tag eine Gruppe Kinder Richtung Osten getrieben wurde – war der zehnjährige Günther Koppetsch dabei? Der am 27. Mai 1934 Geborene war ein stilles, bescheidenes Kind. Die Familie hat bisher versucht, irgendeine Spur zu finden, aber auch Helga Henschke kam mit Mutter und Bruder erst 1958 im Rahmen der Familienzusammenführung aus Masuren in den Westen, wo ihr Vater mit der ältesten Tochter lebte. Leider war die Freude des Wiedersehens nur kurz: der Vater verunglückte vier Wochen später tödlich! Wie hat es diese Familie getroffen! Und immer noch bedrückt das ungewisse Schicksal des damals verlassenen Kindes die Angehörigen. Vielleicht kann die Ostpreußische Familie Licht in das Dunkel bringen – so hofft jedenfalls Helga Henschke, die übrigens in jedem Jahr mit Hilfsgütern in die Heimat fährt. (Helga Henschke, Auf der Leimenheeg 7 in 36396 Steinau a. d. Str.)

Suche!!! Daß **Cacilia Radschun** hinter dieses Wort gleich drei Ausrufungszeichen setzt, hat schon seine Berechtigung, denn sie sucht eine ganze Familie, nämlich „die Familie von mir“, wie die in den Niederlanden Lebende formuliert. Sie ist die Tochter von **Kurt** Radschun, * 24. Juli 1938 in Königsberg/Pr. Seine Eltern waren **Ernst** Radschun, * 1921 (?) in Allenstein, und **Elisabeth,** geb. **Rogal** * 1912/13 in Schippenbeil, Kreis Bartenstein. (Diese Daten sind in der E-Mail so angegeben!) Kurt Radschun hatte noch drei Geschwister: **Christel**, **Horst** und **Bruno**. „Vielleicht, daß jemand etwas weiß über meine Familie und weitere Angehörige von meinen Großeltern, ich würde mich sehr darüber freuen!“ schreibt Frau Radschun kurz und knapp. Ich hoffe, daß wir das in uns gesetzte Vertrauen erfüllen können. (Cacilia Radschun, Weezenhof 84-22 in 6536bv Nijmegen, Niederlande)

Sehr gefreut habe ich mich über ein Bild mit dem Motiv Neuhausen-Eichenkrug. Es handelt sich um das Foto eines Aquarells des Malers **Emil Stumpp**, das **Rainer Schuchardt** aus Hamburg auf einer Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg erwarb. Zunächst wußte Herr Schuchardt nichts über „Neuhausen-Eichenkrug“, bis er im Internet auf unsere Ostpreußische Familie stieß, und da fand er diesen Namen in einer Veröffentlichung vom März 2000. Ich liebte dieses östlich von Königsberg gelegene Ausflugslokal sehr, mit dem ich viele unbeschwerte Erinnerungen verband, und so sandte er mir ein Farbfoto zu. Da stieg es nun sichtbar aus der Vergangenheit auf, klar und bunt, zum Greifen nahe. Ich habe mich herzlich bei Herrn Schuchardt bedankt und ihm noch viel von meinem Kindheitsparadies erzählt.

Danke soll ich auch im Namen von **Eva-Renate Meyer** sagen, die das „Hausche rebengrün“ suchte. Da sie längere Zeit verreist war, fand sie einige Zusendungen mit dem Poem vor, aber sie hat das Gefühl, daß ihre Angehörigen nicht alle Antworten aufgehoben hatten. Deshalb an alle, bei denen sich Frau Meyer nicht persönlich bedanken kann, ein ganz großes Dankeschön!

Und **Ilse Bannick** hat das Rezept für die „Stintsupp“ erhalten, aufgeschrieben von **Carlotte Bast**, einer gebürtigen Ebenroderin, die als Kind diese Fischsuppe gegessen und – nicht gemocht hatte. Doch Frau Bannick lief schon beim Lesen das Wasser im Munde zusammen, obgleich auch sie als kleine Marjell nicht gerade von der Suppe begeistert gewesen war, aber ihr Vater hatte von seinem Lieblingsgericht immer behauptet: „Aufgewärmt schmeckt sie nochmal so gut!“

Und wieder wird ein Rezept gesucht, vielmehr ein Tipp: Es geht um die Herstellung von geräucherter Gänsebrust nach Art der „masurischen Landsleute“ – so formuliert **Lothar Trinoga** seinen Wunsch. Er hatte von seinen Eltern immer von dieser Köstlichkeit gehört, sie aber nie gegessen. Da ich glaube, daß hierbei spezielle Ratschläge wichtig sind – allgemeine kann ich ihm geben –, vor allem, was das Räuchern betrifft, reiche ich seine Frage weiter, bei der *mir* nun das Wasser im Mund zusammenläuft. Denn so eine echte ostpreußische Spickgans – das ist schon was! Nebenbei fällt mir da eine nette kleine Geschichte ein. Die Tochter unserer Nachbarfamilie in Königsberg heiratete auf ein Gut im Samland. Bei einem Besuch erzählte die gebürtige Italienerin lachend, wie sie sich blamiert hätte, als sie Gänsebrüste räuchern sollte. Sie hatte das Brustfleisch von beiden Seiten aufgerollt, weil sie meinte, es müßten doch naturgemäß zwei „Brüste“ sein, kein Busen! Vielleicht schmunzeln sie jetzt auch ein wenig und vertreiben damit das Wintergrau! Ach so, die Anschrift des Gänsebrustliebhabers: **Lothar Trinoga**, An der Gradhöhe 1 in 34393 Grebenstein.

Eine erneute, sehr interessante Zuschrift kam zu dem masurischen Lehrer und Schriftsteller **Otto Hoeppel**, über den wir bei der Suchfrage nach seinem Buch „Menschen in Masuren“ aufgrund einer Fehlinformation ein falsches Todesjahr angegeben hatten. Das korrigierte **Dr. Hans Willutzki** als genauer Kenner der Lebensgeschichte Hoeppels, und ich brachte seine Angabe über den Tod des ehemaligen Lycker Lehrers: verhungert im Februar 1947 in Pr. Eylau. Diese Veröffentlichung nahm **Günther Montkowski** zum Anlaß, uns eine aktuelle Zwischenbilanz über seine Recherchen zu dem berüchtigten Lager Nr. 7533 in der Infanterie-Kaserne Pr. Eylau zu übermitteln, über das er eine Dokumentation erstellt. Er schreibt, die Anregung in Worten und mit Skizzen eines ehemaligen Internierten, den Toten und Überlebenden ein würdiges Mahnmal auf dem Kasernengelände zu errichten, werde in die Tat umgesetzt werden. Der neue Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau habe ein intensives Gespräch mit dem betreffenden Landrat geführt. Herr Montkowski habe im November an einer Ortsbesichtigung im sonst gesperrten Außengelände der Kaserne unter Führung des Vertreters der Deutschen Kriegsgräberfürsorge im Königsberger Gebiet teilnehmen dürfen. Der Vertreter der russischen Gesellschaft „Memorial“ habe sich dazugesellt. Der sie begleitende Offizier der Garnison Pr. Eylau habe sich sehr aufgeschlossen gezeigt und volle Bewegungsfreiheit im Suchgebiet gewährt. Weiter schreibt Herr Montkowski: „Leider habe ich bisher trotz mehrfacher Anfragen beim Archiv des Russischen Verteidigungsministeriums keinen Zugang zu den Totenlisten des Lagers 7533 erhalten können. Daraus dürften sich auch die genauen Daten zum Tode des Lehrers Otto Hoeppel entnehmen lassen, wie auch die Daten von Tausenden anderer Opfer der Willkür nach Kriegsende.“ Diese Angaben werden viele Leser interessieren, vor allem die noch lebenden Insassen des Lagers und die Angehörigen der dort Verstorbenen oder Vermißten. Für Anfragen steht unser Informant gerne zur Verfügung: Günther Montkowski, Neustrelitzer Str. 53/1005 in 17033 Neubrandenburg, Telefon/Fax: 0395 / 3694302.

Eure

Ruth Geede



Neuhausen-Eichenkrug: *Aquarell des Malers Emil Stumpp* Foto: Schuchardt

NOTIERT

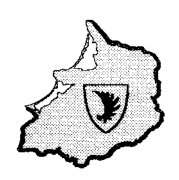
Das neu errichtete Denkmal der Zarin Elisabeth in Pillau war noch nicht eingeweiht und schon gab es wieder Streit um seine zukünftige Bestimmung. Obwohl das „Elisabethinische Fort“ noch nicht fertig gebaut ist, ist es bereits zu einem Ausflugsort für viele Königsberger geworden. In der Exklave geht man davon aus, daß künftig die Besichtigung des Denkmals für hochrangige Besucher aus Moskau auf dem Pflichtprogramm stehen und zu einer Attraktion für viele ausländische Touristen wird. Doch diese großen Ambitionen konnten das bisherige Tempo der Fertigstellungsarbeiten nicht beeinflussen, denn Probleme gab es schon genügend seit Beginn der Bauarbeiten. Nun ist der Vorschlag lautgeworden, im Sockel des Denkmals ein Restaurant zu eröffnen. Gemäß dem bisherigen Informationsstand war jedoch die Einrichtung eines Museums an dieser Stelle vorgesehen. Entsprechend demotiviert zeigte sich der Künstler, der das Denkmal schuf, Georgij Franguljan. In einem Interview erklärte er gegenüber der Zeitung *Iswestija*, er habe genug davon, gegen solche „Umtriebe“ anzukämpfen. Er hatte sich schon während der Bauphase über die vielen Pannen und Schlampereien der Organisatoren aufgeregt. Auch aus Pillau gab es die eine oder andere Mißbilligungsbekundung wegen des Vorhabens. So äußerte Wladimir Tjulkin vom Museum der Baltischen Flotte sein Mißfallen an dem neuen Vorschlag. Seiner Meinung nach wäre es nicht gut, wenn ausländische Touristen die westlichste Ecke seines Staates statt mit der Tochter Peters des Großen mit einer russischen Kneipe verbinden würden. Die Bewohner Pillaus kümmern sich derweil wenig um die ständigen Skandale um das Reiterdenkmal. **MRK**

Im Königsberger Gebiet nehmen die Erkrankungen an Hepatitis A zu. Die meisten Erkrankungen gibt es im Raum Königsberg sowie in den Kreisen Ragnit, Insterburg und Friedland. Als Ursache wird der Gebrauch verdorbenen Wassers vermutet. Das erklärte zumindest die zuständige Chefärztin für Hygiene Tatjana Grunitschewa auf einer Sitzung der Gebietsverwaltung, bei der es um Fragen der Wasserversorgung in Königsberg ging. Der Hauptübertragungsweg von Hepatitis A erfolge, so die Medizinerin, über das Trinkwasser. Von 26 Wasserproben in Königsberg hätten neun das Virus enthalten. Das liege daran, daß bei der öffentlichen Wasserversorgung das Wasser teilweise nicht richtig gereinigt werde. Schon im vergangenen Sommer hatte die Hygieneärztin deshalb angeordnet, in Schulen Wasser aus Flaschen verteilen zu lassen. Des weiteren hatte sie den Bewohnern die Empfehlung ausgesprochen, nur abgekochtes Wasser zu verwenden. Ebenso wurde die Bevölkerung aufgefordert sich impfen zu lassen. Insgesamt 8.500 Menschen folgten dieser Aufforderung. Die Kosten dafür beliefen sich auf drei Millionen Rubel (umgerechnet rund 83.000 Euro). Im vergangenen Jahr betrug die Zahl der registrierten Hepatitis-A-Erkrankten 1.266 Fälle, etwa ein Drittel darunter waren Kinder im Alter bis 14 Jahre. Im Vergleich zu 2002 sei die Zahl der Erkrankungen um das Zweieinhalbfache gestiegen. **MRK**

In Königsberg haben die ersten regionalen Meisterschaften im Computer-Tastaturen-Weitwurf stattgefunden. Sieger wurde der Student Sergej Poluektow, der mit einer Weite von 31,5 Metern den Moskauer Rekord um 12,5 Meter überbot. Computer-Tastaturen-Weitwurf ist eine Sportart aus Nordamerika, die über die russische Hauptstadt nun auch die Exklave erreicht hat.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BUND JUNGES OSTPREUSSEN



Vors.: Nanette Kaiser Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon 0 40 (41 40 08 24), Fax 0 40 (41 40 08 48), E-Mail: bjo @ostpreusseninfo.de

BJO-West – Sonntag, 22. Februar, der BJO wird mit einer „Elchgruppe" am Tulpensonntagszug in Viersen (bei Mönchengladbach) teilnehmen, um auf humorvolle Weise auf Ostpreußen und die jüngere Generation in der Landsmannschaft aufmerksam zu machen. Hierzu benötigen wir noch einige Teilnehmer. Wer Lust hat, melde sich bitte bei Jochen Zauner, Telefon (0 21 62) 5 82 17 oder Jochen.Zauner@ostpreussenportal.de.

BJO-Termin – Vom 13. bis 15. Fe-bruar 2004: Grundlagenseminar der Jugend in Bad Pyrmont: „Ostpreußische Aspekte". Es referieren: Hans Heckel (Redakteur), Heinz Bucholz (Autor), Therese Gollan (DV Bischofsburg), Dr. Rautenberg (Herder-Institut), Nanette Kaiser (BJO-Bundesvorsitzende) und andere. Anmeldungen (bis 40 Jahre): LO-Jugendreferat, Parkallee 84-86, 20144 Hamburg, knapstein@lm-ostpreussen.de, Fax: (0 40) 41 40 08 48.

BERLIN



Vors.: Hans-Joachim Wolf, Te- Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

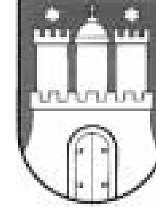
Sbd., 7. Februar, **Heilsberg, Rößel**, 16 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, nähe Breitenbachplatz, Filmvorführung „Ostpreußen im Jahr 1938". Anfragen Heilsberg an Benno Boese, Telefon 7 12 55 70, für Rößel an Ernst Michutta, Telefon (0 56 24) 66 00.

Sbd., 14. Februar, **Heilsberg, Rößel**, 17 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, Fasching, Kostümierung erwünscht. Anfragen Heilsberg an Benno Boese, Telefon 7 12 55 70, für Rößel an Ernst Michutta, Telefon (0 56 24) 66 00.

Sbd., 14. Februar, **Königsberg-Stadt, Samland, Labiau**, 14 Uhr, Treffen im Haus des Sports, Arcostraße 9–19, 10587 Berlin. Auskunft bei Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (0 30) 2 51 59 95.

Do., 19. Februar, **Angerburg, Darkehmen, Goldap**, 14.30 Uhr, „Amera", Leonorenstraße 96–98, 12247 Berlin, Wahl des Kreisbetreuers. Anfragen an Ilse Hirche, Telefon 4 04 86 90.

HAMBURG



Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 12. Februar, 13 Uhr (bis 13.15 Uhr), feierliche Enthüllung von Legendenschildern am Ende der Kantstraße, an der Wandsbeker Chaussee (Haspa), anläßlich des 200. Todestages Immanuel Kants. Alle Verehrer des großen deutschen Philosophen aus Königsberg sind herzlich eingeladen. – Sonntag, 15. Februar, 14 Uhr, Fahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn zur Theateraufführung „Die Reise nach Tilsit". Abfahrt: Kirchenallee am Hamburger-Hauptbahnhof mit dem Busunternehmen „Hamburger Sportreisen". Gegen 15 Uhr Kaffeetrinken, Rückfahrt 18.30 Uhr. Gesamtpreis 25 Euro einschließlich Kaffeegedeck. Anmeldungen bei Schatzmeisterin Bridszun, Telefon und Fax (0 40) 6 93 35 20. Die Fahrkosten bitte überweisen auf das Konto: Landsmannschaft Ostpreußen, Konto: 960 52 01, BLZ 200 10 020. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. – Jeden 1. Mittwoch im Monat, von 15 bis 17 Uhr, wird im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, der Raum Nr. 13 für Interessierte geöffnet sein.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 23. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Es wird Fasching gefeiert.

HEIMATGRUPPE

Gumbinnen – Sonnabend, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Vor dem Holstentor 2, U2-Messehallen. Fröhliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen. Es soll die ostpreußische Mundart gepflegt werden.

Heiligenbeil – Sonnabend, 28. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff, Am Gojenboom 30, zu erreichen mit der U3 bis Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom. Anmeldung bei Lm. K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

Insterburg – Sonntag, 15. Februar, 14 Uhr, Ausfahrt zur Dittchenbühne, Elmshorn. Abfahrt ab Hauptbahnhof, Kirchenallee, Kosten 25 Euro. – Freitag, 5. März, 14.30 Uhr, Frühlingsfest mit Gedichten und Liedern in der „Postkutsche", Horner Landstraße 208.

Sensburg – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, gemütliches Beisammensein mit Singen im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste willkommen.

BADEN-WÜRTTEMBERG



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Werg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0 71 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax: (07 11) 6 33 69 80

Heidelberg – Sonntag, 15. Februar, 15 Uhr, Faschingsfeier im Rega-Hotel, Bergheimer Straße 63.

Ludwigshafen – Dienstag, 17. Februar, 14.30 Uhr, Faschingsfeier im „Krauthof", Beihinger Straße, Hoheneck. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Pforzheim – Sonntag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Ev. Gemeindehaus Eutingen, Fritz-Neuert-Straße 32. Es wird der Film „Lichtblkcke in unserer ostpreußischen Heimat" gezeigt. Umrahmt wird die Veranstaltung durch Singen heimatlicher Lieder, Vortragen von Gedichten und Geschichten sowie musikalischer Darbietungen. Bei Kaffee und Kuchen kommt auch das Plachandern nicht zu kurz.

Schorndorf – Dienstag, 17. Februar, Faschingsfeier in der Karl-Wahl-Begegnungsstätte, Augustenstraße 4.

Schwenningen – Montag, 23. Februar, 10 Uhr, Treffen zu einer Spazierfahrt am Bahnhof.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 19. Februar, 13 Uhr, traditionelles Fischessen der Frauengruppe in den Ulmer Stuben. Anmeldung bei Frau Stegmaier.

BAYERN



Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

Augsburg – Mittwoch, 11. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Zirbelstuben" mit buntem Programm zur Faschingszeit.

Bamberg – Mittwoch, 18. Februar, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tambosi", Promenade 11.

Erlangen – Donnerstag, 12. Februar, 18 Uhr, Heimatabend mit „Tilsiter Käseessen" im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20. – Dienstag, 17. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20.

Hof – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Grützwurstessen.

Ingolstadt – Sonntag, 15. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8.

Kitzingen – Sonnabend, 21. Februar, 14.30 Uhr, Faschingsnachmittag im „Kastanienhof". Lustige Beiträge sind jederzeit willkommen.

Landshut – Dienstag, 17. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel".

BRANDENBURG



Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Brandenburg a. H. – Donnerstag, 19. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Kurstraße 17. Thema: Baltikum.

BREMEN

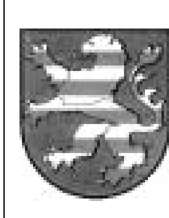


Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 06 68, Fax (04 21) 25 09 29, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Landesgruppe – Dienstag, 17. Februar, 17.30 Uhr, Diavortrag „Kirchen in Nord-Ostpreußen" im Kapitelsaal der St. Petri Domgemeinde Bremen. Referentin ist Prof. Dr. Margarete Pulver. Die Referentin engagiert sich seit zehn Jahren mit großem persönlichen wie auch finanziellen Einsatz für den Erhalt beziehungsweise den Wiederaufbau der Ordenskirche Groß Legitten (Labiau). Diese wurde um 1400 erbaut und wurde Ende des Zweiten Weltkrieges zerstört. Über die Probleme und Schwierigkeiten zum Erhalten alter Bausubstanz, aber auch über die Fortschritte beim Wiederaufbau von zerstörten Kirchen im nördlichen Ostpreußen hat sie wiederholt in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* berichtet. Der Eintritt ist frei.

Bremen – Freitag, 27. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag mit Fleck und Wildschweinbraten im Hotel Grollander Krug, Emslandstraße. Zunächst gibt es Kaffee und Kuchen. Für das Zwischenprogramm konnte Herr Christochowitz gewonnen werden. Mit seiner musikalischen Unterstützung gibt es Gelegenheit zum Tanzen oder Zuhören. Hans Rummel kümmert sich um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung. Es gelten folgende Preise: Fleckessen für Mitglieder 15 Euro, für Nichtmitglieder 17 Euro; Wildschweinessen für Mitglieder 18 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro. Anmeldungen umgehend in der Geschäftsstelle, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (04 21) 3 46 97 18 oder bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon 27 10 12 (Borgfeld/Lilienthal).

HESSEN



Vors.: Anneliese Franz, geb. Wlottkowski, Telefon und Fax (0 27 71) 26 12 22, Hohl 38, 35683 Dillenburg

Landesgruppe – Nachruf: Hugo Rasmus wurde am 25. Mai 1925 in Bromberg geboren, wo er auf dem elterlichen Rittergut Rasmushausen, Kreis Schwetz, aufwuchs. Nach dem Notabitur nahm er am Zweiten Weltkrieg teil und geriet bei Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft. Seine Eltern wurden auf der Flucht ermordet. So war Hugo Rasmus allein und ganz auf sich gestellt. Bereits 1949 schloß er sich in Niedersachsen ostdeutschen Landsleuten an und war aktiv an der Gründung verschiedener landsmannschaftlicher Gruppen beteiligt, und übernahm dann auch Führungsaufgaben. 1956 trat er als Offizier in die Bundeswehr ein und war zuletzt bei seiner Verabschiedung (1982) Standortältester in Marburg. Trotz seiner beruflichen Belastung fand er Zeit zu landsmannschaftlicher Tätigkeit. Von 1974 bis 1997 war er Landesobmann der Westpreußen und stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Hessen. Außerdem betätigte er sich als Hobbyhistoriker für den Bereich Westpreußen. Bei all diesen Aktivitäten wurde er durch Gattin und Familie unterstützt. Für diese Unterstützung wird ihm noch nachträglich herzlich gedankt, denn wie viel Anregungen hat Hugo Rasmus für die gemeinsame, heimatpolitische Arbeit gegeben. Bei den Tagungen heilt er Referate und brachte so die Geschichte und Kultur Westpreußens näher. Dank hervorragender Verbindungen zur Universität Bromberg konnte er immer wieder interessante junge polnische Referenten vermitteln. Sein letztes Referat hielt Lm. Rasmus auf der Delegiertentagung Anfang letzten Jahres. Dort konnte er von seinem Erfolg berichten, den er kurz zuvor errungen hatte: polnische Historiker der Universität Bromberg bestätigten, daß die Ergebnisse seiner Nachforschungen über den Verlauf des „Bromberger Blutsonntages" den wahren Tatsachen entsprechen und der Schuldvorwurf Deutschen gegenüber nicht mehr haltbar sei. Hugo Rasmus, seine spontane Hilfsbereitschaft, sein Rat und sein Wissen werden sehr vermißt werden.

Wiesbaden – Donnerstag, 19. Februar, 17.30 Uhr, Stammtisch im Restaurant Kleinfeldchen, Hollerbornstraße 9. Serviert wird Schmandhering. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Bitte bis zum 13. Februar bei Familie Schetat anmelden, Telefon (0 61 22) 1 53 58.

NIEDERSACHSEN



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Kreuzgarten 4, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürsten- Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Rinteln – Donnerstag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel. Friedhelm Gorski zeigt einen von ihm gedrehten Film: „Istanbul – Brücke zwischen Orient und Okzident". – Bei der Jahreshauptversammlung wurde für die verstorbene Kassiererin Wilma Lenz Hannelore Wunderlich als Nachfolgerin gewählt.

NORDRHEIN-WESTFALEN



Vors.: Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak. Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Alt Stieghorst.

Dortmund – Montag, 16. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 20. Februar, 18 Uhr, es wird Karneval gefeiert – mit Kostümen und Vorträgen.

Düsseldorf – Freitag, 13. Februar, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Pils, Schlesische Straße 92. Erreichbar mit den Bussen 721/722/724 bis „Richardstraße". – Sonnabend, 14. Februar, 19.11 Uhr, Karnevalsveranstaltung im Eichendorff-Saal, Bismarckstraße 90, GHH. Einlaß 18 Uhr, Eintritt 5 Euro. – Dienstag, 17. Februar, 15 Uhr, Frauennachmittag, Ostpreußenzimmer, GHH. – Donnerstag, 19. Februar, 19.30 Uhr, „Offenes Singen" im Ostpreußenzimmer (Raum 412), GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 19. Februar, 18 Uhr, Faschingsfeier in der Heimatstube.

Gütersloh – Sonnabend, 21. Februar, 20 Uhr, Karnevalsveranstaltung im Haus Müterthies-Wittag, Neuenkirchener Straße. Die einfallsreichsten Kostüme werden prämiert. Bringen Sie Freunde, Bekannte und Nachbarn mit. Eintrittskarten sind nur an der Abendkasse erhältlich.

Haltern – Der Vorsitzende Adolf Nowinski konnte die Ost- und Westpreußen aus Haltern, aber auch den Kreisvorsitzenden Waldemar Langer und einige Gäste der Ortelsburger Heimatstube aus Herne, zur Jahreshauptversammlung, begrüßen. Der stellvertretende Vorsitzende Kurt Peters führte die Begrüßung, Totenehrung und die Bekanntgabe der Tagesordnung durch. Anschließend wurden die Geburtstagskinder des letzten Monats durch Annemarie Slaby geehrt. Danach brachte der Vorsitzende ein Referat über die Unterdrückung und Verfolgung der evangelischen Hugenotten in Frankreich und schließlich ihre Flucht nach Preußen. Es folgte der Tätigkeitsbericht für das Jahr 2003 (so zum Beispiel der Tag der Heimat, Erntedankfest mit über 130 Teilnehmern, zahlreiche Vorträge oder die Busfahrt zum Zoo in Rheine). Mit allen Veranstaltungen wurde wertvolle Kulturarbeit geleistet, so Adolf Nowinski. Nach dem Kassenbericht vom Kassenwart Eduard Kweseleit und dem Kassenprüfungsbericht von Gerd Hoyer, stand die Neuwahl des Vorstandes an. Als Wahlleiter stellte sich wieder der Kreisvorsitzende Waldemar Langer zur Verfügung. Er hatte aber wenig Arbeit, denn bei

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(Verantwortlich f. d. redaktionellen Teil)

Politik, Panorama, Aus aller Welt: Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatkreise, Aktuelles, Landsmannschaftliche Arbeit:** Florian Möbius; **Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede; **Östliches Mitteleuropa:** Martin Schmidt.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Pierre Campguilhem (Paris), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen). – Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 26. Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26787 Leer (Ostfriesland). – ISSN 0947-9597.

Telefon (040) 41 40 08-0

Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.

Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.

Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

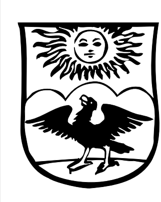
ALLENSTEIN-LAND



Kreisvertreter: Leo Michalski, Adolf-Westen-Straße 12, 42855 Remscheid, Telefon und Fax (0 21 91) 2 45 50. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Tel. (0 54 01) 97 70

Der Schriftsteller in der Heimat – Horst Tuguntke verbrachte den Jahreswechsel im südlichen Ostpreußen. Er besuchte in der Heimat verbliebene Landsleute in den Ortschaften Plautzig, Stabigotten, Sombien, Wartenburg sowie Neidenburg und überbrachte an diese das neu erschienene Heimatjahrbuch Allenstein-Land und kleine Weihnachtsgeschenke. Das Heimatjahrbuch 2003 erhielten aus seiner Hand auch der Allensteiner Landrat sowie der Oberkreisdirektor und die Bürgermeister in Stabigotten und Wartenburg. Ebenfalls hinterließ er das neue Heimatjahrbuch in der Wartenburger Hauptschule und bei den Vorsitzenden der deutschen Gesellschaften in Allenstein (AGDM) und in Wartenburg. In seiner Geburtsstadt Wartenburg war Horst Tuguntke Gast bei dem Künstlerehepaar für Knüpf- und Doppelgewebeteppiche Barbara und Andreas Hulanickie, die in ihrem Wohnhaus neben der Synagoge in der ehemaligen Passenheimer Straße durch Gebäudeaufstocken ein Atelier mit zahlreichen neuen Ausstellungsstücken eingerichtet haben. Blick-punkt ihrer künstlerischen Arbeit war die farbige Nachbildung des von dem deutschen Professor Konrad Hahm in seinem Buch „Ostpreußische Bauernteppiche" – erschienen 1937 im Eugen Diederichs-Verlag – beschriebenen und abgebildeten „Masurischen Bauernteppichs" aus dem Jahre 1791. Das Künstlerehepaar, das sich für die Bewahrung der ermländisch-masurischen Webtradition einsetzt (zu vgl. HJB Nr. 34/2003, S. 111 ff.), überließ dem Schriftleiter für das kommende Heimatjahrbuch eine farbige Abbildung dieses Doppelgewebeteppichs und eine kurze Abhandlung in deutsch über bäuerliche Teppiche Ostpreußens. Der Schriftleiter hatte dort auch Gelegenheit, Einblick in das nicht mehr im Handel erhältliche Buch von Prof. Konrad Hahm nebst den zahlreichen Abbildungen zu nehmen. Horst Tuguntke nutzte seinen Winterurlaub mit Standquartier im „Goldenen Hobel" in Plautzig auch zu ausgedehnten Wanderungen zu Fuß und auf Langlaufski im einsamen Forst von Lanskerofen und in den Quellgebieten der Flüsse Alle und Passarge. Letztere, die viele Jahrhunderte die Grenze zwischen dem katholischen Ermland und dem evangelischen Oberland bildete, entspringt nicht, wie dies alte und neue polnische Touristikkarten ausweisen, im Großen Plautziger See oder auf dem Gelände des einstigen Flugplatzes in Grieslienen, sondern nahe dem Ufer des Kleinen Plautziger Sees bei Grünmühle zwischen Grünau und der heutigen Hotelanlage „Kormoran". Horst Tuguntke machte sich auch auf die Suche nach dem – wie es heißt – „versiegten" Mühlenbach, der einst die versunkene Dziergunkenmühle (später Mühle Kiebitzbruch am Lansker See) speiste, und fand sowohl den Mühlenbach als auch seine Quelle im Kleinen Sarongsee bei Kurken. *Fortsetzung folgt*

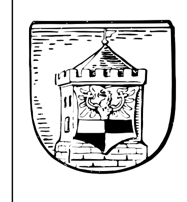
ANGERAPP (DARKEHMEN)



Kreisvertreter: Fritz Pauluhn, Osterbruchweg 3, 30966 Hemmingen, Telefon und Fax (0 51 01) 29 34

Jahrestreffen – Das Jahrestreffen der Kreisgemeinschaft findet am 22. und 23. Mai 2004 in 40822 Mettmann in der Neandertalhalle statt. Programm: Samstag, 22. Mai, 13 Uhr: nichtöffentliche Kreistagssitzung; 15 Uhr: öffentliche Kreistagssitzung mit Neuwahl der Kreistagsabgeordneten, anschließend Kranzniederlegung auf dem Friedhof und am Angerappstein; ab gegen 18 Uhr Bunter Abend mit Vorträgen, Lesungen und den singenden Saitenzupfern. Sonntag, 23. Mai, 10 Uhr: Festveranstaltung: Begrüßungsvortrag des Kreisvertreters; Grußwort der Gäste; Geistliches Wort; Totenehrung; Ostpreußen-Chor; Festansprache von Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen; gegen 12.30 Uhr Mittagessen; anschließend Plachandern. Anreise mit der Bahn bis Mettmann-Zentrum.

ANGERBURG



Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Heimatpolitische Arbeitstagung 2004 – Am 28. und 29. Februar 2004 findet die 46. heimatpolitische Arbeitstagung nochmals im Bürgersaal im Stadthaus, Am Pferdemarkt 3, 27356 Rotenburg (Wümme) statt. Zu der Veranstaltung laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) und die Kreisgemeinschaft Angerburg interessierte Angerburger und Ostpreußen sowie deren Freunde herzlich ein. Für die Veranstaltung konnten wieder namhafte Referenten gewonnen werden. Die Tagung beginnt am 28. Februar 2004 um 14 Uhr mit Kaffee und Kuchen. Um 15 Uhr hören wir Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof zum Thema „Der Krieg, der viele Väter hatte". Nach einer Pause wird Heinz Schön, als Referent und Buchautor sehr bekannt, über „Das Geheimnis des Bernsteinzimmers" sprechen. Die Tagung wird am 29. Februar 2004 um 9.30 Uhr mit einem Vortrag von Dr. jur. Dieter Radau mit dem Thema „Verfassung für Europa aus der Sicht der Vertriebenen" fortgesetzt. Anmeldungen auch für das Elchessen am Abend des 28. Februar zum Preis von 17 Euro und eventuelle Quartierwünsche werden bis zum 16. Februar 2004 an die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Am Schloßberg 6, 27345 Rotenburg (Wümme) erbeten.

Gerhard Roweck verstorben – Wir erhielten die traurige Nachricht, daß Gerhard Roweck am 10. Januar 2004 nach langer und schwerer Krankheit im Alter von 83 Jahren in Hamburg verstorben ist. Dem Kreistag unserer Kreisgemeinschaft gehörte Gerhard Roweck seit 1989 ununterbrochen an. Als einer der Stillen im Lande hat er sich stets für Angerburg und seine ostpreußische Heimat eingesetzt. Seine Einsatzbereitschaft wird allen, die ihn kannten, besonders in Erinnerung bleiben. Aber auch als Tischtennisspieler und Sportler war er bekannt. Wir Angerburger werden Gerhard Roweck immer in dankbarer Erinnerung behalten.

BRAUNSBERG



Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Telefon (0 22 41) 31 13 95, Fax (0 22 41) 31 10 80, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Telefon (02 51) 4 92 60 51

50 Jahre Patenschaft – Im Mai dieses Jahres besteht die Patenschaft zwischen der Stadt Münster/Westfalen und den früheren Bewohnern von Stadt und Kreis Braunsberg 50 Jahre. Ein besonderer Anlaß, dies gebührend zu begehen. Die Vorbereitungen sind angelaufen und es werden Gäste aus Braunsberg (Braniewo) eingeladen und erwartet. Folgendes ist vorgesehen. 1. Es wird eine Ausstellung „50 Jahre Patenschaft" im Westpreußischen Landesmuseum in Münster-Wolbeck zu sehen sein; 2. Ein Empfang im Friedenssaal der Stadt Münster; 3. Ein Festakt im Rathaus der Stadt Münster. Mit den Feierlichkeiten wird das diesjährige Kreistreffen in unserer Patenstadt Münster verbunden. Dies findet im Hotel Münnich, am Donnerstag (Christi Himmelfahrt), dem 20. Mai 2004, statt. Ein weiteres Kreistreffen in Münster im Herbst 2004 wird es nicht geben. Alle früheren Bewohner aus der Stadt und dem Kreis Braunsberg und deren Nachkommen sind herzlich eingeladen. Nähere Einzelheiten über Termin, Ort und Zeit werden sobald wie möglich bekanntgegeben.

Kreis und Stadt – Kreistreffen am 27. und 28. September 2003 – Der Auftakt des diesjährigen Jahreshaupttreffens in der Stadthalle in Münster-Hiltrup war die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft. Es ging vor allem um den Tätigkeitsbericht des Kreisvertreters und des Vorstandes. Wichtigster Punkt war die Wahl des neuen Vorstands und des neuen Beirats. Der bisherige Vorstand wurde bestätigt und als Ersatz für vier ausscheidende Beisitzer wurden Erika Handtke, Gerhard Neß, Ferdinand Schrade und Frank Schneidewind gewählt. Anschließend gab es genug Zeit zum schabbern bis in den späten Abend. Den Gottesdienst am Sonntag um 8.30 Uhr in der Clemenskirche in Münster-Hiltrup hielt der Seelsorger für die deutsche Minderheit im Ermland Kaplan André Schmeier. Bei der Festlichen Stunde um 10.30 Uhr konnte der Kreisvertreter vor allem die Vertreter der Stadt Herrn Bürgermeister Krüger (SPD), das Ratsmitglied Frau Welker (CDU), Frau Roswitha Möller vom BdV Münster und Herrn Sander als Kontaktmann zur Patenstadt Münster begrüßen. Manfred Kehr von den Grünen, der sonst immer dabei ist, hatte sich entschuldigt. In den Grußworten nach der Totenehrung wies Herr Krüger auf das vorzüglich funktionierende Dreiecksverhältnis zwischen der Patenstadt, unserer Kreisgemeinschaft und dem heutigen Braunsberg hin. Roswitha Möller dankte dann in ihren Grußworten unserem Kreisvertreter für die Teilnahme an der Einweihung eines Gedenksteins für die Vertriebenen im April. Wohl in keiner deutschen Stadt sonst wurde auf solche Weise die Aufbauarbeit und die Mithilfe der Flüchtlinge und Vertriebenen beim Aufbau einer demokratischen Neuordnung gewürdigt. Sie kam dann auf die Festansprache der Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast zum Tag der Heimat in Münster eine Woche zuvor zu sprechen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete unter anderem hätte vor allem darauf hingewiesen, daß das alte Klischee, demzufolge die Linken oder Halblinken in der Bundesrepublik mit den Vertriebenen nicht viel im Sinn haben und umgekehrt, und die These, nach der die Funktionäre der Vertriebenenverbände rückwärts gewandt und zu revanchistisch seien, überwunden sei. Auch die SPD hätte nun akzeptiert, daß die Vertreibung Unrecht sei, das ohne Rücksicht auf persönliche Schuld oder Unschuld den Betroffenen angetan wurde. Wir hätten ein Recht auf Anteilnahme und Trauer. Zur Wahrheit gehöre, daß sie beim Namen genannt wird. Und da-hinein gehöre auch, daß Vertreibung nicht verbrämend mit „Transfer" bezeichnet werde. Der Raub der Heimat sei ein schlimmer Akt. Das Recht auf Heimat gehöre zu den Grundrechten. Im Festvortrag unterschied Kaplan Schmeier vier Etappen bei der Lage der Deutschen im Ermland nach dem Krieg oder besser vier Etappen der Tragödie: Die erste bei der Vertreibung unmittelbar nach dem Krieg. Danach richteten sich die verbliebenen Deutschen wieder ein wenig ein, man fing wieder an in den Gottesdiensten und bei den Wallfahrten deutsche Lieder zu singen. Anfang der Fünfziger Jahre wurde das verboten, die zweite Etappe. Und auch damit kam man irgendwie klar, es kam zu einer Art Akzeptanz mit den polnischen Nachbarn, die zum Teil das Schicksal der Vertreibung auch durchgemacht hatten. Mit Brandts Ostverträgen kam auch dafür das Aus: Die Polen bedrängten die Deutschen, was sie denn jetzt noch in Polen wollten, jetzt könnten sie doch in den Westen umsiedeln, also siedelten sie. Und die vorläufig letzte Etappe war die nach der Wende, und jetzt sind nur noch wenige übrig geblieben. Und auch die sprächen kaum noch deutsch, denn wer will schon als Kind deutsch reden, wenn er dafür in der Schule geschlagen und gehänselt wird? Und der Einfachheit halber sprach man schließlich auch in den Familien polnisch. Ja, die Enkel würden sich jetzt wieder für die deutsche Sprache interessieren ... *Fortsetzung folgt*

ELCHNIEDERUNG



Kreisvertreter: Hans-Dieter Sudau, Osnabrück. Geschäftsführer: Reinhold Taudien, Fichtenweg 11, 49356 Diepholz, Telefon (0 54 41) 92 89 06 und 79 3.

Delegiertenversammlung – Die nächste Delegiertenversammlung findet am Freitag, 20. Februar, im Hotel Deutsches Haus, Bad Nenndorf statt. Die vereinsöffentliche Sitzung beginnt um 11 Uhr. Im Mittelpunkt der Veranstaltung werden der Bericht des Kreisvertreters, die Beratung und die Beschlußfassung über den Haushalts- plan für das Jahr 2004, die Neuwahl des Vorstandes der Kreisgemeinschaft sowie die weitere engere Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit stehen. Daneben wird über die diesjährigen und künftigen Heimattreffen sowie die Herausgabe eines Bildbandes „Kreis Elchniederung" beraten und entschieden.

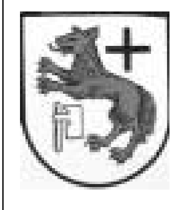
GOLDAP



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Tel. (0 52 31) 3 71 46, Fax (0 52 31) 2 48 20, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Waltraud Schmidt, Telefon (0 41 93) 52 42, Fax (0 41 93) 9 7 6 80, Höllenhorst 5, 24558 Henstedt/Ulzburg

Treffen der Texelner – Wo? im Lipper Bergland – Sehenswürdigkeiten: Museumsdorf, Hermannsdenkmal, Adlerwarte, Vogelpark, interessante Städte (Detmold, Lemgo oder Bad Pyrmont mit seinen verschiedenen Thermen). Hotel-Restaurant Achilles, Paderborner Straße 87, 32760 Detmold, Telefon (0 52 31) 9 46 30, Fax (0 52 31) 94 63 55. Wann? Montag, 17. Mai (Anreise), bis Donnerstag, 20. Mai (Abreise). Frühere Ankunft möglich, spätere Abreise nicht möglich. Preis? Gruppen-Sonderpreis; EZ (Du/WC) 38 Euro, DZ (Du/WC) 58 Euro. Normale Preise: EZ 42 bis 45,20 Euro, DZ 63 bis 76,20 Euro. Zustellbetten möglich. Wichtig: die Option der Buchung gilt bis Anfang März. Interessierte müßten daher ihre Buchung schriftlich bis spätestens zum 10. März 2004 im Hotel eingehen. Nicht vergessen: schriftliche Buchung unter dem Stichwort „Ortstreffen Texeln". Ferner natürlich Namen, Anschrift und An- reisetag, Abreisetag sowie ob Einzelzimmer oder Doppelzimmer gewünscht – und die Anzahl der Zimmer. Nähere Informationen bei Irmgard Koch, Kappenbergstraße 30, 37632 Eschershausen, Telefon (0 55 34) 12 14.

HEILIGENBEIL



Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

16. Sondertreffen Kirchspiel Zinten Land – Kirchspielvertreterin Irmgard Lenz lädt zum 16. Sondertreffen des Kirchspiels Zinten Land ein. Sie ermutigt ausdrücklich auch diejenigen, die bisher noch nicht den Mut hatten dabeizusein, es doch diesmal zu wagen: „Wir sind alle aus dem gleichen Dorf. Und Ihr seid in unserem Kreis herzlich willkommen." Das Treffen findet statt von Freitag, dem 26. März (Mittagessen), bis Sonntag, den 28. März (Mittagessen). Der Veranstaltungsort ist das Polizeierholungsheim – An der Schwefelquelle 20, 37707 Altenau/Harz, Telefon (0 53 28) 3 40. Der Preis für zwei Tage Vollpension plus Nebenkosten beträgt 65 Euro. Die Anreise kann per Bahn bis Goslar und dann mit dem Bus 432 bis Altenau, Haltestelle Rothenberger Straße, erfolgen. Anmeldung bitte an Irmgard Lenz, Eichelen 31, 88074 Meckenbeuren, Telefon (0 75 42) 46 49.

KÖNIGSBERG-STADT



Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Kant-Verehrer treffen sich 2004 in Duisburg – Umfassende Ausstellung über den großen Königsberger Philosophen – bald ist es so weit! Das Museum Stadt Königsberg in der Patenstadt Duisburg öffnet am 12. Februar 2004 wieder seine Türen: Der ganze Ausstellungsraum ist dann dem Gedenken Immanuel Kants vorbehalten, der am 12. Februar 1804 in Königsberg verstorben ist. Aufbauend auf der eigenen großen Sammlung zum Königsberger Philosophen haben Lorenz Grimoni, sein ehrenamtliches Team und einige das Projekt unterstützende Wissenschaftler eine Fülle von Exponaten zur Lebensgeschichte Kants, zu seinem Umfeld, zu seinem Werk und zu seiner Wirkungsgeschichte zusammen-

Landsmannschaftliche Arbeit

Fortsetzung von Seite 15

den Neuwahlen waren sich alle Anwesenden einig: Einstimmig wählten sie den alten Vorstand in die Ämter zurück und bestätigten so die erfolgreiche Arbeit des Teams. Vorsitzender der Gruppe bleibt Adolf Nowinski, seine Stellvertreter: Emil Slaby und Kurt Peters, Schriftführerin: Ursel Depner, Stellvertreter: Johannes Schley, Kulturwart: Heinz Klettke, Heinz Wittke bleibt sein Stellvertreter. Kassenwart: Eduart Kweseleit, Stellvertreterin Annemarie Slaby. Gerd Hoyer und Hugo Wölki überprüfen die Kasse. Zum gemeinsamen Abendessen servierte der Wirt Königsberger Klopse. Nach dem Abendessen wurde eine ostpreußische Trinkspezialität serviert. Lm. Slaby kredenzte Kosakenkaffee mit einem Schuß Sahne. Der Kulturwart Klettke hatte das 21. Frage- und Antwortspiel ausgearbeitet. Die Teilnehmer mit allen richtigen Antworten, oder nur mit einem Fehler, nahmen an einer Verlosung teil. Dabei gab es schöne und wertvolle Preise zu gewinnen. Mit Gedichten und Kurzvorträgen klang der Abend in gemütlicher Runde aus.

Schwelm – Sonnabend, 21. Februar, 15.30 Uhr, Kappenfest und bunter Nachmittag im Johannes-Gemeinde-Haus, Kaiserstraße 71.

Dresden – Dienstag, 17. Februar, 17 Uhr, Faschingsfeier in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3. Thema: Faschingsbrauchtum in Ost- und Westpreußen.

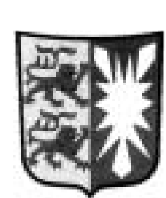
Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 14. Februar, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Industriemuseum der Stadt. Es soll an die schönen Winter in der Heimat erinnert werden. Zu diesem Thema wird ein kleines heimatliches Programm geboten. Hausschlachtene Wurst kommt wieder zum Angebot.

Aschersleben – Mittwoch, 18. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus".

Dessau – Mittwoch, 18. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Saarstraße 52.

Magdeburg – Dienstag, 17. Februar, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 20. Februar, 16 Uhr, Treffen des Singkreises im TUS Neustadt.

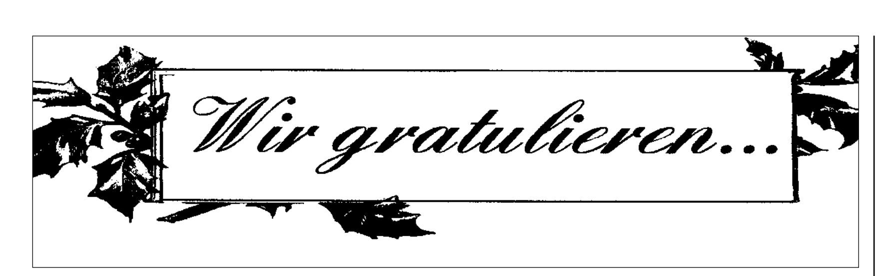
SCHLESWIG-HOLSTEIN



Vors.: Günter Petersdorf. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Kiel – Donnerstag, 19. Februar, 15 Uhr, bunter Nachmittag der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47/49.

Schönwalde a. B. – Vom 14. bis 21. Mai kann man Masuren pur erleben. Ausführliches Programm erhalten Sie nach Ihrer Anmeldung, da möglichst alle Wünsche berücksichtigt werden sollen. Anzahlung von 100 Euro auf das Konto 570 74 098, Sparkasse Ostholstein, BLZ 213 522 40, Walter Giese wird erbeten. Gesamtpreis der Reise: 595 Euro bei Teilpension. Einzelzimmer auf Wunsch: Zuschlag 100 Euro pro Person. Für Rückfragen steht Ihnen der Reiseleiter Walter Giese, Am Schönberg 17, 23744 Schönwalde a. B., Telefon und Fax (0 45 28) 10 51, täglich von 11 bis 12 Uhr zur Verfügung.



ZUM 100. GEBURTSTAG

Leppert, Max, aus Wehlau, Oppener Straße, Kreis Wehlau, jetzt Poststraße 9, 23847 Pölitz, am 12. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Körner, Elli, geb. Bejer, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Gutermannstraße 11 (Sen.-Heim), 72160 Horb a. N., am 12. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Eske, Fritz, aus Kleinpreußenwald, Kreis Gumbinnen, jetzt Mühlenweg 11, 46519 Alpen, am 15. Februar

Kossina, Auguste, geb. Reimer, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Richard-Wagner-Straße 17, 04574 Deutzen, am 11. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bonacker, Hugo, aus Treuburg, Goldaper Straße, jetzt Hirzsteinstraße 19, 34225 Baunatal, am 14. Februar

Dejok, Martha, geb. Buchau, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, jetzt Holler Straße 298, 33334 Gütersloh, am 10. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

König, Albert, aus Romau, Kreis Wehlau, jetzt Feldrain 13, 25524 Itzehoe, am 12. Februar

Koschinat, Ernst, aus Bruchfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, und Königsberg, Tiepoltstraße 18, jetzt Im Lag 57, 56112 Lahnstein, am 7. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borowski, Martha, geb. Santowski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Künkelstraße 31, 41836 Hükkelshoven, am 14. Februar

Göritz, Lebrecht, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, jetzt Burggrafenweg 8, 70569 Stuttgart, am 10. Februar

Stuhlmacher, Minna, geb. Frank, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Fürstenwall 95, 40217 Düsseldorf, am 9. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bortzick, Helene, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, jetzt Bergstraße 4, 65555 Limburg, am 10. Februar

Degenhardt, Ottilie, geb. Markowski, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, und Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Am Bleidenbach 33, 35789 Weilmünster, am 15. Februar

Karlisch, Gertrud, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Blechhofweg 3 a, 41450 Dormagen, am 13. Februar

Schelske, Gertrud, geb. Zacker, aus Niederzehren/Marienwerder, jetzt Jacobistraße 18, 23701 Eutin, am 12. Februar

Wollschläger, Dorothea, geb. Hardt, aus Wehlau, Kirchenplatz, Kreis Wehlau, jetzt Kapellenfeld 5, 48308 Senden, am 10. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Alexander, Anna, geb. Sontowski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Südhang 5, 59964 Medebach-Lüdinghausen, am 11. Februar

Eder, Frieda, geb. Westenberger, aus Lucken, Kreis Ebenrode, jetzt Peter-Rossegger-Straße 11, 40699 Erkrath, am 13. Februar

Geller, Ursula, aus Preußisch Holland und Zoppot, jetzt Ernst-Kahn-Straße 21, 60439 Frankfurt, am 5. Februar

Schweighöfer, Charlotte, geb. Schaudinn, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Borsteler Straße 14, 27327 Schwarme, am 14. Februar

Strupath, Erich, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Brahmsweg 2, 27299 Etelsen, am 13. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Holzlehner, Gerda, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Zum Scheid 3, 35753 Greifenstein, am 12. Februar

Naumann, Gertrude, geb. Schenk, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Auf der Tötje 10 (Sen.-Wohnanlage), 27580 Bremerhaven-Lehe, am 14. Februar

Pilzecker, Willy, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 144, jetzt Bartensteiner Straße 9, 28329 Bremen, am 12. Februar

Werner, Lotte, geb. Biller, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Auf der Rinne 24, 37308 Heilbad Heiligenstadt, am 13. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Aschmann, Margarete, geb. Siebert, aus Cranz, Lichterbergerstraße 2, und Königsberg, Knochenstraße 55, jetzt Stellbrinkstraße 22, 23566 Lübeck, am 2. Februar

Bastin, Minna, geb. Petschull, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, jetzt Lüscherstraße 23, 49377 Vechta, am 9. Februar

Biallas, Max, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Am Waldesrand 10, 58093 Hagen, am 10. Februar

Dall, Charlotte, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Genossenschaftsstraße 1, 19348 Perleberg, am 9. Februar

Kröhnert, Dora, geb. Mertins, aus Neusorge, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Siedlung 5, 35104 Lichtenfels, am 9. Februar

Lorenz, Hildegard, geb. Timm, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Neue Straße 53, 21073 Hamburg, am 15. Februar

Ollech, Gertrud, geb. Plewa, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Jesefa-Metz-Straße 6, 32423 Minden, am 13. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Born, Elisabeth, geb. Kupczyk, aus Treuburg, jetzt Unterm Breiten Berg 29, 07318 Saalfeld, am 10. Februar

Deter, Marta Irmgard, geb. Pawlowski, aus Königsberg, jetzt Schillighörn 6, 28259 Bremen, am 9. Februar

Frost, Lena, geb. Wenzel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Werkstraße 27 (Sen.-Residenz Am Kurpark), 64732 Bad König, am 12. Februar

Henning, Paul, aus Guhringen, jetzt Werfelring 76, 22175 Hamburg, am 13. Februar

Jehring, Gertrud, geb. Pietrzyk, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Lilienweg 18 (bei Dinges), 65201 Wiesbaden, am 10. Februar

Ollesch, Erich, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Straßburger Straße 8, 44623 Herne, am 15. Februar

von Knebel, Anna, geb. Rohmann, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Poststraße 9 a, 21709 Himmelpforten, am 9. Februar

Wiesner, Kurt, aus Narwickau, jetzt Am Nittefelde 102, 39519 Hannover, am 12. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

George, Franz, aus Germingen, Kreis Ebenrode, jetzt Hohe Weide 2, 34434 Borgentreich, am 15. Februar

Gerullis, Frieda, Diakonisse, aus Lötzen, jetzt Moltkestraße 22, 49565 Bramsche, am 12. Februar

Heimann, Frieda, geb. Seel, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Unterlindau 79, 60323 Frankfurt, am 11. Februar

Kantowski, Horst, aus Steinfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Steinstraße 6, 53859 Niederkassel, am 10. Februar

Katoll, Botho, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Achte de Möhl, 24969 Großenwiehe, am 2. Februar

Keiluweit, Erna, geb. Stanschus, aus Stucken, Kreis Elchniederung, jetzt Bodo-Wildvang-Straße 4, 26826 Weener, am 15. Februar

Löwe, Käthe, geb. Lenkeit, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Voßrather Straße 8, 47441 Moers, am 11. Februar

Nedebock, Brigitte, aus Memel, Adolf-Hitler-Straße 10, jetzt Hardenbergpfad 8, 23566 Lübeck, am 3. Februar

Sadowski, Heinrich, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Duisburger Straße 227, 45478 Mülheim, am 9. Februar

Seel, Otto, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Rothenbühler Straße 7, 91346 Wiesenthal 2, am 11. Februar

Slaby, Helene, geb. Buczko, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Lobbendorfer Flur 2, 28755 Bremen, am 13. Februar

Scharrmann, Wolfgang, aus Lyck, jetzt Eschollbrücker Straße 27/E10, 64295 Darmstadt, am 12. Februar

Tautorat, Kurt, aus Grünau, Kreis Elchniederung, jetzt Überscharweg 1, 96215 Lichtenfels-Schönsreuth, am 11. Februar

Tessarek, Ida, geb. Kowalewski, aus Treuburg, jetzt Böhlstraße 15, 46483 Wesel, am 11. Februar

Weinz, Berta, geb. Schulz, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Voerste-Dieckhof-Straße 1, 44357 Dortmund, am 13. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Auerbach, Anni, geb. Grajewski, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Spitzmühler Straße 10, 12685 Berlin, am 13. Februar

Bartschat, Erwin, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Altenburger Straße 30, 27755 Delmenhorst, am 13. Februar

Behr, Otto, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt In der Twissel 15, 58456 Witten-Duschholz, am 10. Februar

Boltz, Paul, aus Ortelsburg, jetzt In den Wiesen 11, 38112 Braunschweig, am 12. Februar

Brandstätter, Dora, geb. Boss, aus Schloßberg, jetzt Unter Buschweg 24, 50999 Köln, am 12. Februar

Czossek, Otti, geb. Samulowitz, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt 302 Evergreen Drive, Moores-town, NJ 08057, am 12. Februar

Dannebauer, Lilly, geb. Semke, aus Kalaushöfen, jetzt Mehlandsredder 141, 22143 Hamburg, am 12. Februar

Daum, Gerhard, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Welper Straße 53, 45527 Hattingen, am 10. Februar

Frohnert, Erich, aus Nickelsdorf und Klein Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Schorlemer Straße 15, 59590 Geseke, am 11. Februar

Heimer, Elfriede, geb. Kolberg, aus Karzewischken, Kreis Memel, jetzt Rabensteiner Straße 4, 09246 Pleißa, am 11. Februar

Hennig, Marianne, geb. Hennig, aus Eichen und Behlacken, Kreis Wehlau, jetzt Daadener Straße 29, 57520 Derschen, am 13. Februar

Jankowski, Paul, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 153, jetzt An der Kirche 12, 38486 Kunrau, am 14. Februar

Kastnig, Elfriede, geb. Gollub, aus Statzen, Kreis Treuburg, jetzt Ludwig-Meyn-Straße 2, 25336 Elmshorn, am 14. Februar

Kemmner, Elfi, geb. Toppka, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Eichendorffstraße 70, 73734 Esslingen, am 10. Februar

Konopka, Horst, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 49, 53332 Bornheim, am 14. Februar

Kopitschko, Bruno-Alfons, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt Erfurter Straße 15, 56075 Koblenz, am 15. Februar

Krisch, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Daimlerstraße 43, 27574 Bremerhaven, am 9. Februar

Kubiena, Irmgard, geb. Reinhardt, aus Nemmersdorf, Kreis Gumbinnen, jetzt Ostpreußenstraße 15, 65207 Wiesbaden, am 14. Februar

Lilienthal, Kurt, aus Neidenburg, jetzt Steenckenshoff 1, 28717 Bremen, am 10. Februar

Murawski, Elisabeth, geb. Jerwin, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Ortenburgstraße 8, 81477 München, am 11. Februar

Nickel, Frieda, geb. Skrzeba, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Siegfriedstraße 32, 45770 Marl, am 9. Februar

Nickel, Hubert, aus Freihausen, Kreis Lötzen, jetzt Sachsenhäger Straße 30, 31718 Pollhagen, am 11. Februar

Pape, Kurt, aus Frischenau und Stanillien, Kreis Wehlau, jetzt Meyerhofweg 3, 49086 Osnabrück, am 14. Februar

Plonus, Heinz, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Rehlingenstraße 3, 86459 Gessertshausen, am 10. Februar

Projahn, Elfriede, geb. Richert, aus Königsberg, Lieper Weg 89, jetzt Dielinger Straße 34, 49074 Osnabrück, am 4. Februar

Rehberg, Ursula, geb. Buddrus, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Jasminweg 17, 33659 Bielefeld, am 12. Februar

Reichert, Emil, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Eppendorfer Weg 245, 20251 Hamburg, am 9. Februar

Reiter, Gustav, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Kameruner Straße 10, 13351 Berlin, am 9. Februar

Rieck, Emilie, geb. Reichert, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelmstraße 1, 15518 Berkenbrück, am 9. Februar

Riedel, Charlotte, geb. Lamm, aus Königsberg, Nassengärter Feuerweg 50, jetzt Engelbrechtweg 20, 22549 Hamburg, am 14. Februar

Rodemund, Emmy, geb. Dormeyer, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Karp-fenteich 3, 24768 Rendsburg, am 14. Februar

Siebold, Johanna, geb. Jaschko, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, jetzt Emscherstraße 14, 47179 Duisburg, am 11. Februar

Schierl, Marianne, geb. Scheffler, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Zum Linnegraben 37, 65933 Frankfurt, am 15. Februar

Schindler, Herbert, aus Richau, Kreis Wehlau, jetzt Maarbachstraße 31, 53347 Alfter, am 10. Februar

Schramm, Elfriede, geb. Winkler, aus Ribben, Kreis Ebenrode, jetzt Bismarckstraße 27, 51373 Leverkusen, am 9. Februar

Strohmeyer, Betty, geb. Szameit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Beethovenallee 93, 53173 Bonn-Bad Godesberg, am 10. Februar

Tomkowitz, Kurt, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Wolfram-von-Eschenbach-Straße 10, 63897 Miltenberg, am 13. Februar

Vinke, Gerda, geb. Radziwill, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Fichtenstraße 32, 49565 Bramsche, am 14. Februar

Wähnert, Hedwig, geb. Reiter, aus Blumenthal, Kreis Schloßberg, jetzt Adolf-Reichwein-Straße 29, 28329 Bremen, am 9. Februar

Weiß, Franz, aus Krippen (Sudetenland), und Kreis Neidenburg, jetzt Berhofer Heide 36, 44805 Bochum, am 13. Februar

Zickermann, Elisabeth, geb. Piotrowski, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Breslauer Straße 8, 67240 Bobenheim-Roxheim, am 12. Februar

ZUR EISERNEN HOCHZEIT

Trawny, Wilhelm, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, und Frau Margarete, geb. Schankin, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiesenweg 9, 29588 Oetzen-Stöcken, am 30. Januar

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Krüger, Willi, und Frau Christine, geb. Büchmann, aus Patricken, Kreis Allenstein, jetzt Ulmenweg 12, 56154 Boppard, am 13. Februar

HÖRFUNK UND FERNSEHEN

Montag, 9. Februar, 18.30 Uhr, 3 sat: nano – Philosophen-Woche bei 3 sat zum 200. Todestag von Immanuel Kant am 12. Februar.

Donnerstag, 12. Februar, 20.15 Uhr, NDR: Reise in die Hölle – Drei ehemalige deutsche Häftlinge begeben sich auf Spurensuche.

Donnerstag, 12. Februar, 20.15 Uhr, 3 sat: Kant-Reloaded. Dokumentation zum 200. Todestag des Philosophen.

Sonnabend, 15. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat: Die Koschneiderei – Land und Leute zwischen Konitz und Tuchel. Von Antje Krekeler.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

getragen. Die Besucher der Ausstellung „Erkenntnis – Freiheit – Frieden – Immanuel Kant" dürfen sich freuen. Im „Palais Keyserlingk" werden sie die erste Darstellung Kants bewundern können, die Zeichnung der Gräfin Caroline Amalie Charlotte von Keyserlingk. Im Ausstellungsbereich „Magister Kant" werden sie das Porträt Kants, 1768 gemalt vom Maler Johann Gottlieb Becker, sehen können, das sich im Besitz der Buchhandlung Gräfe und Unzer befand und heute im Schillermuseum in Marbach am Neckar aufbewahrt wird. Und dort, wo es um den „Professor Kant" geht, werden sie das bekannteste Bild des Philosophen, 1791 gefertigt von dem Maler Gottlieb Doebler bestaunen können. Viele weitere Darstellungen des Philosophen, alle Erstausgaben seiner Schriften, eine komplette Medaillen-Sammlung mit Medaillen von 1804 bis zur Gegenwart, sind in Duisburg zu sehen. Dazu kommen Dokumente zu seinem Werdegang und seiner Arbeit an der Königsberger Albertina. Auch Haare und Schuhe des Philosophen, Briefmarken und Postkarten, die an ihn erinnern, haben wir für die Ausstellung ausleihen können. Seine Freunde, zum Beispiel der Königsberger Oberbürgermeister Theodor Gottlieb von Hippel, seine Gegner, zum Beispiel der Königsberger Johann Georg Hamann (einziges Original-Ölgemälde!) und der Mohrunger Johann Gottfried Herder, werden in der Ausstellung ebenso vertreten sein, wie die großen Schriftsteller, die sich mit Kant befaßt haben, wie zum Beispiel Goethe, Lessing und Schiller. Kants Zeit wird mit Darstellungen der preußischen Könige illustriert, mit Bildern von Königsberg im 18. Jahrhundert, mit Handwerkskunst und anderem mehr.

Zur Ausstellungseröffnung am 12. Februar 2004 um 11 Uhr in der Salvatorkirche (Rathausplatz) ist jedermann herzlich eingeladen. Wegen der vielen Besucher bitten wir alle Autofahrer sich nicht darauf zu verlassen, daß sie am Rathaus einen Parkplatz finden können, zumal unser Eröffnungstag ein gewöhnlicher Arbeitstag ist. Die Ausstellung läuft bis zum 31. Oktober 2004. Dann wird das Museum wieder für zwei Monate geschlossen und die Ausstellung „750 Jahre Königsberg" vorbereitet. Gruppen, die nach Duisburg kommen wollen, sollten sich bei uns anmelden. Gerne helfen wir Ihnen bei der Vorbereitung eines Ausflugs.

LABIAU



Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 Sankt Michaelisdonn / Holstein, Telefon (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01. Geschäftsstelle: Hildegard Knutti, Telefon (04 81) 6 24 85, Lessingstraße 51, 25746 Heide

Auch 2004 reisen wir wieder in die Heimat – Die Teilnehmer unserer Reisen nach Ostpreußen sind immer mehr „Stammgäste", die auch einmal andere Gegenden ihrer schönen Heimat Ostpreußen wiedersehen beziehungsweise kennenlernen möchten. Das Land ist so schön – und voller interessanter Plätze, die es alle zu entdecken gilt. Daher habe ich auch dieses Mal, wie ich hoffe, interessante Reiseabläufe zusammengestellt, damit unsere „Labiau-Familie" (Gäste immer willkommen) eine schöne, interessante Zeit in Ostpreußen hat. Alle Fahrten im komfortablen neuen „Sterntaler"-Fernreisebus der Firma Jungjohann (Heide) mit Küche, moderner Klimaanlage und WC. Buseinsatz in Heide mit Stopps in Hamburg/ZOB, Stolpe, Bernau bei Berlin. Reisebegleitung bei allen Reisen: Brigitte Stramm. Achtung: Reise vier dauert jetzt elf Tage, wir fahren auch nach Riga. Die Flugreise nach St. Petersburg ist günstiger geworden. (Bei allen Reisen Änderungen vorbehalten.) 1. Sussemilker Tage – zehn Tage vom 27. April – 6. Mai 645 Euro, EZ-Zuschlag 120 Euro. Alle Übernachtungen im nördlichen Ostpreußen in der Hotelanlage Forsthaus/Haus Ostpreußen mit Vollpension. Folgende Besichtigungsfahrten mit deutschsprachiger Führung: Busfahrt nach Königsberg und Rauschen an der Samlandküste. Kurische Nehrung, nach Sarkau, zur Vogelwarte und zur Düne bei Pillkoppen. (Beitrag Naturschutz Nehrung rund 11 Euro p. P.); Pillau inklusive Besichtigung und Spaziergang an der Bernsteinküste. (Pillau rund 10 Euro p. P.) Fakultativ, je nach Möglichkeit, werden Fahrten per Schiff von Labiau nach Gilge oder auf das Kurische Haff (Kosten werden vor Ort erhoben) durchgeführt. Für Eigenexkursionen (der erste und letzte Tag in Ostpreußen ist generell Taxitag) in die Heimatorte etc. wird im Forsthaus ein Taxi-Service mit entweder deutschsprachigem Fahrer und/oder Dolmetscher angeboten. Es stehen Pkw und Kleinbusse zur Verfügung (derzeit gültiger Preis wird vor Ort erhoben). Zwischenübernachtung jeweils in Kolberg/HP. 2. West- und Ostpreußen: Posen/Thorn/Allenstein/Gr. Baum – zehn Tage vom 19. bis 28. Juni 730 Euro, EZ-Zuschlag 130 Euro. Stadtbesichtigung Posen, Gnesen, Weiterfahrt nach Thorn (zwei Übernachtungen/HP im Hotel Helius). Thorn: Stadtbesichtigung mit Führung und Freizeit. Fahrt nach Allenstein über Hohenstein, Stadtbesichtigung Allenstein und Fahrt nach Labiau/Gr. Baum, dort vier Übernachtungen /Vollpension. Taxitag, Sie fahren heute in Ihren Heimatort, Taxikosten werden vor Ort erhoben. Königsberg – wir verbringen den Tag in der Stadt. Stadtrundfahrt, Dom (ohne Eintritt), Spaziergang am Oberteich, ein etwas anderes Programm. Rauschen oder Nehrung (Nehrungs-Naturschutzgebühr rund 11 Euro p.P.). Rückfahrt Übernachtung/HP in Kolberg. 3. Labiauer Tag/Cadinen und Frische Nehrung zehn Tage vom 29. Juli bis 7. August 770 Euro, EZ-Zuschlag 130 Euro Labiau / Gr.Baum / vier Übernachtungen

HK / Fortsetzung von Seite 17

in der Hotelanlage Forsthaus Neu Sternberg/Gr. Baum. Vollpension dort vor Ort, bei Tagesfahrten Lunchpakete. Drei Übernachtungen/Halbpension in Cadinen am Frischen Haff, Übernachtung/HP im wunderschönen Hotel Kadyny Country Club, ehemals Gestüt von Kaiser Wilhelm II. Schiffsfahrt nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung, Frauenburg – Dombesichtigung, Besichtigung der Marienburg und Elbing. Rückfahrt über Kolberg/Hotel Solny/HP. Labiauer Tag, Museumsbesichtigung, Stadtrundgang, Schloßschenke und vieles mehr. Taxitag, Sie fahren heute in Ihren Heimatort (Taxikosten vor Ort). Königsberg oder Gumbinnen/Insterburg. Kurische Nehrung/Rauschen, Fahrt nach Cadinen, am Frischen Haff, Dombesichtigung in Frauenburg. Schiffsfahrt von Frauenburg nach Kahlberg (im Preis enthalten), Rückfahrt über Elbing – Danzig nach Kolberg/HP. Heimfahrt. 4. Labiau / Gr. Baum, Kurische Nehrung und Riga, elf Tage vom 17. bis 27. August 975 Euro, EZ-Zuschlag 145 Euro, Hotelanlage Forsthaus Neu Sternberg/Gr. Baum. Vier Übernachtungen/Vollpension dort vor Ort, bei Tagesfahrten Lunchpakete. Drei Übernachtungen in Nidden auf der Kurischen Nehrung (Litauen), Hotel Goldene Düne. Übernachtung mit Frühstück, da das Angebot in den Fischlokalen so vielseitig ist und bestimmt jeder auch einmal „Flunder aus der Hand" ißt. Taxitag, Sie fahren in Ihre Heimatorte (Taxipreise werden vor Ort erhoben). Rundfahrt Nordostpreußen (Gumbinnen, Insterburg, Tilsit). Königsberg und Labiau. Fahrt nach Nidden über die Kurische Nehrung, Stopp an der Vogelwarte. Kurische Nehrung – Schwarzort mit dem sagenumwobenen Hexenwald. Fahrt über das Haff zum Windenburger Eck, nach Minge, mit Picknick). Rückfahrt über Memel nach Riga, dort Stadtbesichtigung und Übernachtung/HP; Rück-fahrt mit der Fähre von Riga nach Lübeck-Siems Lehmann-Kai (Doppel-Außenkabinen, Heimfahrt über Hamburg nach Heide), Kosten für die Schiffsfahrt inklusive Picknick rund 23 Euro p. P. St. Petersburg mit Bern-steinzimmer vom 14. bis 18. Juli 2004 (Anmeldung nur bis 10. April 2004). Fünftägige Sonder-Flugreise mit Pulkovo Airline (Mindestteilnehmerzahl 20). Preis: 790 Euro p.P. im Doppelzimmer, EZ-Zuschlag 190 Euro. Hinflug 14. Juli ab Hamburg um 9:50 Uhr, an St. Petersburg 13:50 Uhr. Rückflug 18. Juli ab St. Petersburg um 19:15 Uhr, an Hamburg 23:15 Uhr. Vier Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel Pribaltiskaja oder Pulkwskaja mit Halbpension. Transfer hin/rück vom Flughafen St. Petersburg. Reiseleitung. Ausflüge zum Katharinenpalast mit Besichtigung des Bernsteinzimmers sowie Peterhof, Großer Palast und Park. Stadtrundfahrt mit Peter-und-Paul-Festung; Eremitage, der Winterpalast in St. Petersburg. Unterbringung in allen Hotels in Zimmern mit Dusche/WC. VP in Nordostpreußen, HP in Polen. Programmänderungen vorbehalten, Visakosten zur Zeit 45 Euro. Preise vorbehaltlich bedeutender Änderungen bei den Einreise- bzw. Transitländern. Die Reisen können nur bei ausreichender Beteiligung stattfinden. Taxikosten und Eintrittsgelder in Königsberg, Nehrungsgebühr bei Fahrten 1–3, Pillau-Besuch sind nicht im Preis enthalten. Nähere Informationen und Buchungen bei Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holst., Telefon (0 48 53) 5 62, Fax (0 48 53) 7 01.

LYCK



Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter: Reinhard Bethke, Westfalenstraße 41, 58135 Hagen, Telefon (0 23 31) 4 46 41. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinikkendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Veränderung in der Ortsvertretung – Als Ersatz für den ausgeschiedenen Ortsvertreter wurde der Landsmann Gerhard Janzik, Wichernstraße 42, 42653 Solingen, mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben für den Heimatort Waiblingen (155) beauftragt. Ortspläne für unseren Kreis: Dem vielfachen Wunsch nach Ortsplänen kann nun entsprochen werden. Die komplette Sammlung der Ortspläne ist in Buchform erschienen und kann zum Preis von 20 Euro unter folgender Anschrift bestellt werden: Reinhard Bethke, Westfalenstraße 41, 68135 Hagen. Der Kaufpreis ist nach Erhalt auf das Konto der Kreisgemeinschaft Lyck e. V. bei der Sparkasse Hagen, Kontonummer 118 004 875, BLZ 450 500 01, zu überweisen. Kopien der Ortspläne für einzelne Ortschaften können nach Rücksprache mit unserem Archivwart Gerhard Lockowandt, Borgenfeldstraße 6, 58099 Hagen, Telefon (0 23 31) 63 13 81, bestellt werden. Der Preis hierfür richtet sich nach dem Umfang und Größe der Kopie und ist somit unterschiedlich. Kreisbuch Lyck: Als Geschenk für jeden Anlaß empfehlen wir unseren Landsleuten das Heimatbuch „Der Kreis Lyck" von Reinhold Weber in zweiter Auflage. Dieses Buch enthält 732 Seiten und kostet einschließlich Porto und Verpackung 30 Euro. In diesem wertvollen Heimatbuch ist die Geschichte von Stadt und Kreis Lyck übersichtlich gegliedert dargestellt. Der Text wird durch Bild- und Kartenmaterial ergänzt. Bestellungen richten Sie bitte ebenfalls an unseren Landsmann Reinhard Bethke (Anschrift s. oben).

Urlaub/Reisen

Erinnerungsfoto



Konfirmandinnen und Konfirmanden des Jahrganges 1954 in Passenheim mit Pfarrer Wittenberg.

Wer erkennt sich auf diesem Foto? Wer wäre es mit einer Goldenen Konfirmation?

Zuschriften bitte an:
Herrn Werner Posdziech, Tulpenstraße 12, 84453 Mühldorf/Inn, bzw. Gunter Rast, Rehhagenhof 15, 33619 Bielefeld

Geschäftsanzeigen

Am 2. Juni 2002 ist in Rüschlikon/ZH verstorben:

Willi Johann Erich Oberholzer, ledig

geboren am 17. April 1909 in Bärefelde/Ostpreußen, von Wald/ZH, wohnhaft gewesen Sädlenweg 10, 8055 Zürich, Sohn des Johann Jakob Oberholzer, geb. in Dornbirn am 26. Juni 1882, von Wald/ZH und der Ida Martha Hedwig, geb. Gierke, geb. am 27. Juni 1882, in Bärefelde/Ostpreußen.
Aufgerufen, sich zum Erbgang zu melden, werden allfällige voll- oder halbbürtige Muttergeschwister bzw. deren Nachkommen, d. h. allfällige weitere Nachkommen der Großeltern Otto Gierke und Karolina, geb. Strehlow.
Die aufgerufenen Personen werden hiermit aufgefordert, sich binnen Jahresfrist, von der Veröffentlichung dieses Erbenaufrufes an gerechnet, bei der unterzeichneten Amtsstelle unter Vorlegung der ihre Erbenqualität ausweisenden Dokumente zu melden, ansonsten sie beim Erbgang außer Betracht fallen. Eingaben an das hiesige Gericht sollten nach Möglichkeit in einer der Amtssprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch) oder in englischer Sprache erfolgen.
Zürich, 9. Dezember 2003

BEZIRKSGERICHT ZÜRICH
Einzelrichteramt in Erbschaftssachen
Postfach, CH-8026 Zürich

Bekanntschaften

Alleinst. Ostpreuße ohne Anhang, freundl. Wesen, gut. Charakter, Nichtraucher, Naturfreund, gebildet, 1,76 m, su. nette Lebensgefährtin. Zuschr. an die Preußische Allgemeine Zeitung unter 40220

Verschiedenes

Super Acht – N 8 und 16 mm Film auf Video übersp. Studio Steinberg, 0 40/6 41 37 75

Suchanzeigen

Wer kennt Verwandte von Emmy Merkert aus Insterburg, Adolf-Hitler-Platz 5? Habe Feldpostbrief von ihrem Mann. Zuschr. an die Preußische Allgemeine Zeitung unter 40227

Siehe, ich bin mit dir
und will dich behüten,
wo du hinziehst.
1. Mose 28,15

Familienanzeigen

Am 9. Februar
feiere ich meinen
71. Geburtstag!

Aus diesem Anlaß grüße ich alle ehemaligen Nachbarn und Freunde aus Willkeim bei Lobitten/Samland.

Heinz Klein
Bodelschwingher Straße 228
44357 Dortmund
(Telefon 02 31/37 00 97)

Waltraut Braklow
aus Gutpitwald
(Wilhelmsberg)
Kreis Gumbinnen

Liebe Mutti,
Oma und Uroma,
alles Gute zu Deinem
80. Geburtstag
am 10. Februar
wünschen Dir
Deine Kinder,
Enkel und Urenkel
sowie Deine Freunde
und Bekannte.

Schön, daß es Dich gibt!

Alles Liebe zum 90. Geburtstag

Marta Irmgard Deter
geb. Pawlowski
jetzt Schillinghörn 6, 28259 Bremen
* 9. Februar 1914 in Königsberg (Pr)

wünschen dir
deine Kinder Gudrun und Peter
deine Enkel Martin und Angelika
deine Enkel Bettina und Manfred
deine Urenkel Anika, Marius und Pia Lena



Wir trauern um
unser Kreisausschußmitglied



Dr. Martin Steinhausen

Veterinärdirektor

geb. 30. 11. 1930 — gest. 20. 1. 2004
Willuhnen, Krs. Schloßberg Ostpreußen — Hamburg

Die Kreisgemeinschaft verliert mit Dr. Martin Steinhausen eine starke Persönlichkeit, die der Heimat immer eng verbunden war und die Kreisgemeinschaft unterstützt und gefördert hat.
In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem aufrechten Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau.

Kreisgemeinschaft Schloßberg (Ostpreußen)

Arno Litty (Kreisvertreter) — **Gerd Schattauer** — **Christian-Jörg Heidenreich** (Stellvertretende Kreisvertreter)

Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit.

In Dankbarkeit nahmen wir Abschied von meiner geliebten Frau, unserer lieben Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Susanne Schulz-Kleyenstüber

geb. Martens

geb. 3. 9. 1910 in Lyck
gest. 18. 1. 2004 in Braunschweig

Karl-Otto Schulz-Kleyenstüber
Kinder, Enkel, Urenkel

Am Hohen Tore 4 A, 38118 Braunschweig

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 23. Januar 2004, in Braunschweig statt.

Und immer sind irgendwo Spuren Deines Lebens,
Gedanken, Bilder, Augenblicke und Gefühle.
Sie werden uns immer an Dich erinnern.

Fern ihrer geliebten Heimat verstarb

Lieselott Kaiser

geb. Mierau

* 26. 4. 1916 — † 16. 1. 2004
aus Landsberg

Deine Kinder
Dorle, Renate und Traudel
mit Familien

Schäferweg 6, 91233 Neunkirchen am Sand

Je schöner und voller die Erinnerung,
desto schwerer die Trennung,
aber die Dankbarkeit verwandelt
die Qual der Erinnerung in einen stillen Frieden
(Dietrich Bonhoeffer)

Nach einem erfüllten und glücklichen gemeinsamen Leben nahm Gott meinen lieben, fürsorglichen Mann, unseren herzensguten Vater, Groß- und Urgroßvater, Bruder und Schwager zu sich in seine Geborgenheit.

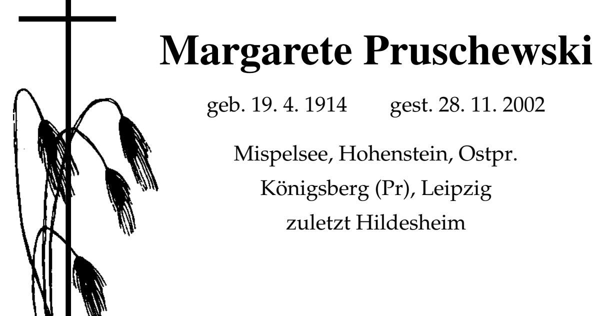
Kurt Schultz

* 19. 10. 1921 — † 16. 1. 2004
in Tilsit, Ostpr.

In stiller Trauer und Dankbarkeit
Irmgard Schultz, geb. Langhans
Erhardt Schultz und Anne
Joachim Schultz und Angelika
Prof. Dr. Rüdiger Schultz-Sternberg und Eike
Enkel und Urenkel

Borgdorfer Straße 2, 24589 Nortorf

Nach Gottes heiligem Willen entschlief unsere liebe Schwester, meine liebe Zwillingsschwester, Cousine und Tante



Margarete Pruschewski

geb. 19. 4. 1914 — gest. 28. 11. 2002

Mispelsee, Hohenstein, Ostpr.
Königsberg (Pr), Leipzig
zuletzt Hildesheim

In Liebe und Dankbarkeit
Hedwig Pruschewski
Käthe Pruschewski
Fritz-Carl Prawitz
Dagmar Prawitz, geb. Möllenhoff

Hildesheim, im November 2002

Der Tilsiter Bowke

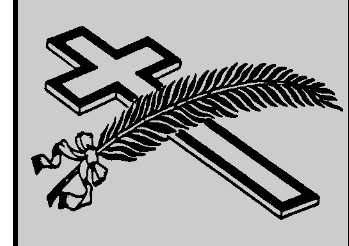
Ulrich Reinhardt

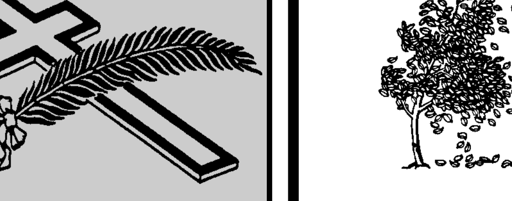
* 16. 9. 1924

Mein lieber Vater und unser lieber Opa
ist am 26. Januar 2004 verstorben.

In stiller Trauer
Hildegard Barthel, geb. Reinhardt
Christian Barthel

Str. P Nr. 2, 13629 Berlin





Erloschen ist das Leben Dein,
Du wolltest gern noch bei uns sein.
Du wolltest die Krankheit bezwingen,
vergeblich war Dein Ringen.
Wie schmerzlich war's, vor Dir zu stehen,
dem Leiden hilflos zuzusehen.
Schlaf nun in Frieden, ruhe sanft,
und hab für alles vielen Dank.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, unserem guten Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager, Cousin und Onkel

Omnibusunternehmer

Ernst Busche

* 21. 1. 1931 — † 19. 1. 2004

Wer ihn kannte, weiß, was wir verloren haben.

Wir werden Dich vermissen.
Annemarie Busche, geb. Barchewitz
Gerd und Angelika Feige, geb. Busche
Dieter und Dagmar Hendel, geb. Busche
mit Kathi und Jenny
Uwe und Astrid Schwarz, geb. Busche
mit Marcel und Pascal
Andreas und Kerstin Busche, geb. Scharninghausen
mit Joanna
und alle, die ihn liebhatten

Sackstraße 5, 31547 Münchehagen

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 23. Januar, in der Friedhofskapelle Rehburg statt.



Einschlafen dürfen, wenn man müde ist und eine
Last fallen lassen dürfen,
die man lange getragen hat,
das ist eine köstliche, wunderbare Sache.
(Hermann Hesse)

Wir trauern um unsere geliebte Mutter, Oma und Uroma

Berta Japha

geb. Hantel

* 26. 6. 1910 in Müngen/Ostpreußen — † 28. 1. 2004 in Springe

Wir wünschen ihr von Herzen Ruhe und Frieden und eine gute Heimkehr.

Wolfgang und Barbara Japha
Kirsten
Torsten und Flavia
mit Simon und Jan-Lauren

Prüßentrift 79 G, 30657 Hannover

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 6. Februar 2004, um 10.30 Uhr in der neuen Friedhofskapelle zu Springe statt; anschließend Beisetzung.
Von Blumen- und Kranzspenden bitten wir Abstand zu nehmen.

»Reise in die Hölle«

NDR zeigt Dokumentation über das ehemalige sibirische Arbeitslager Workuta

Ganz warm angezogen stehen sie ein wenig steif da. Es soll ein warmer Wintertag sein, nur minus 42 Grad, sagen die Einheimischen. Zumindest ist den drei angereisten Deutschen diesmal nicht so eisig ums Herz wie bei ihrem ersten Aufenthalt vor über 50 Jahren als Häftlinge. Heute sind sie freiwillig hier. Horst Schüler, Lothar Scholz und Anita Wille sind in Begleitung der NDR-Redakteurin Rita Knobel-Ulrich, die eine Dokumentation über Workuta für das Fernsehen dreht.

So auch der heute 75jährige Lothar Scholz. Er wurde 1947 in der sowjetisch besetzten Zone als angeblicher amerikanischer Spion verhaftet. 15 Jahre Arbeitslager lautete seine Strafe. Mit dem NDR durfte er nun im KGB-Archiv seine Häftlingsakte einsehen und im Butyrki-Gefängnis in Moskau seine alte Zelle besuchen, die für ihn Zwischenstation auf dem Weg nach Sibirien war. Doch als der NDR ihn filmen will, flieht er. Das damals empfundene Gefühl der Trostlosigkeit ist plötzlich wieder da, schnürt ihm die Kehle zu. Doch warum tut er sich das an? „Um davon zu träumen, mußte ich nicht erst dahin fahren“, sagt er schlicht. Er will sich beweisen, daß es die Hölle Workuta nicht mehr gibt, und so fährt er weiter mit dem Zug nach Workuta – auf der Eisenbahnstrecke, von der es heißt, unter jeder Schwelle liege ein toter, einst für den Bau abkommandierter GULag-Häftling.



Eine der wenigen Gedenkstätten: *Gräberfeld der Opfer des Streiks in Workuta – Lothar Scholz, als angeblicher Spion dort inhaftiert, auf den Spuren seiner Vergangenheit.* Fotos: NDR/Scholz

Sechs Monate lang ist es in Workuta stockdunkel und erbarmungslos kalt – bis minus 50/60 Grad. „Es ist Menschen nicht zuzumuten, dort zu leben“, soll einst der russische Zar Nikolaus II. gesagt haben, als man ihm nahelegte, die vorhandenen Kohlevorkommen abzubauen. Stalin hatte da weniger Bedenken. Workuta war Teil des Archipels GULag. Dorthin wurden Hunderttausende Stalin-Gegner in Viehwaggons deportiert.

„Bis minus 46 Grad mußten wir raus“, sagt Anita Wille. Als 17jährige wurde sie zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Horst Schüler und Lothar Scholz schufteten im Kohleschacht.

Immer noch leben die Kinder und Enkel der ehemaligen Häftlinge in der Stadt am Eismeer, denn auch wer aus der Lagerhaft entlassen wurde, mußte zur ewigen Verbannung in Workuta bleiben. Lothar Scholz kam 1955 dank Adenauer heim, doch nachts verfolgen ihn noch die Häscher von damals. „Es ist kein Unterschied, ob dir ein brauner oder roter Wächter die Zähne einschlägt, der Schmerz ist der gleiche“, so Scholz, Autor des Buches „Im Namen von Marx, Engels, Lenin, Stalin. Eine Jugend in sowjetischen Strafgefangenenlagern“. Aber man müsse auch bedenken, was die Kommunisten ihrem eigenen Volk angetan hätten. „Wenn man heute in Rußland erzählt, man wäre in einem GULag gewesen, dann ist man sofort herzlich aufgenommen, jeder hatte einen Verwandten dort.“

Die Dokumentation „Workuta – Reise in die Hölle“ (NDR, 12. Februar, 20.15 Uhr) zeigt eine sterbende Stadt. Von einst 500.000 Einwohnern leben nur noch knapp 100.000 dort. Erinnerungen an die Straflager sind fast alle aus dem Straßenbild entfernt. Das Erinnern wird nicht gern gesehen. So begleitete ein Aufpasser das Fernsehteam. „So doll ist das da mit der Demokratie nicht“, lautet Lothar Scholz’ Kommentar. Dank ihm und seinen Mitreisenden wird ein Teil der dunklen Vergangenheit Workutas an die Nachwelt weitergegeben. Es soll ihr eine Warnung sein. **R. B.**

Kulturreferentenseminar

Bad Pyrmont – „Natur und Jagd in Ostpreußen“ sind Themen des Kulturreferentenseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 2. bis 4. April 2004 im Ostheim, Bad Pyrmont. Auf dem Programm der Wochenendveranstaltung stehen Vorträge über die Geschichte der Wald- und Forstwirtschaft in Ostpreußen, über das Staats-Jagdrevier Rominten und die Vogelwarte Rossitten, über die Verbreitung des Wolfs in Ostpreußen sowie die masurische Seenlandschaft. Heitere Jagdgeschichten und ein Filmabend runden die Veranstaltung ab. Die Referenten sind Ruth Geede, Prof. Dr. Horst Kramer, Hans-Jürgen Preuß, Dr. Wolfgang Rothe und Helmut Suter. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Parkallee 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08-28, Fax (0 40) 41 40 08-48, E-Mail: husen@lm-ostpreussen.de ■

Diavorträge

Seefeld/Tirol und Bad Godesberg – Helmut Peitsch präsentiert am Dienstag, 17. Februar, 20.15 Uhr, seinen Diavortrag „Das neue Bernsteinzimmer – St. Petersburg und das achte Weltwunder“ sowie am Dienstag, 2. März, 20.15 Uhr, den Diavortrag „St. Petersburg – Wolga – Moskau – auf den Wasserwegen der Zaren“, jeweils im Olympia-Zentrum, Seefeld/Tirol. Am Sonntag, 28. März, 15 Uhr, wird in der Stadthalle Bad Godesberg abermals der Diavortrag „Das neue Bernsteinzimmer – St. Petersburg und das achte Weltwunder“ gehalten. ■

Alles dreht sich um Kant

Veranstaltungen und TV zum 200. Todestag

Zahlreiche Veranstaltungen erinnern in diesen Tagen an den großen Philosophen Immanuel Kant, der vor 200 Jahren in Königsberg starb. So laden die Landsmannschaft Ostpreußen und die *Preußische Allgemeine Zeitung* am 14. Februar zu einem Festakt in den Französischen Dom zu Berlin, während die Stadt Duisburg und die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) am 12. Februar in der Salvator-Kirche Duisburg des Todestages gedenkt. Gleichzeitig wird eine Ausstellung über den großen Sohn der Stadt im Museum Stadt Königsberg eröffnet (zu sehen bis 31. Oktober), die unter der Schirmherrschaft des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück steht. In Hamburg wird währenddessen am 12. Februar, 13 Uhr, ein Legendenschild an der Kantstraße im Stadtteil Wandsbek enthüllt.

Neben Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt, die sich eingehend mit Leben und Werk des Königsbergers befassen, hat auch das Fernsehen die Gelegenheit ergriffen, um im Kant-Jahr 2004 „der philosophischen Nachdenklichkeit im Massenmedium der Moderne breiten Raum“ einzuräumen, wie in einer Pressemitteilung von 3sat zu lesen ist. Der Mainzer Sender erinnert vom 9. bis 13. Februar an Immanuel Kant und weist auf seine Bedeutung für die Philosophen der Neuzeit hin. Seine noch heute allgemeingültigen Erkenntnisse, seine Maßstäbe, die er setzte, können Orientierungshilfe sein auch im neuen Jahrtausend. Darauf wollen Fernsehdokumentationen und Originalaufnahmen von Philosophen des 20. Jahrhunderts aufmerksam machen.

In den Magazinen „nano“ und „Kulturzeit“ werden die zentralen Begriffe der modernen Philosophie auf ihre heutige Relevanz überprüft, so der Sender. „Und in seinem neuen Magazin ‚delta‘, das am 12. Februar im Rahmen unseres Philosophie-Schwerpunktes zum ersten Mal auf Sendung geht, stellt Gert Scobel die Frage nach der Aktualität des von Immanuel Kant begründeten Philosophie-Gebäudes.“

Vorgestellt werden die Philosophen Popper, Wittgenstein, Heidegger, Jaspers, Bloch, Habermas und Adorno. Am 12. Februar sind drei Beiträge über Kant zu sehen: „Immanuel Kant – Von Bürgerrechten in Zeiten der Globalisierung“ (18.30 Uhr), „Immanuel Kant. Die Urteilskraft im Medienzeitalter“ (19.20 Uhr), „Kant – Reloaded“ (20.15 Uhr). Dieser Film von Theo Roos, Länge etwa 45 Minuten, zeigt den Philosophen als Zeitgenossen, als Menschen, „als jemand, der in seinen Texten noch immer zu uns spricht und vor allem nach wie vor etwas zu sagen hat“. Man darf also gespannt sein. **os**

Arbeiten für die gemeinsame Zukunft

Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff empfing polnische Delegation in Osnabrück

Wichtige Punkte der zukünftigen Zusammenarbeit wurden anläßlich des Besuches des Landrates von Allenstein, Adam Sierzputowski, und des Ersten Sekretärs Andrzej Szeniawski im Landkreis Osnabrück besprochen. In ihrer Begleitung war auch die stellvertretende Marschallin der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Bozena Wrzeszcz-Zwada, in das Osnabrücker Land gekommen.

Während des Neujahrsempfanges der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland wurde die Delegation vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff empfangen. In Begleitung des Osnabrücker Landrates Manfred Hugo und der Abgeordneten des niedersächsischen Landtages Irmgard Vogelsang hatten die Gäste die Möglichkeit, dem Ministerpräsidenten die bisher geleistete Partnerschaftsarbeit zwischen den Landkreisen Osnabrück und Allenstein vorzustellen sowie den Wunsch nach einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den Regionen Weser-Ems und Ermland-Masuren vorzutragen. „Die niedersächsische Landesregierung ist gerne bereit, die Zusammenarbeit der beiden Regionen zu unterstützen“, sagte Ministerpräsident Wulff und lud die Verantwortlichen zu einem vertiefenden Gespräch in die Staatskanzlei des Landes Niedersachsen ein.

Im Anschluß ergab sich noch die Möglichkeit, mit dem emsländischen Landrat Hermann Bröring ein Gespräch zu führen. Der Landkreis Emsland plant noch in diesem Jahr die Ratifizierung eines Partnerschaftsvertrages mit dem Landkreis Heilsberg. Des weiteren unterstützt Bröring als Vorsitzender der regionalen Arbeitsgemeinschaft der Hauptverwaltungsbeamten die intensivere Zusammenarbeit beider Regionen. Mit der Koordination wurde der Osnabrücker Landrat aufgrund der guten und umfangreichen Erfahrungen mit dem Landkreis Allenstein von der Arbeitsgemeinschaft beauftragt.

Der Besuch der polnischen Delegation wurde zu weiteren Arbeitsgesprächen genutzt. Unter anderem wurde das Museumsdorf in Cloppenburg besucht. Nach einer informativen Führung durch den Leiter des Museums, Prof. Dr. Uwe Meiners, wurden die polnischen Gäste in einem Arbeitsgespräch über die verschiedenen Arbeitsmöglichkeiten eines Museumsdorfes informiert. Ein Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit werden die Möglichkeiten des Marketings und der Öffentlichkeitsarbeit für ein Museum sein. Neben dieser Kooperation hat Prof. Meiners die Unterstützung für die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft der europäischen Freilichtmuseen zugesagt. Die stellvertretende Marschallin hat den Cloppenburger Museumsdirektor dann auch spontan zu einem Besuch des Freilichtmuseums in Hohenstein eingeladen.

Nach diesem Besuch in der Vergangenheit ging es dann zurück in die Zukunft. Bei einem Besuch des Flugplatzes Damme wurden die Möglichkeiten zur Anlage eines Flugplatzes für Sport- und Geschäftsflieger erörtert. Der Landkreis Allenstein hat nach der Neuordnung des Luftverkehrsrechtes in Polen aus Warschau die Genehmigung für die Anlage eines solchen Platzes in Grieslainen erhalten. Bei den Vorbereitungen für den Antrag sowie den ersten Überlegungen zur Anlage waren unter anderem Theodor Funhoff und Günter Lissek, beide Gesellschafter des Flugplatzes in Damme, mit Rat und Tat behilflich. Diese Unterstützung ist nach Aussagen von Andrzej Szeniawski eine wichtige Hilfe im Antragsverfahren gewesen: „Der Landkreis Allenstein ist der erste Landkreis in Polen, der die Genehmigung für einen solchen Flugplatz nach neuem Luftverkehrsrecht erhalten hat.“

Der Bau ist in mehreren Schritten geplant und wird nach neuesten europäischen Normen erfolgen. Bereits nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes wird der Flugbetrieb mit Sportmaschinen möglich sein. Mit der endgültigen Fertigstellung des Platzes wird sich die Verkehrsinfrastruktur der Region deutlich verbessern. Mit Inbetriebnahme wird der Flugplatz dann auch Basis für die Stationierung eines Rettungshubschraubers werden.

In den Gesprächen wurde auch der Ausbau des Flugplatzes in Gr. Schiemanen bei Ortelsburg zum internationalen Flughafen für die Region angesprochen. Hierüber werden laut Wrzeszcz-Zwada bereits erste Gespräche mit den Landkreisen der Region sowie den Verantwortlichen in Warschau geführt. Sollten diese Pläne realisiert werden, bedeutet dies für die Region Ermland-Masuren einen großen Schritt in die Richtung einer wirtschaftlichen Stärkung. Der Landkreis Osnabrück hat, als Aktionär des Flughafens Münster-Osnabrück, seine Unterstützung bei Planung und Vorbereitung des Ausbaus zugesagt.

Mit umfangreichen Informationen ist die Delegation zurück nach Ermland-Masuren gefahren. Die Vertreter des Landkreises Allenstein, des Landkreises Osnabrück sowie der Woiwodschaft waren sich einig, daß dieser Besuch die Zusammenarbeit ein gutes Stück vorangebracht und den europäischen Gedanken in beiden Regionen gestärkt hat. **G. Braksiek**



Führten informative Gespräche: *Hermann Bröring, Andrzej Szeniawski, Irmgard Vogelsang, Bozena Wrzeszcz-Zwada, Christian Wulff, Anna Wagner-Rybizska (Dolmetscherin), Adam Sierzputowski, Manfred Hugo (v. l.).* Foto: G. B.

Der Elefant der Lüfte hebt erstmals ab

Vor 35 Jahren startete die Boeing 747 »Jumbo-Jet« vom Flughafen Paine Field zu ihrem Jungfernflug / Von Manuel Ruoff



Boeing 747: *Der hier beim Abheben zu seinem Jungfernflug zu sehende Vierstrahler hat eine Spannweite von 59,6 Metern, eine Länge von 70,6 Metern, eine Höhe von 19,3 Metern, eine typische Reisegeschwindigkeit von 895 Stundenkilometern (Mach 0,84), eine maximale Startmasse von 333,4 Tonnen und eine Reichweite von 9.800 Kilometern, die er mit der maximalen Tankfüllung von 183.380 Litern erreicht.*

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge.“ Dieses bekannte Sprichwort trifft bedingt auch für die Boeing 747 zu. Im Jahre 1961 startete die United States Air Force (USAF) das Projekt „Forecast“, was soviel wie Voraussage heißt. Vorausgesagt werden sollte, wie der USAF-Bedarf an Flugzeugen ein Jahrzehnt später aussehen würde. Ein Ergebnis des Projektes war, daß ein Bedarf an zusätzlicher Lufttransportkapazität bestehe. Dieses zeigte sich bereits bei der „Operation Big Lift“, einem im Oktober 1963 durchgeführten transatlantischen Manöver. Über 15.000 GIs wurden dabei mit Kolbenmotor- und Turbopropmaschinen der Typen C-97 „Stratofreighter“, C-118 „Liftmaster“ und C-124 „Globemaster“ über den Atlantik in die Bundesrepublik geflogen, doch Waffen und Gerät höheren Gewichtes und größeren Ausmaßes mußten sie zu Hause lassen, da die dafür nötigen Flugkapazitäten fehlten. In diesem Falle war das kein Problem, da man beim deutschen Nato-Partner auf in eigenen Stützpunkten eingelagerte Waffen zurückgreifen konnte, doch bei einem „out of area“-Einsatz hätte sich das zu einem Problem entwickeln können, denn der Seetransport war zu langsam. Zwei Jahre später stand zwar mit der C-141 „Starlifter“ ein Transport-Jet zur Verfügung, doch war dessen Größe den Verantwortlichen nicht ausreichend. Ein großer Transport-Jet sollte her, und die USAF forderte die einheimische Industrie auf, Vorschläge für ein CX-HLS (Cargo Experimental Heavy Logistics System) einzureichen.

Neben den beiden anderen großen US-Flugzeughersteller Lockheed und Douglas nahm auch die 1916 in Seattle von William E. Boeing gegründete Boeing Company die Herausforderung an und reichte einen Entwurf ein, in dem ein M48-Panzer und ein Jeep, die beide zur damaligen Standardausrüstung der US-Streitkräfte gehörten, nebeneinander Platz fanden. Um nicht nur von hinten, sondern auch von vorne beladen werden zu können und den gesamten Rumpf als Stauraum zur Verfügung zu haben, sah dieser Entwurf den für den „Jumbo-Jet“ so prägnanten „Höcker“ mit der Kanzel vor.

> Der typische »Höcker« erinnert an den ursprünglichen Zweck

Nichtsdestotrotz bekam nicht Boeing, sondern Lockheed am 30. September 1965 den Zuschlag. Das Ergebnis ist die auch heute noch sehr bekannte C-5A „Galaxy“, die lange Zeit das größte Düsenflugzeug der Welt war und heute noch der größte Militärtransporter der westlichen Welt ist.

Boeing schrieb jedoch die in die Wettbewerbsteilnahme investierte Arbeit nicht einfach ab, sondern versuchte sie zivil zu nutzen. Wie im militärischen waren nämlich auch im zivilen Bereich die Planer zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Bedarf an größeren, leistungsfähigeren Maschinen bestehe. Für die Entwicklung einer derartigen Maschine standen nun die Mitarbeiter des Militärtransportflugzeugprojektes und deren Arbeitsergebnisse zur Verfügung.

Vor dem Bau eines derartigen zivilen Flugzeuges wünschten die Manager jedoch analog zum Militärtransporter, daß ein Mindestabsatz garantiert sei. Hierfür bot sich die seinerzeit größte zivile Luftfahrtgesellschaft der westlichen Welt, die US-amerikanische Pan American World Airways, an, besser bekannt unter ihrem Kürzel Pan Am. Laut Boeing selber soll der Präsident von Pan Am, Juan Trippe, dem Boeing-Präsidenten William Allen angeboten haben: „Wenn Sie das Flugzeug bauen, kaufe ich es.“ Auf diese Worte Trippes habe Allen erwidert: „Wenn Sie es kaufen, baue ich es.“ Dieser Dialog mag Legende sein, doch ist Fakt, daß Pan Am am 13. April 1966 25 Exemplare der noch gar nicht existierenden Maschine zum Stückpreis von 20 Millionen US-Dollar kaufte. Andere Fluggesellschaften folgten mit Bestellungen. Im Juli des Jahres gab Boeing seine Entscheidung bekannt, eine Zivilmaschine zu entwickeln und zu bauen, die je nach Ausführung als Ein-Klasse-Maschine 500 oder als Zwei-Klassen-Maschine 350 Passagiere über den Atlantik transportieren kann. Nach der 707, der 727 und der 737 sollte diese Maschine jetzt offiziell die Nummer 747 tragen. In den Medien setzte sich jedoch der Kosename „Jumbo-Jet“ fest.

> Bereits vor über zehn Jahren wurde die 1.000. Maschine ausgeliefert

Für dieses neue, Rekorde brechende Flugzeug mußte extra eine neue, Rekorde brechende Produktionsstätte geschaffen werden. So wurde extra für die Boeing 747 vom August 1966 bis Mitte 1967 für 200 Millionen US-Dollar auf einer Fläche von 315 Hektar Größe bei Everett, rund 50 Kilometer nördlich vom Hauptfirmensitz Seattle und in unmittelbarer Nähe des Flughafens Paine Field, das größte industrielle Gebäude der Welt aus dem Boden gestampft.

Am 1. September 1968 und damit einen Tag vor der Planvorgabe verließ der Prototyp die 5,6 Millionen Kubikmeter Rauminhalt besitzende Werkshalle durch die 91 Meter langen und 26,5 Meter hohen Hangertüren. Am 65. Jahrestag des ersten Motorfluges von Orville Wright sollte sich laut Plan der neue Stolz der US-Luftfahrt, verziert mit den Logos der 27 Fluggesellschaften, die ihn bereits geordert hatten, nach einer Reihe von Hochgeschwindigkeitsrollversuchen eigentlich das erste Mal in die Luft erheben, doch die Bestückung mit Instrumenten erwies sich als langwieriger denn geplant.

Am 9. Februar 1969 war es dann soweit. Mit Boeing-Cheftestpilot Jack Waddell am Steuerknüppel und zwei Bordingenieuren an Bord hob der Elefant der Lüfte erstmals ab. Der Jungfernflug mußte zwar nach einer Stunde abgebrochen werden, doch erwies sich die Ursache, eine geringfügige Fehlfunktion der Landeklappen, als ein weder schwerwiegendes noch langfristiges Problem. Auf dem Aérosalon jenes Jahres 1969 war der „Jumbo“ neben der „Concorde“ die Attraktion. Da standen sie, das schnellste und das größte Verkehrsflugzeug der westlichen Welt. Das schnellste ist inzwischen Geschichte, das größte, der „Jumbo“, bevölkert noch immer die Flughäfen dieser Welt.

Nachdem die Boeing 747 noch am vorletzten Tage des Jahres 1969 ihre Musterzulassung durch die US-amerikanische Bundesluftfahrtbehörde FAA (Federal Aviation Administration) bekommen hatte, erfolgte 1970 die Auslieferung der ersten Exemplare an die Fluggesellschaften, allen voran natürlich die Pan Am. Ein Vierteljahrhundert später sollten bereits mehr als 1.000 Stück ausgeliefert worden sein. ■

Ein Tropfen bringt das Faß zum Überlaufen

Vor 30 Jahren begann der Streik, der Großbritanniens Premier Heath stürzte und indirekt Thatcher zur Macht verhalf

Rund ein Vierteljahrhundert ist es jetzt her, daß Margaret Thatcher Großbritanniens Premierministerin wurde. Die Wurzeln hierfür liegen jedoch ein halbes Jahrzehnt weiter zurück, in einem Bergarbeiterstreik gegen die damalige Regierung unter dem konservativen Premier Edward Heath. Dieser politisch motivierte und keinerlei originär gewerkschaftliche Ziele verfolgende Ausstand war der Schlußpunkt einer langanhaltenden Entwicklung, die Jahrzehnte zuvor ihren Anfang genommen hatte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelangte der Sozialist Clement Atlee als Premierminister an die Macht. Unter dem geistigen Einfluß seiner sozialistischen Labour Party unternahm Großbritannien seither den Versuch, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu beschreiten. Dies beschleunigte jedoch den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und machtpolitischen Niedergang des durch die beiden Weltkriege ausgezehrten einstigen Weltreiches nur. Dieser Weg war geprägt von einer bürokratischen und interventionistischen Wirtschaftspolitik, einer Ausweitung des staatlichen Sektors mit der dazugehörigen Stellenvermehrung im öffentlichen Dienst, ständig steigenden Steuern und einem Machtzuwachs der linksradikalen Einheitsgewerkschaften, die bald einen politischen Einfluß im Lande gewannen, der nicht demokratisch legitimiert war.

Zwar wurde die Labour Party gelegentlich bei Parlamentswahlen abgelöst, aber an der Politik des Landes änderte sich dadurch wenig – besser gesagt gar nichts. So war es also gleichgültig, welche politische Führung das Land hatte. In den entscheidenden Fragen herrschte „Konsens“. Diese Situation ähnelte sehr der heutigen Lage in Deutschland, denn auch hier haben die Wähler in den Schicksalsfragen der Nation keine echten Alternativen. Die Lage in Großbritannien im Jahre 1974 war aber noch extremer, als man sie sich in der heutigen Bundesrepublik vorstellen kann.

Die „konservative“ Regierung des Edward „Ted“ Heath gebärdete sich sozialistischer, als es sich dies die Labour Party jemals getraut hätte: Aus Feigheit vor einer Auseinandersetzung mit dem dem DGB in der Bundesrepublik vergleichbaren Gewerkschaftsdachverband Trade Union Congress (TUC) wurden alle Lohnforderungen, die in der Regel weit über zehn Prozent Lohnzuwachs lagen, erfüllt, und die Regierung willigte in eine staatliche Kontrolle von Preisen und Aktiendividenden ein. Den Gewerkschaften sollte sogar Teilhabe an der politischen Macht zuteil werden. So sollte eine staatliche Kommission eingerichtet werden, welche die Wirtschaftspolitik des Landes lenken sollte. Der TUC sollte auf dieses Gremium maßgeblichen Einfluß erhalten. So hoffte Heath, der ohne politischen Gestaltungswillen war, durch „Nachgeben“ möglichst lange an der Macht zu „überwintern“, eine Art der Politik, die uns Deutschen in den letzten 20 Jahren nicht fremd gewesen ist. Die Folge war, daß bis zu den 70er Jahren Frankreich, die Niederlande und die Bundesrepublik das Inselreich an Wirtschaftskraft und Wohlstand deutlich überholt hatten. Das Scheitern des propagierten „dritten Weges“ war nur allzu offensichtlich. Die Öffentlichkeit des Kontinents sprach höhnisch von Großbritannien als dem „Patienten Europas“.

> Der Gewerkschaftsdachverband TUC griff nach der politischen Macht im Vereinigten Königreich

Dem TUC reichte indes die Teilhabe an der politischen Macht, die Premierminister Heath eingeräumt hatte, nicht mehr aus. So begannen am 7. Februar 1974 die britischen Bergarbeiter mit einem politisch motivierten Streik mit dem Ziel des Sturzes der Regierung Heath. Diese schrieb dann Neuwahlen für den 28. Februar 1974 aus, die wiederum keine klaren Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus erbrachten. Heath trat daraufhin zurück, und der Sozialist Harold Wilson bildete ein Minderheitenkabinett. Wilson gab bald auf und wurde 1976 durch den Sozialisten James Callaghan abgelöst. Diese Regierung schleppte sich dann lustlos dahin, bis sie schließlich 1979 durch ein Mißtrauensvotum gestürzt wurde.

Als Folge der Demütigung des Jahres 1974 durch den TUC beschloß die konservative Partei eine klare Kurswende. Am 4. Februar 1975 gelang es der früheren Erziehungsministerin Margaret Thatcher die Führung ihrer Partei zu erlangen. Vier Jahre später, 1979, gewann Margaret Thatcher die Parlamentswahlen. Sie regierte ihr Land elf Jahre lang. Dies war eine kürzere Zeitspanne, als Helmut Kohl in Deutschland als Regierungschef zugebracht hat, aber im Gegensatz zu Kohl hat Frau Thatcher das von ihr regierte Land nachhaltig verändert. Sie ist die bislang einzige Premierministerin Großbritanniens gewesen. Allerdings hat sie ihre Ziele nicht deshalb erreicht, weil sie ständig betonte hätte, eine Frau zu sein, sondern weil sie einen klaren Gestaltungswillen besaß.

Der 7. Februar 1974 ist aber nicht nur ein Tag gewesen, an dem ein „normaler“ Regierungswechsel eingeleitet wurde, sondern es ist auch der Tag gewesen, an dem die Demokratie Großbritanniens zur Disposition stand. Sollte es künftig zulässig sein, daß gesellschaftliche Gruppen die legal und demokratisch gewählte Regierung dieses Landes einfach stürzen konnten oder nicht? Es war unklar, ob künftig alle politische Macht vom Volke ausgehen sollte. Wenn aber künftig „gesellschaftliche Gruppen“ die Richtlinien der Politik bestimmen sollten, könnte man dann noch Großbritannien als Demokratie betrachten? Verschärfend kam in Großbritannien hinzu, daß auch damals schon das Land keinen Gewerkschaftspluralismus kannte und der TUC fest an der Seite der Labour Party stand.

Die Geschichte Großbritanniens zeigt aber auch uns Deutschen, daß immer dann, wenn die Lage am hoffnungslosesten erscheint, auch die Chance für den grundsätzlichen Neuanfang gegeben ist. Es setzt aber auch den Mut zum Neuanfang voraus.

Klaus Gröbig

Vorbild sein

Geschichten mit preußischen Wurzeln

Preuße sein heißt Verantwortung übernehmen, Vorbild sein und – Cornett: Preußen ist überall, wir alle haben es in uns“, läßt Inta-Elisabeth Klingelhöller-von Gottberg einen alten Ostpreußen zu einer Hauptfigur in einer ihrer Geschichten sagen. Und um Preußen, um das Erbe der Väter, um die Begegnung zwischen den Generationen geht es vor allem in dem neuen Buch der Autorin, die bisher mit autobiographischen Veröffentlichungen von sich reden machte.

In „Augen zu und durch“ geht es allerdings auch um Pferde, genauer gesagt, um Trakehner, und so ist dieses Buch auch eine willkommene Lektüre für Pferdeliebhaber. Alle anderen finden vor allem in den zwei längeren Geschichten („Rosen vom Pikör“, „Wimpernschlag für die Ewigkeit“), die ohnehin am besten gelungen erscheinen, Spannendes zu lesen über preußische Tugenden und darüber, wie man sie jungen Menschen vermitteln könnte. Schließlich sind die „Wurzeln, die Eltern einem mitgeben, ... etwas Kostbares. Sie müssen aber immer neu mit Leben erfüllt werden, dann erst werden sie zu unschätzbaren Werten“. Gewiß wollen Eltern für ihre Kinder stets nur das Beste, wichtig aber sei es, so die Autorin, Vorbild zu sein und, wenn es an der Zeit ist, loszulassen und das Vertrauen nicht zu verlieren.

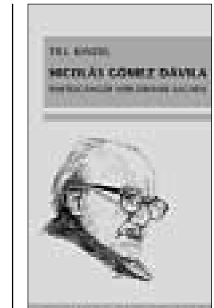
Inta-Elisabeth Klingelhöller-von Gottberg gelingt es, mit ihren Geschichten ernste, komplexe Themen anschaulich darzustellen. Mit sicherem Gespür für Schicksale und Nöte zeichnet sie Menschen von Fleisch und Blut. Und wenn es um die Landschaft Ostpreußen, das Leben in der Heimat vor der Vertreibung geht, auch dann findet sie die richtigen Worte.

„Augen zu und durch“ ist der Titel dieser Geschichten zwischen gestern und heute. „Augen auf und lesen!“ möchte man nicht nur Heimatfreunden empfehlen. **o-n**

***Inta-Elisabeth Klingelhöller-von Gottberg: „Augen zu und durch – Zwischen gestern und heute. Erlebnisse mit Pferden“**, Selbstverlag, broschiert, 258 Seiten, 13,50 Euro*

Emanzipation vom Zeitgeist

Gelungene Biographie des Philosophen Gómez Dávila



Dieser gehaltvolle Band verdient Beachtung, wie die ganze Reihe „Perspektiven“ der Edition Antaios, in der bereits 30 wichtige Bände wie der über Arnold Gehlen von Konrad Weißmann und über Botho Strauß von Michael Wiesberg erschienen sind. Sie alle sind ein wahres Labsal inmitten des linksintellektuellen Konformismus, der heute in Deutschland die „kulturelle Hegemonie“ ausübt. Der Autor Till Kinzel, eine beachtliche philosophische Begabung in der jungen Generation, sieht „echte Geistesarbeit“ zu Recht als „dringendstes Desiderat angesichts der kulturneurotischen Zustände“ unserer Spätmoderne. Till Kinzel gelingt es, durch das umfangreiche aphoristische Werk des kolumbianischen Philosophen Dávila (1913–1996) Schneisen zu schlagen, ein Werk, das geeignet ist, mit der „Akupunktur feiner Nadelstiche“ so manchen aus dem dogmatischen Schlummer zu wecken, der sich heute um „Demokratie“ und „Menschenrechte“ webt.

Dávila läßt in der Tat keinen Zweifel, daß die westliche Welt sich in einer „Epoche der Dekadenz“ befindet, wie die Häßlichkeit vieler Städte (nicht nur der berüchtigten Mega-Städte Asiens und Lateinamerikas) ebenso unwiderleglich zeigt wie die vieler Seelen in der Massengesellschaft mit ihrer Gewalt, Kriminalität und Korruption. In der Tradition von Platon und Thukydides versteht Dávila die Moderne als „ein durch und durch antiplatonisches Projekt“, ein „Spiegelbild des Nihilismus“ (Rohrmoser). Vom Ersten Weltkrieg über das totalitäre Zeitalter bis zum Holocaust und bis in unsere Tage eines zivilreligiös-demokratischen Konformitätsdrucks erleben wir die Dialektik der Aufklärung, den antizivilisatorischen Rückschlag auf die „hypertrophen Emanzipationsbestrebungen“ (Reinhard Maurer) radikalisierter Aufklärung. Das schließt die Kritik an der Realität heutiger Demokratie auch gerade des Westens ein, sowie Dávilas Skepsis gegenüber gottlosen Menschenrechten, politisch-messianischen Erwartungen und Vielregiererei. Dabei ist der „Reaktionär“ Dávila nicht ohne partielles Verständnis für manche revolutionären Motive, und er unterscheidet zwischen den zwei Arten von Konservatismus, dem der Selbstzufriedenen und dem der Skeptiker, zu denen er sich selbst zählt. Für Dávila ist Selbsterkenntnis das höchste Ziel und Gut der Philosophie, und so macht er sich Sorgen um die totalitäre Entartung der Demokratie und ihren „demokratischen Atheismus“ mit seiner „Theologie eines immanenten Gottes“ und des Menschen, der sich selbst zu Gott macht.

Dávila ist überzeugt, daß aktionistische politische Programme keine Abhilfen schaffen können. Wenn er – auch um den denkfaulen Bürger zu provozieren – von „Gegenaufklärung“ und „Reaktion“ spricht, meint er damit, wie Till Kinzel schön herausarbeitet, nicht ein Rückwärtsgehen, sondern die Änderung der Wegrichtung. Die Verhältnisse des Niedergangs selbst nötigen zu neuem Nachdenken auf ungewohnten Bahnen. Die bisherige beliebte Antithese „Fortschritt gegen Reaktion“ vermag ohnehin keine tragfähige Auskunft mehr zu geben. Die wichtigste Emanzipation unserer Tage wird daher diejenige vom scheinbar so plausiblen Zeitgeist sein müssen. Nicht um blinde Raserei gegen die Wände der Moderne wird es dabei gehen, schon gar nicht mit ausschließlich politischen Mitteln, wohl aber um ein Wachhalten der Erinnerung, um die Verteidigung der Herkunftsbestände, ohne die der Untergang der Humanität und die endgültige Herrschaft von Nietzsches „letztem Menschen“ unausweichlich wäre. Kinzel bewertet Gómez Dávilas Werk als große Mahnschrift, als einen Akt der Psychohygiene in unseren kulturneurotischen Zuständen, als einen „Guerillakrieg der Gedanken auf Schleichpfaden“, den man nicht unterschätzen sollte. **K. Hornung**

***Till Kinzel: „Nicolás Gómez Dávila. Parteigänger verlorener Sachen“**, Edition Antaios, Schnellroda 2003, 154 Seiten, 12,00 Euro*

Die vorgestellten Bücher sind beim PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon 0 40/41 40 08 27, zu beziehen.

Tagebuch eines DDR-Intellektuellen

Ulrich Dietzel, einstiger Leiter der Akademie der Künste, über seine Ost-Erfahrungen



Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit findet in einem Dreieck aus systemtheoretischen Erklärungsmustern westlicher Provenienz, Stasi-Enthüllungen und Beiträgen von Bürgerrechtlern statt. Wieviel dabei an relevanten Erfahrungen unberücksichtigt bleibt, zeigt ein Buch aus dem Leipziger Verlag Faber & Faber. Verfasser ist Ulrich Dietzel, Jahrgang 1932, der 1955 von Alfred Kantorowicz an die Akademie der Künste in Ostberlin geholt worden war. Der langjährige Leiter der Literaturarchive der Akademie amtierte von 1990 bis 1993, bis zum Zusammenschluß mit dem Westberliner Pendant, auch als ihr Direktor.

Dietzel veröffentlicht sein Tagebuch, das er seit 1955 geführt hat. Er hatte Kontakt zur künstlerischen und politischen Prominenz der DDR, über die er interessante Einzelheiten mitteilt. Die Affinität Stephan Hermlins für Ernst Jünger war demnach noch größer, als man vermuten konnte. Hermlin wäre gern der Begründer eines „linken Jüngerismus“ geworden. Zu dem Einwand, die Erzählung „Auf den Marmorklippen“ sei kein Beleg für die Distanz des Autors zu den Nazis, weil Jünger jede politische Absicht der Erzählung bestritten hatte (Marcel Reich-Ranicki argumentierte so noch 2003!), äußerte Hermlin 1975: „Jünger ist eben kein Mann, der sich ranschmeißt. Anderen wäre eine solche Interpretation sicher recht gewesen. – Und er hat Juden geholfen.“

Zudem offenbart sich hier die Gedankenwelt eines DDR-Intellektuellen, der den Sozialismus als Prinzip bejahte und gerade deshalb an den Realitäten im Land immer stärker litt. Dietzel war Reisekader, für DDR-Verhältnisse also ungeheuer privilegiert. Um so auffälliger ist es, daß sich auch bei ihm die Beobachtung Wolfgang Englers bestätigt, daß die DDR-Bürger kaum politische Phantasie freisetzten. Der Grund wird in Dietzels Notizen deutlich: Jedes Nachdenken über politische Veränderungen führte unausweichlich zur offenen deutschen Frage zurück. Wer die Demokratisierung der DDR ernsthaft wollte, mußte letztlich ihr Aufgehen in der Bundesrepublik akzeptieren und anstreben. Vor dieser Konsequenz erschraken die meisten Systemkritiker. Blieben einzig die Hoffnung auf die Einsicht der DDR-Führung und der Auftrag an sich selbst, ihr diese Einsicht auf dem Umweg der ästhetischen Erziehung zu vermitteln. Mit dem Mauerfall war dieser Politikansatz gänzlich anachronistisch geworden. Die Fusion der Akademien in Ost- und Westberlin vollzog sich aus Dietzels Sicht als feindliche Übernahme. Seine Aufzeichnungen machen den großen Wählerzuspruch für die PDS als Folge vielfacher Verbitterungen der Ost-Intelligenz nach der Wiedervereinigung plausibel. Er selber wäre Sozialdemokrat geworden – wenn man ihm nur bedeutet hätte, daß er dort willkommen sei. So wird das Tagebuch zur Chronik über einige der Fehler bei der Wiedervereinigung. **Thorsten Hinz**

***Ulrich Dietzel: „Männer und Masken – Kunst und Politik in Ostdeutschland. Ein Tagebuch“**, Verlag Faber & Faber, Leipzig 2003, 365 Seiten, 29,70 Euro*

Blick in den Abgrund

Tochter vermeint Vater auf NS-Exekutionsfoto zu erkennen

Viele Gemüter hat sie erregt, indirekt einen Kampf der Generationen angefacht. Die Wehrmachtsausstellung verdammt die normalen Soldaten des Zweiten Weltkriegs pauschal zu brutalen Mördern, doch die Vater- beziehungsweise Großvatergeneration bestreitet; so war das nicht.

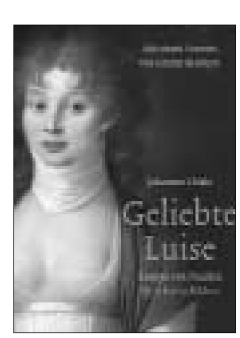
Was ist, wenn ein Besucher der Wehrmachtsausstellung auf einem Foto von einem Erschießungskommando plötzlich seinen Vater zu erkennen glaubt? Dieser brisanten Frage widmete sich die Autorin Ulla Hahn in ihrem neuesten Roman „Unscharfe Bilder“. Hier vermeint die Lehrerin Katja auf einem Foto ihren Vater auszumachen und stellt den älteren Herrn eines Nachmittags in seiner Hamburger Seniorenresidenz an der Elbe zur Rede. Der Schöngeist und Kenner der Antike Hans Musbach ist verwirrt, weiß seine Tochter doch, daß er als Lehrer seinen Schülern immer wieder die Grausamkeiten des NS-Regimes vor Augen gehalten hat. Nie hat er versucht, etwas schönzureden, und plötzlich sitzt seine Tochter unnachgiebig vor ihm und fordert eine Erklärung. Widerwillig belebt Musbach seine Erinnerung neu, doch seine Tochter reagiert zornig. Sie will nichts hören von jungen Abiturienten, von Bomben zerfetzten Kameraden, nagendem Hunger, aufbrechenden Frostbeulen, Heimweh und Zweifeln im Kriegsalltag der Deutschen. Sie will nur von den bestialischen Mordtaten hören. Unnachgiebig quält sie den Vater, der auch nach langer Vorgeschichte zu dem Bild der Ausstellung kommt, nur wirkt es im Zusammenhang plötzlich nicht mehr so, wie es die Tochter sehen wollte.

Ulla Hahns Buch verspricht nach den ersten Zeilen ein exquisites Lesevergnügen zu werden. Eindrucksvoll schildert sie das Leben im Heim für betuchte Senioren, entwickelt facettenreiche Charaktere und überzeugt mit einer eindrucksvollen Sprache. Der Vater-Tochter-Konflikt kommt da ganz unerwartet. Sensibel beleuchtet sie die Beweggründe des Vaters und der Tochter, geht auf deren Schwächen und Stärken ein und fesselt den Leser mit dem Generationskonflikt. Dann aber versteigt sie sich in guter Absicht, Klischee und Belehrung. Zäh entspinnen sich die vielen Treffen zwischen Vater und Tochter. Ihr Verständnis für beide Seiten ist zwar gut wiedergegeben, aber was bitte soll das Ende der Geschichte des Vaters? Vom Wehrmachtssoldaten zum zwischen sowjetischen Partisanen lebenden Liebhaber einer jüdischen Widerständlerin? Eine völlig unnötige nachträgliche Heroisierung des Vaters. Wirklich schade! **R. Bellano**

***Ulla Hahn: „Unscharfe Bilder“**, DVA, München 2003, geb., 288 Seiten, 18,90 Euro*

Beeindruckend

Bildband mit vielen Luise-Gemälden



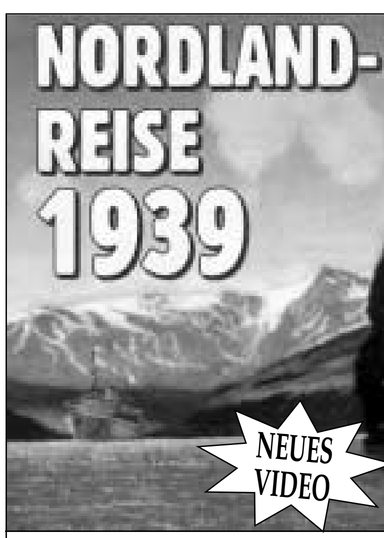
Luise war tatsächlich eine Königin, wie es sie sonst nur im Märchen gibt. Zumindest war sie so angelegt: jung, schön, lustig, charmant, modisch, vergnügungssüchtig, dabei mitfühlend und großzügig, ein weiches Herz, ein bißchen oberflächlich vielleicht, gründlich ungebildet, aber von einer Erscheinung, daß selbst hartgesottenen Gesandten aus fremden Ländern der Atem stockte und sie sich an ihrer Begrüßungssprache verhedderten, wenn sie erschien.“ Dieses Zitat des Preußenkenners Heinz Ohff ist nur eines von vielen, das neben den verschiedensten Abbildungen zum Leben der Königin Luise in dem Bildband „Geliebte Luise“ abgedruckt ist.

Johannes Thiele, der im vergangenen Jahr schon ein bereicherndes Werk zum Leben der Preußenkönigin abgeliefert hatte, hat jetzt diesen Bildband herausgegeben. Der mit einem Vorwort des ebenfalls anerkannten Luisenbiographen Günter de Bruyn versehene, großformatige Bildband ist von hoher Qualität. Die 234 Abbildungen, teils auch in Farbe, geben einen Eindruck der großen Königin, der durch die vielen Tagebuch- und Briefausschnitte von Zeitzeugen wie auch von der Legendenumrangten selbst zusätzlich mit Leben gefüllt wird.

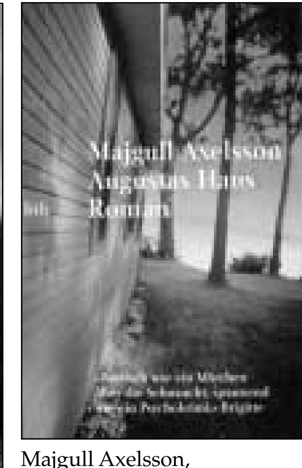
Der opulente Band verdeutlicht aber auch, wie unterschiedlich Luise im Laufe der Zeit gesehen wurde. Noch ein Jahrhundert nach ihrem Tod wurden Zeichnungen und Gemälde von ihr gefertigt, die jedoch die Idealisierung aus dem Geist der Zeit des Malers verdeutlichen. Die vielen Bilder zeigen häufig ganz unterschiedliche Frauen, obwohl sie alle die gleiche Person darstellen sollen. Das ist faszinierend zu beobachten und läßt ahnen, was die Menschen in der schon im jungen Alter von 34 Jahren verstorbenen Monarchin gesehen haben. Beeindruckend! **R. B.**

***Johannes Thiele: „Geliebte Luise. Königin von Preußen – Ihr Leben in Bildern“**, nicolai Verlag, Berlin 2003, geb., 234 Abb., 224 Seiten, 49,90 Euro*

PREUSSISCHER MEDIENDIENST



Nordlandreise 1939
Einsame Fjorde, rauschende Wasserfälle, brodelnde Geysire und mächtige Gletscher, diese Eindrücke ihrer Nordlandreise nahm die Reisegruppe um Eva Braun zum größten Teil in Farbe auf. Das historische Material wurde aufwendig nachbearbeitet und mit kenntnisreichen Kommentaren versehen.
VHS-Video, Laufzeit ca. 53 Min. **19,80 €**



Majgull Axelsson, Christel Hildebrandt
Augustas Haus
Eine große Familiensaga aus Schweden: drei Frauen aus drei Generationen – und ein altes Haus, das sie auf magische Weise miteinander verbindet. Augustas Haus birgt viele Gespenster. In seinen Ecken und Winkeln liegen die Stimmen eines ganzen Jahrhunderts verborgen.
TB, 406 S. **10,00 €**

Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen
Lieder und Balladen der Heimat
Ostpreußen – Es war ein Land …
Geläut der Silberglocke des Königsberger Doms / Es war ein Land (aus: Stimme der Heimat) / Land der dunklen Wälder / Sonnenwendreigen (aus: Ostland) / Reiter schmuck und fein / Mainacht (aus: Stimme des Herzens) / So seht mal an mein rosa Kleid / Anke von Tharau / De Oadebar / Zogen einst fünf wilde Schwäne u.v.m.
CD **13,00 €** MC **11,00 €**

Der fröhliche Ostpreuße – Lustige Geschichten und Lieder
Es singen: Vera Brunschede, H. Tilsner und die „Elbinger Spatzen“, es musizieren: Die „Lustigen Pillkaller“, und es schabbert: Heinz Wald.
CD **12,95 €**



Kesselring, Albert
Soldat bis zum letzten Tag
„Wenn das Buch dazu helfen kann“, so Kesselring, „die Nebeldecke, die nach 1945 über dem deutschen Soldatentum stand, weiter aufzulockern, so hat es seinem Zweck genügt. Die Geschichte wird das letzte Urteil fällen.“
Geb., 476 S. **29,90 €**

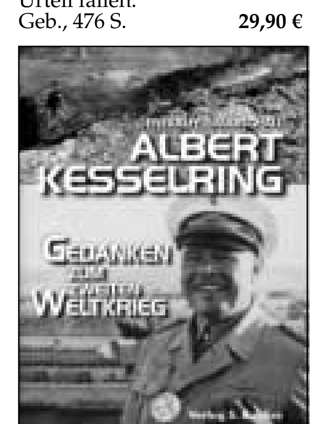


Angela Merkel im Gespräch mit Hugo Müller-Vogg
Angela Merkel – Mein Weg
Eine Positionsbestimmung – persönlich und politisch. Vor 14 Jahren war sie eine unbekannte Physikerin an der Ost-Berliner Akademie der Wissenschaften. Heute ist Angela Merkel politisch die mächtigste Frau, die es in Deutschland je gab: Parteivorsitzende, Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – und vielleicht im Jahr 2006 die erste deutsche Kanzlerkandidatin.
Geb., 250 S. **19,90 €**

Olsen, Kåre
Vater: Deutscher
Mit dem Frieden kam das Leiden. Etliche tausend norwegische Kinder waren ausgerechnet nach dem Abzug der nationalsozialistischen Besatzer massiven „Schikanen und Übergriffen unterschiedlichster Art ausgesetzt“ durch Landsleute. Sie galten als „Kinder der Schande“, denn ihre Väter waren deutsche Soldaten. Aus Rache diskriminierten, mißhandelten und mißbrauchten Nachbarn, Mediziner, Pädagogen und selbst staatliche Bedienstete die „Deutschenkinder“ und ihre Mütter, die „Tyskertos“ (Deutschenmädchen), auf so niederträchtige Weise, daß viele noch heute unter dem Trauma leiden. „Für sie begann der Krieg eigentlich erst im Frühjahr 1945“, sagt der Osloer Historiker Kåre Olsen.
Geb., 380 S. **29,90 €**

Strehl, Paul
Ich kam nicht als Fremder
Die sehr lebendige und nuancenreiche Erinnerung eines Ostpreußen an seine Heimat, aus der er als Junge flüchten mußte. Kart., 248 S. **13,80 €**

Chronik-Set zum Komplettpreis
Familien-Chronik in edler Ausstattung: 208 Dokumentarseiten, inklusive Ahnentafeln und -akten, wertvoller Echt-Leinen-Einband, Lederrücken, markante Goldprägung. • Anleitung mit hilfreichen Adressen. • Stammbaum-Poster, farbig • CD-ROM mit: WinAhnen, Dokumenten-Manager, Chronik digital.
Das Komplett-Set befindet sich in einer stabilen Schmuckbox zum Aufklappen.
Mit viel Platz für persönliche Dokumente.
Statt 49,90 € nur 14,95 €



Kesselring, Albert
Gedanken zum II. Weltkrieg
Dies ist die Neuauflage des Buches von Generalfeldmarschall Albert Kesselring, in dem er erstmals 1955 – nach seiner Haftentlassung – seine militärischen und politischen Erkenntnisse zum Zweiten Weltkrieg zusammengefaßt hat. Er untersucht eingehend die Fehler und Versäumnisse der deutschen militärischen Führung, beschreibt aber auch die hervorragenden Leistungen der Deutschen Wehrmacht.
Geb., 202 S. **20,50 €**

Kant, Immanuel
Die drei Kritiken
Anläßlich des 200. Todestages des berühmten Königsberger Philosophen erscheint im Meinerverlag diese Sonderausgabe der drei Kritiken. Die drei Bände „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“, „Kritik der Urteilskraft“ sind seiten- und textidentisch mit den Einzelausgaben in der Philosophischen Bibliothek von Meiner. Es handelt sich dabei um hervorragende Ausgaben, die sich seit Jahren im Kantstudium bewährt haben.
TB, 3 Bände **19,80 €**

MUSIK VON DAMALS



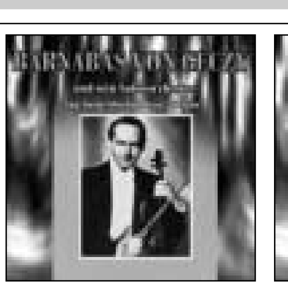
Salonmusik
Wien bleibt Wien, Ein Liebestraum, Nordische Träume, Träumerei, Poème, Schön Rosmarin, Plaisir d'Amour und viele mehr
2 CDs mit 36 Melodien, intoniert von bekannten Salonorchestern nur **9,99 €**

Die Goldenen Schlager der 30'er Jahre
Willy Fritsch, Lilian Harvey, Hans Albers, Zarah Leander, Any Ondra, Rudi Schuricke, Marika Rökk, Willy Forst, Lizzi Waldmüller, Comedian Harmonists und viele andere.
2 CDs mit 34 berühmten Schlagern nur **9,99 €**

Peter Igelhoff und sein Ensemble
Sing ein Lied, wenn Du mal traurig bist.
24 bekannte Melodien
CD nur **7,95 €**

Michalowski, Horst
Masurenland
Die Natur und Menschen in Gedichten und Geschichten
Kart., 72 S. **7,90 €**

Hrsg. Keitel, Hans-Joachim
Keitel in Nürnberg – Stellungnahme zur Anklage
Unveröffentlichte persönliche Aufzeichnungen während der Gefangenschaft in Nürnberg. Geb., 413 S. **24,95 €**



Sag' beim Abschied leise Servus
Barnabas von Géczy und sein Salonorchester
21 Titel
CD nur **7,95 €**





Willy Forst
Durch dich wird diese Welt erst schön, Mein Mädel ist nur eine Verkäuferin, Unter einem Regenschirm am Abend, Gnädige Frau, wo waren sie gestern, Wir zahlen keine Miete mehr, Sag' beim Abschied leise Servus u.v.a.
18 unvergessene Lieder CD nur **7,99 €**



Nostalgische Kostbarkeiten
Heinz Rühmann, Hans Albers & Marika Rökk
Die schönsten Lieder dieser großen Stars
38 Melodien
3 CDs nur **11,99 €**

Salomon, Heinrich
Nur nicht nach Labiau gehen!
Flucht und Überlebenskampf einer ostpreußischen Familie aus der Nähe von Tilsit, die sich weder auf dem Landweg noch mit dem Schiff nach Deutschland retten kann, im Samland das Kriegsende erlebt und nun auf sich selbst gestellt ist. TB, 381 S. **22,00 €**

Kurowski, Franz
Generaloberst Dietl – Deutscher Heerführer am Polarkreis



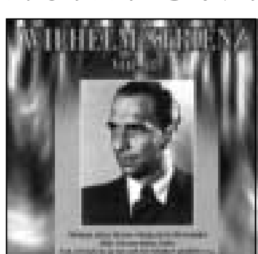
Eduard Dietl war vom ersten Tag seines Kriegseinsatzes bis zum tragischen Absturz am 23. Juni 1944 ein vorbildlicher Soldat und Truppenführer. Seinem Gedenken ist dieses Werk aus der Feder eines Kriegshistorikers von Rang gewidmet. In der Anlage zu diesem einmaligen Werk wird auch aller Generale der Gebirgstruppen in jeweils einem abgeschlossenen Kurzbeitrag gedacht. Geb., 352 S., 64 Bilds. **20,50 €**

Hennig, Siegfried
Krieg frißt Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen
In Behlacken nahe Königsberg erlebt der Autor eine ungetrübte Kindheit in wundervoller Natur. Streiche und Abenteuer sind an der Tagesordnung. Doch dann in den Krieg – russische Gefangenschaft – irgendwann nach Hause. Doch Ostpreußen mit dem elterlichen Hof gibt es nicht mehr …
TB, 416 S. **19,00 €**

Wilhelm Strienz



Vol. I
Arien aus: Die lustigen Weiber von Windsor, Der Freischütz, Der Wildschütz, Die Zauberflöte, Der Barbier von Bagdad, Simone Boccanegra, Die sizilianische Vesper, Ernani u.v.a.



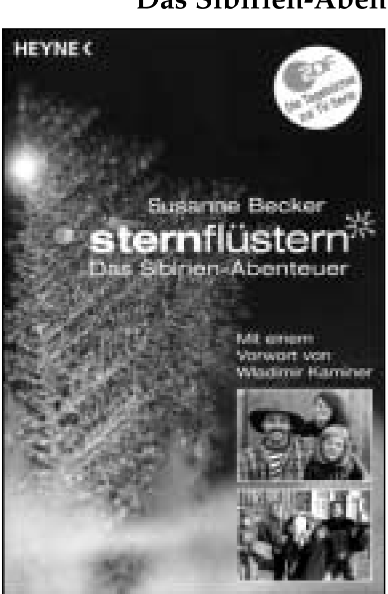
Vol. II
Heimat, deine Sterne, Steig ein in die Gondel, Hab' ich nur deine Liebe, Ach, ich hab sie ja nur auf die Schulter geküßt u.v.a.



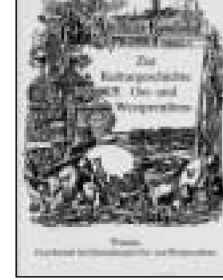
Vol. III
Sag beim Abschied leise Servus, Du hast Glück bei den Frau'n, Bel Ami, Im tiefen Keller sitz ich hier, Dunkelrote Rosen u.v.a.

Jede CD nur 7,99 €
Alle 3 CDs zusammen für nur 19,99 €

Das Buch zur aktuellen ZDF-Dokumentation
sternflüstern
Das Sibirien-Abenteuer



Zwei deutsche Familien haben sich auf das Wagnis Sibirien eingelassen. Sie wollen erleben, was es heißt, ohne den gewohnten Komfort in einem kleinen Dorf am Baikalsee unter Einheimischen zu leben.
TB, 254 S.
12,00 €



Prussia – Gesellschaft für Heimatkunde Ost- und Westpreußens, Hrsg. Günter Brilla
Zur Kulturgeschichte Ost- und Westpreußens
Fünfzehn Autoren führen den Leser von den Wallburgen der Prussen bis in die politische Gegenwart.
Kart., 191 S., zahlr., teils farb. Abb. **12,00 €**





Oster, Uwe A.
Der preußische Apoll
Prinz Louis Ferdinand von Preußen Ein Liebling der Frauen – und vergöttertes Vorbild für seine Soldaten. Die Legende machte aus Louis Ferdinand einen Helden – und vergaß den Menschen dahinter.
Geb., 304 S. **24,90 €**

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: **PREUSSISCHER MEDIENDIENST**
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname: ____________ Name: ____________

Straße, Nr.: ____________

PLZ, Ort: ____________ Telefon: ____________

Ort, Datum: ____________ Unterschrift: ____________

6/2004

Quer durchs Beet

»Erlebnispädagogik« empört das Ausland

Die sogenannte „Erlebnispädagogik“, mit der schwer straffällig gewordene deutsche Jugendliche durch Weltreisen bis nach Süd- und Mittelamerika resozialisiert werden sollen, sorgt nach einem Bericht des *Spiegel* zunehmend für ernste diplomatische Probleme. Etliche jugendliche Straftäter verüben demnach während der Aufenthalte, die den Steuerzahler inklusive Betreuung bis zu 200 Euro am Tag kosten, in den Gastländern schwere Verbrechen bis hin zu Totschlag und Vergewaltigung. Der Außenminister von Chile habe den deutschen Botschafter heranzitiert und in ungewöhnlich scharfen Worten die sofortige Beendigung der Jungkriminellen-Verschickung in sein Land gefordert. Zahlreiche sozialtherapeutische Vereine in Deutschland verdienen an den umstrittenen Besserungsmaßnahmen.

CDU: Zahlt endlich Rente an SED-Opfer

Die Führungen der drei CDU-Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt haben am vergangenen Sonnabend im sachsen-anhaltischen Schkopau eine „Schkopauer Erklärung“ verabschiedet, in der sie die Bundesregierung auffordern, endlich eine Rente an SED-Opfer zu bezahlen. Rot-Grün hatte dies erst Ende letzter Woche erneut abgelehnt.

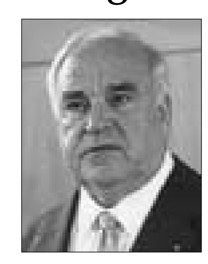
Personalien

Enteignungen 45/49: Nur »Forderung«

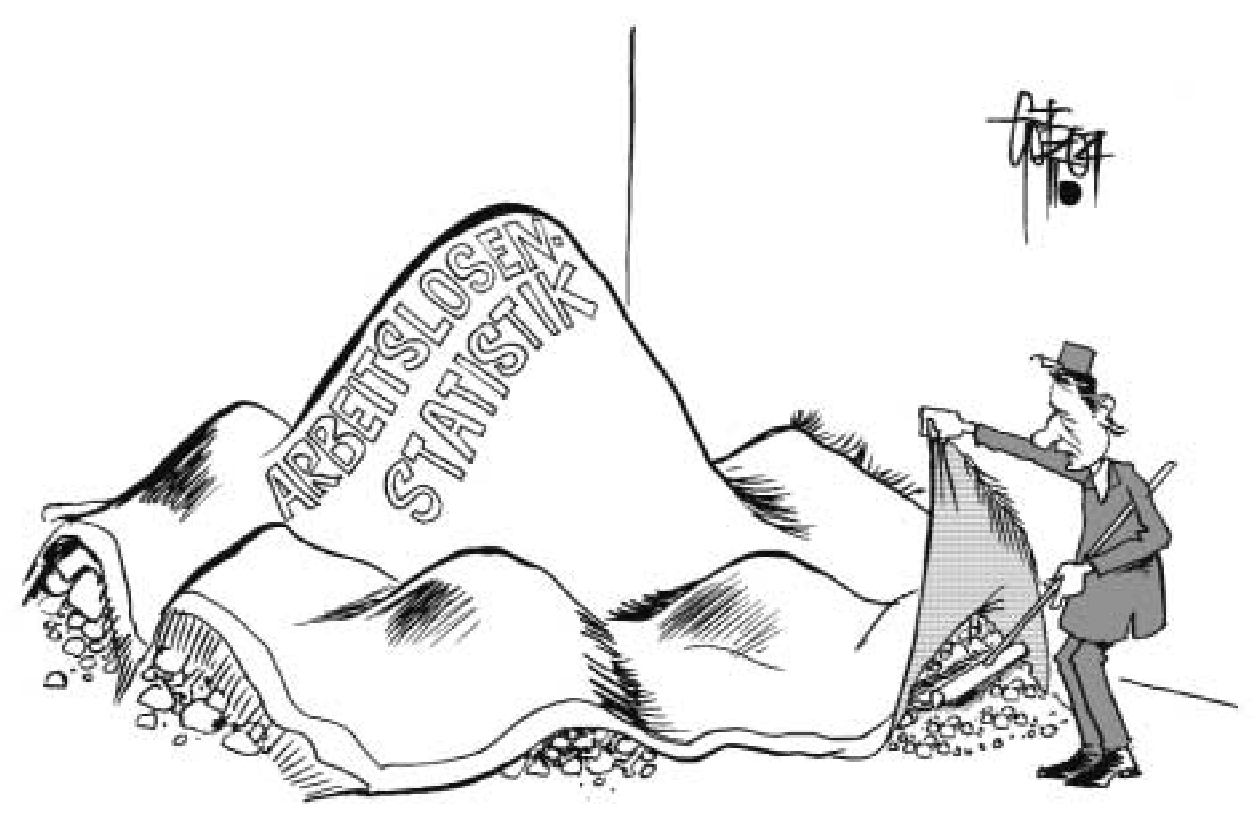


Der letzte Ministerpräsident der DDR, **Lothar de Maizière**, behauptet nicht mehr, die Beibehaltung der Enteignungen in der Sowjetzone von 1945 bis 1949 sei eine Bedingung der Sowjetunion für die deutsche Einheit gewesen. Der *Welt am Sonntag* sagte der CDU-Politiker, Moskau habe die Beibehaltung zwar gefordert, die Forderung sei aber „abdingbar“, also verhandelbar gewesen, sie ist aber laut de Maizière offenbar nicht verhandelt worden. Auch der damalige DDR-Außenminister Markus Meckel (SPD) spricht nur noch von einer „Forderung“, nicht mehr von einer „Bedingung“ der Sowjets für die Vereinigung der deutschen Staaten.

Kohl: Vorbedingung gab es nicht



Alt-Kanzler **Helmut Kohl** (CDU) hatte bislang strikt darauf bestanden, daß die Beibehaltung der Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949 eine „Vorbedingung“ der Sowjets für ihre Zustimmung zur deutschen Einheit gewesen sei. Einem Medienbericht zufolge soll er in einer Gesprächsrunde am 16. Januar auf Schloß Eichholz bei Bonn dem nun selbst widersprochen haben. Dort habe Kohl gesagt: „Wenn erzählt wird, die Sowjetunion habe Vorbedingungen für ihr Ja zur Einheit gestellt, dann stimmt dies nicht.“ Das Zitat hat der Alt-Kanzler bislang weder bestätigt noch dementiert. Vor dem Bundestag hatte Kohl 1991 von einer „Vorbedingung“ gesprochen.



»Im Beritt eines Superministers hat es super aufgeräumt zu sein!« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Und weg sind sie!

Clement übt jetzt Malen mit Zahlen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Der Fasching hat noch gar nicht begonnen, da läßt Kanzler Schröder den lustigsten Klamauk-Kracher des Jahres schon wieder absagen, noch bevor wir so richtig in Stimmung gekommen sind: Die tollen Tage vom „Reformschub“ und der „Innovationsoffensive“ sind vorbei, der „Aufbruch in die Zukunft“ ist mit dem letzten Berliner Schnee in die Kloaken der Hauptstadt entschwunden. Das kommt davon, wenn einen die Vorfreude im Rausch der Ankündigungen derart mitnimmt wie die nun völlig erschöpften Sozialdemokraten. Die liegen jetzt blaß in den Ecken, wischen sich den Schweiß von der Stirn und nuscheln atemlos von der „Grenze der (also ihrer) Belastbarkeit“.

Daß man sich nun nicht mehr zu bewegen gedenke, bedeute jedoch keinesfalls Stillstand, fuhr der Kanzler flugs allen Rastlosen in die Parade. Auch auf dem Bauch liegend kann man ja immerhin noch schöne Zahlen in die Luft malen. Das haben die in den DDR-Planungsabteilungen auch gemacht, und siehe da: Die Statistik des Arbeiter- und Bauernstaates wurde von Jahr zu Jahr prächtiger. Auf dem Zenit des immerwährenden DDR-Aufschwungs, so um 1989, waren die Zahlen des Erfolgs in derart schwindelnde Höhe gestiegen, daß man sie von der niederen Realität aus kaum mehr erkennen konnte. Als Wirtschafts- und Arbeits- und Superminister Clement zudem erfuhr, daß es in jener DDR nicht mal Arbeitslose gab, hat er sich endgültig von der Überlegenheit realsozialistischer Zahlenakrobatik überzeugen lassen und beschloß, die Arbeitslosendaten künftig viel hübscher zu machen, indem er einen Gutteil der Erwerbslosen einfach für verschwunden erklärt.

Neben ihren prächtigen Statistiken zeichnete sich die DDR durch ihre klug durchdachte zentrale Planung aller Lebensbereiche aus. Davon hat sich Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn inspirieren lassen und zaubert sich eine zentrale Planbehörde (lauter „unabhängige Fachleute“!), die Geld verteilen wird an insgesamt fünf der deutschen Unis. Mit dem Hochpuschen weniger staatlich geförderter Spitzen-Unis zu Lasten aller übrigen haben es immerhin selbst die Franzosen zu einem Bildungswesen gebracht, das keinem Konkurrenten mehr Angst einjagt. Was die können, können wir schon lange. Die paar hundert anderen Hochschulen müssen nun etwas kürzer treten, versteht sich. Halb so schlimm: Um nicht ganz zu versteppen, könnten sie doch mit Alphabetisierungs-Kampagnen für unsere Pisa-Abiturienten einen wertvollen Beitrag zur „Bildungsoffensive“ leisten.

Geld geben soll es nicht bloß für die Super-Unis, sondern sogar für Familien. Manche Berliner Quellen sprechen von 40, andere gar von 80 – Cent im Monat mehr. Das soziale Gewissen der SPD schlägt so hoch, daß ein plötzlicher Herztod nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Der könnte die Partei irgendwo im Wahlmarathon ereilen, wenn

> *Der Kanzler atmet auf: Die Pflege geht erst 2006 in die Brüche. Geschafft! Geschafft?*

die Pflegeversicherung früher als vorgesehen schlappmacht. Seit 1999 ist die in den Miesen, noch sind aber Rücklagen da aus den Jahren davor. Schröder hat sich ausrechnen lassen, wann der Sparstrumpf leer ist. Die Experten geben ihm Entwarnung: Ihrer Prognose zufolge geht die Pflege erst 2006 oder 2007 in die Brüche – wenn alles klappt, also erst nach den Bundestagswahlen 2006. Geschafft! Geschafft? Wenn da nicht wieder dieser Eichel wäre. Der hat beim allwöchentlichen Gesetze-Nachbessern einen grausigen Fund gemacht. Bis zum Sommer, so heißt es, muß Finanzhans das Alterseinkünftegesetz reformieren, um sich die nächste Ration bei den Ruheständlern holen zu können. Kriegt er das nicht rechtzeitig hin, dürfte der Fiskus die Beamten-Pensionen ab 2005 gar nicht mehr besteuern und könnte sich fortan nicht mal mehr Berater leisten.

Die Lage ist bitterernst. Und Hilfe nicht in Sicht. Oder doch? Beim letzten Mal zog den Kanzler ein US-Präsident aus dem Wasser. Der führte sogar Krieg, um Schröders Kopf zu retten. Gedankt hat dem braven Amerikaner das bislang niemand. Das bemerkte voller Scham ein norwegischer Parlamentarier und schlug vor, Bush den Friedensnobelpreis zu verleihen. Und Blair gleich mit. Damit steigen Bushs Wahlchancen im November beträchtlich, obwohl er gerade einräumen mußte, daß sein Geheimdienst es in Sachen Irak mit der Wahrheit nicht so genau genommen habe, nachdem er, Bush, den Geheimdienst angewiesen hatte, es mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen. Trotzdem halten wir ihm die Daumen, denn die Alternative ist alarmierend.

John Forbes Kerry wird, wie es scheint, Bushs Herausforderer. Allein sein Antlitz läßt keinen Zweifel zu: Dieser Mann ist abgrundtief böse. Wenn dieses Gesicht nicht gerade kameralächelt, erinnert es frappierend an den grimmigen Gehilfen auf dem Kutschbock von Graf Dracula. Der Finstere biß sich der Legende nach durch Siebenbürgen, was bis vor drei Generationen zu Ungarn gehörte, aus dessen Hauptstadt Budapest sich wiederum Kerrys Großeltern, Fritz und Ida Kohn, 1905 in die USA aufmachten, um als Kerry-Family ein neues Leben zu beginnen. Zufall?

Von so einem braucht sich Schröder keine Rettung zu erhoffen, wie weiland von Bush. Man muß sich also selber helfen und darf dabei nicht zimperlich sein. So ging Rot-Grün nun aufs Ganze und griff ganz tief hinein in den Wortschatz des gemeinen Staatsfeindes, um ein schreckliches Monster hervorzukramen: Volksabstimmungen sollten eingeführt werden. Über Gesetze! Also über richtige Politik! Den Schwarzen schwant der Untergang, der Untergang der Demokratie. Was soll aus ihr werden, wenn Leute, die weder Diäten kassieren noch von Parteigremien sorgsam ausgesucht und durchgesiebt wurden, plötzlich mitreden – Millionen von kleinen Würstchen, die außer zu arbeiten, Steuern, Sozialabgaben und Soli zu bezahlen, Wehrdienst zu leisten und ihre öffentliche Ämter bloß ehrenamtlich auszuüben rein gar nichts zum Funktionieren unseres Staatswesens beitragen?

Vor denen haben uns CDU und CSU mit ihrem klaren Nein zur Volksabstimmung bislang tapfer bewahrt und werden dies auch künftig tun. Allzusehr kämpfen müssen sie indes kaum: SPD und Grüne meinen es nicht so ernst, daß es eng werden könnte. Die „Volksabstimmung“ lassen sie jedesmal gern von der Leine, wenn die Umfragen-Not sie an der Gurgel packt, zuletzt vor der Wahl 2002. So als kleine Aufheiterung fürs mosernde Volk. Danach sehen sie achselzuckend zu, wie die Union das Biest erschlägt, und säuseln leise grinsend „schade“. ■

Zitate

In dem Vorhaben, den Namen ***„Preußisch“*** *aus der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“* ***zu streichen****, sieht die* Frankfurter Allgemeine *vom 3. Februar einen* ***„Anlaß zu Scham“*** *und den Abschied vom Geschichtsbewußtsein:*

„Immer weniger Länder sind bereit, für etwas zu bezahlen, das sich preußisch nennt – allen voran und offenbar ohne jeden folkloristischen Witz der Freistaat Bayern und Nordrhein-Westfalen ... Es geht einzig um die Frage, wie wir mit unserem Erbe umgehen, um die Frage also, ob wir Geschichte umlügen, weil die Haushaltskassen, die oft selber ganz und gar geschichtslosen Bundesländer und unsere Bequemlichkeit es uns so eingeben. Preußen hat das nicht verdient, unsere Nachkommen aber auch nicht. Sonst beginnt eines Tages deutsche Geschichte mit dem ‚Wunder von Bern‘.“

Der Politikwissenschaftler ***Wilhelm Hennis*** *(80) fällt im* Stern *vom 29. Januar ein* ***vernichtendes Urteil*** *über die Politikergeneration von* ***Kohl, Schröder, Fischer und Merkel****:*

„Der Kampf um die Macht, das ist das einzige, was diese Generation interessiert. Diese ganze Generation ist doch eine Fehlbesetzung.“

Im Skandal um offenbar allzu üppig ausgefallene ***„Trennungsgelder“*** *an hohe brandenburgische Landesbeamte gibt sich Ministerpräsident* ***Matthias Platzeck (SPD) erschüttert*** *(„Trennungsgelder“ erhielten die Beamten, die versetzt wurden und dann mehr als 30 Kilometer vom Hauptwohnsitz arbeiten mußten.):*

„Bei Durchsicht der Unterlagen und in Einzelgesprächen bin ich auf ein Anspruchsdenken gestoßen, daß mir die Spucke wegblieb.“

Die Magdeburger Volksstimme *vom 31. Januar schüttet* ***hämisches Lob*** *aus über die* ***Reformruinen*** *der Bundesregierung:*

„Da sage noch einer, die Bundesregierung bewege sich nicht. Sie bewegt sich. Bei der Reform der Pflegeversicherung zum Beispiel. Und zwar hin und her.“

Moorhuhnjagd

Im Klange sind sie alle gleich:
Der Moor von Schillers Räubern,
das Moor als stockversumpfter Teich,
den man vergaß zu säubern,

der Mohr, der artig gehen kann,
– im Fiesco, auch von Schiller –
sowie Venedigs Mohrenmann,
der würgerische Killer.

Die Briten sprechen Moor wie „Mur“,
weil „more“ ja „mehr“ bedeutet,
und „moor“ – ob Moor, ob Mohr – wird nur
verheizt und ausgebeutet.

Recht britisch auch wird Hoon statt „Hohn“
zum Hohn wie „Huhn“ gesprochen.
Ist er der Mohr und geht – als Lohn
für Bluff, mit Blair verbrochen?

Nicht Mohr-Hoon wird gejagt! Doch wer
wird denn zu Schimpf und Schaden
anstatt der Böcke Bush und Blair
als Sündenhuhn beladen?

Vielleicht, wer eines Krieges Grund
im Kämmerlein erdichtet?
O nein, es trifft den armen Hund,
der drüber was berichtet!

Ein Lord bleibt immer Patriot,
das läßt gut verstehen,
denn wer es nicht ist, der ist tot,
an Kelly war's zu sehen.

Der Suren Hohn von fern ergänzt
das Fazit der Parabel:
Die Moorhuhnjagd ist nicht begrenzt
auf Sümpfe rund um Babel ...

Pannonicus